

Kurzschriftlicher Bericht

7. Sitzung des Oberösterreichischen Landtags

XXVI. Gesetzgebungsperiode

Donnerstag, 1. April 2004

Inhalt:

Fragestunde:

L-8014/1-XXVI: Anfrage des Abg. Mag. Steinkellner an Landeshauptmann Dr. Pühringer (Seite 5)

L-8015/1-XXVI: Anfrage des Abg. Dr. Brunmair an Landeshauptmann Dr. Pühringer (Seite 6)

L-8016/1-XXVI: Anfrage des Abg. Ing. Aspöck an Landesrat Anschober (Seite 7)

L-8017/1-XXVI: Anfrage des Abg. Hirz an Landeshauptmann-Stellvertreter Dipl.-Ing. Haider (Seite 11)

L-8018/1-XXVI: Anfrage der Abg. Schwarz an Landesrat Anschober (Seite 13)

L-8019/1-XXVI: Anfrage der Abg. Jachs an Landeshauptmann-Stellvertreter Dipl.-Ing. Haider (Seite 17)

L-8020/1-XXVI: Anfrage des Abg. Stanek an Landeshauptmann-Stellvertreter Dipl.-Ing. Haider (Seite 19)

Verlesung und Zuweisung des Einganges (Seite 21)

Dringlichkeitsanträge:

Beilage 139/2004: Initiativantrag betreffend Unterstützung der Gemeinden bei den Winterdienstkosten.

Redner/innen: Abg. Prinz (Seite 22)
Abg. Schillhuber (Seite 23)
Abg. Schwarz (Seite 24)
Abg. Dr. Brunmair (Seite 24)

Beilage 140/2004: Initiativantrag betreffend nachsorgendes Kurzzeitpflegeangebot.

Redner/innen: Abg. Dr. Frais (Seite 25)
Abg. Dr. Aichinger (Seite 25)
Abg. Wageneder (Seite 26)
Abg. Dr. Brunmair (Seite 26)

Beilage 141/2004: Initiativantrag betreffend den Beschluss zur Erstellung eines Leitbildes und eines Redaktionsstatuts für die "Amtliche Linzer Zeitung" und die Landesillustrierte "Unser Oberösterreich".

Redner: Abg. Kapeller (Seite 27)
Abg. Mag. Strugl (Seite 28)
Abg. Mag. Steinkellner (Seite 28)
Abg. Hirz (Seite 29)

Aktuelle Stunde über das Thema:

"EU-Erweiterung - Oberösterreichs Chancen im gemeinsamen Europa"

Redner/innen: Abg. Schürrer (Seite 31)
Abg. Affenzeller (Seite 33)
Abg. Schwarz (Seite 36)
Abg. Mag. Steinkellner (Seite 38)
Landeshauptmann Dr. Pühringer (Seite 40)
Abg. Mag. Jahn (Seite 42)
Landesrat Anschober (Seite 44)
Abg. Lackner-Strauss (Seite 46)
Abg. Dr. Brunmair (Seite 48)
Abg. Kapeller (Seite 49)
Abg. Ing. Aspöck (Seite 51)
Landesrat Sigl (Seite 52)

Dringlichkeitsanträge:

Beilage 136/2004: Initiativantrag betreffend ein Grenzlandförderungsprogramm für das Mühlviertel.

Redner/in: Abg. Dr. Frais (Seite 55)
Abg. Schwarz (Seite 55)

Beilage 137/2004: Initiativantrag betreffend die Einsetzung eines EU-Erweiterungsforums.

Beilage 138/2004: Initiativantrag betreffend Maßnahmen zur Erstellung eines Gesamtkonzepts für das Mühlviertel für die EU-Erweiterung.

Verhandlungsgegenstände:

Beilage 136/2004: Initiativantrag betreffend ein Grenzlandförderungsprogramm für das Mühlviertel.

Berichtersteller: Abg. Schürrer (Seite 56)

Beilage 137/2004: Initiativantrag betreffend die Einsetzung eines EU-Erweiterungsforums.

Berichtersteller: Abg. Schürrer (Seite 56)

Beilage 138/2004: Initiativantrag betreffend Maßnahmen zur Erstellung eines Gesamtkonzepts für das Mühlviertel für die EU-Erweiterung.

Berichtersteller: Abg. Dr. Frais (Seite 57)

Gemeinsame Wechselrede zu den Beilagen 136, 137 und 138/2004:

Redner/innen: Abg. Schwarz (Seite 57)
Abg. Mag. Jahn (Seite 58)
Abg. Dr. Frais (Seite 59)
Abg. Mag. Strugl (Seite 59)

Beilage 126/2004: Bericht des Sozialausschusses betreffend die Vereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern gemäß Art. 15a B-VG über gemeinsame Maßnahmen zur vorübergehenden Grundversorgung für hilfs- und schutzbedürftige Fremde (Asylwerber,

Asylberechtigte, Vertriebene und andere aus rechtlichen oder faktischen Gründen nicht abschiebbare Menschen) in Österreich (Grundversorgungsvereinbarung - Art. 15a B-VG).

Berichterstatterin: Abg. Präsidentin Orthner (Seite 60)

Redner/innen: Abg. Präsidentin Orthner (Seite 60)
Abg. Mag. Steinkellner (Seite 62)
Landesrat Ackerl (Seite 62)
Abg. Hirz (Seite 64)
Abg. Mag. Steinkellner (Seite 66)
Landesrat Ackerl (Seite 66)
Abg. Mag. Steinkellner (Seite 68)
Abg. Hüttmayr (Seite 69)

Beilage 127/2004: Bericht des Sozialausschusses betreffend Konzept für die Verbesserung der finanziellen Situation für pflegebedürftige Personen und Heimträger.

Berichterstatterin: Abg. Schreiberhuber (Seite 69)

Redner/innen: Abg. Schreiberhuber (Seite 69)
Abg. Dr. Aichinger (Seite 71)
Abg. Wageneder (Seite 72)

Beilage 128/2003: Bericht des Ausschusses für Finanzen betreffend das Landesgesetz, mit dem das Oö. Landesbank-Einbringungsgesetz geändert wird (Oö. Landesbank-Einbringungsgesetz-Novelle 2004).

Berichterstatter: Abg. Mag. Gumpinger (Seite 73)

Redner: Abg. Mag. Steinkellner (Seite 73)

Beilage 129/2003: Bericht des Ausschusses für volkswirtschaftliche Angelegenheiten betreffend das Landesgesetz, mit dem das Oö. Natur- und Landschaftsschutzgesetz 2001, das Oö. Jagdgesetz und das Oö. Fischereigesetz geändert werden.

Berichterstatter: Abg. Dr. Fraiss (Seite 74)

Redner: Abg. Brandmayr (Seite 74)

Beilage 132/2003: Bericht des Kontrollausschusses betreffend den Bericht des Landesrechnungshofs betreffend Sonderprüfung "Öffentlichkeitsarbeit der Oö. Landesregierung und deren Mitglieder seit 1999".

Berichterstatter: Abg. Dr. Aichinger (Seite 75)

Beilage 141/2003: Initiativantrag betreffend den Beschluss zur Erstellung eines Leitbildes und eines Redaktionsstatuts für die "Amtliche Linzer Zeitung" und die Landesillustrierte "Unser Oberösterreich".

Berichterstatter: Abg. Kapeller (Seite 75)

Gemeinsame Wechselrede zu den Beilagen 132 und 141/2004:

Redner: Abg. Mag. Steinkellner (Seite 75)
Abg. Hirz (Seite 76)
Abg. Mag. Strugl (Seite 77)
Abg. Kapeller (Seite 78)

Beilage 133/2003: Bericht des Kontrollausschusses betreffend den Wahrnehmungsbericht des Rechnungshofs betreffend Teilgebiete der Gebarung des Landes Oberösterreich sowie Steyr - Stadtentwicklung und Stadtplanung.

Berichterstatter: Abg. Frauscher (Seite 78)

Redner: Abg. Frauscher (Seite 79)

Beilage 135/2003: Bericht des Ausschusses für Umweltangelegenheiten betreffend Resolution für eine generelle Einführung eines Diesel-Kat, verschärfte EU-Grenzwerte für Dieselfahrzeuge und die Einführung steuerlicher Anreizsysteme für eine verstärkte Einführung emissionsmindernder Technologien.

Berichterstatterin: Abg. Schwarz (Seite 80)

Redner: Abg. Makor-Winkelbauer (Seite 81)
Landesrat Anschober (Seite 82)

Mündliche Beantwortung der schriftlichen Anfrage betreffend Entwicklung des betreubaren Wohnens durch Landesrat Dr. Hermann Kepplinger (Seite 84).

Vorsitz: Erste Präsidentin Orthner
Zweite Präsidentin Weichsler

Schriftführer: Erster Schriftführer Abg. Bernhofer

Anwesend:

Von der Landesregierung:

Landeshauptmann Dr. Pühringer, die Landeshauptmann-Stellvertreter Dipl.-Ing. Haider und Hiesl, die Landesräte Ackerl, Anschober, Dr. Kepplinger, Sigl, Dr. Stockinger und Dr. Stöger

Die Mitglieder des Landtags, entschuldigt die Abgeordneten Präsidentin Eisenriegler, Moser und Trübswasser

Landesamtsdirektor Dr. Pesendorfer

Landtagsdirektor Dr. Hörtenhuber

Amtsschriftführer: ORgR Dr. Uebe

(Beginn der Sitzung: 10.07 Uhr)

Erste Präsidentin: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich wünsche Ihnen einen schönen guten Morgen, eröffne die 7. Sitzung des Oberösterreichischen Landtags. Ich darf Sie dazu sehr herzlich begrüßen, die Damen und Herren der Oberösterreichischen Landesregierung, die Kolleginnen und Kollegen aus dem Landtag, die Bediensteten des Hauses, die Damen und Herren und die jungen Leute auf der Galerie, die Vertreterinnen und Vertreter der Presse. Entschuldigt von der heutigen Sitzung ist die Frau Dritte Präsidentin Eisenriegler, der Herr Klubobmann Trübswasser und die Frau Landtagsabgeordnete Moser. Die anwesenden Bundesräte darf ich auch sehr herzlich begrüßen.

Die amtliche Niederschrift über die 6. Sitzung des Oberösterreichischen Landtags liegt in der Zeit vom 2. bis 16. April 2004 in der Landtagsdirektion zur Einsichtnahme auf. Die Protokolle über die 4., 5. und 6. Sitzung des Landtags finden Sie auf Ihren Plätzen. Wir beginnen die Sitzung mit einer Fragestunde. Eine Zusammenstellung aller mündlichen Anfragen haben Sie ebenfalls auf Ihren Plätzen aufliegen.

Ich beginne mit der Anfrage des Herrn Klubobmann Mag. Günther Steinkellner an den Herrn Landeshauptmann Dr. Josef Pühringer. Ich bitte beide Herren.

Abg. Mag. Steinkellner: Schönen guten Morgen! Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Um ein Musiktheater am Hessenplatz errichten zu können müssen mehrere private Häuser und Grundstücke dem Neubau weichen. Liegen bereits konkrete Verkaufsanbote von den Eigentümern dieser Grundstücke zu einem konkreten Preis vor?

Landeshauptmann Dr. Pühringer: Nein, weil derartige Angebote erst eingeholt werden können, wenn eine Standortentscheidung getroffen worden ist. Derzeit gibt es von einigen, das heißt von einer klaren Mehrheit der betroffenen Eigentümer eine grundsätzliche Verkaufsbereitschaft.

Abg. Mag. Steinkellner: Halten Sie es nicht für grundsätzlich wirtschaftlich vernünftig, zuerst die Verfügbarkeit mit Option sicher zu stellen, um nicht durch ein anderes Vorgehen den Grundstückspreis in die Höhe zu treiben?

Landeshauptmann Dr. Pühringer: Selbstverständlich werden zuerst nur die grundsätzlichen Bereitschaften eingeholt. Das ist ja eine Vorgangsweise, die an allen Orten gleich praktiziert wird.

Abg. Mag. Steinkellner: Herr Landeshauptmann, es gibt ein Grundstück, das gehört dem Land Oberösterreich. Hier wäre die Verfügbarkeit sofort gegeben. Würde das nicht eine gewaltige Kosteneinsparung gegenüber allen anderen diskutierten und offensichtlich gar nicht konkret zur Verfügung stehenden Grundstücken widerspiegeln?

Landeshauptmann Dr. Pühringer: Das wird in der Endabwägung mitzuberücksichtigen sein, wobei klar ist, dass das Ziel lauten muss, wo kann die beste Lösung realisiert werden.

Erste Präsidentin: Danke. Gibt es weitere Fragen? Bitte, Herr Dr. Brunmair.

Abg. Dr. Brunmair: Herr Landeshauptmann, eine Zusatzfrage: Gibt es einen Zeithorizont, wann diese Standortsuche beendet sein wird?

Landeshauptmann **Dr. Pühringer**: Ich hoffe, sehr bald.

Abg. **Dr. Brunmair**: Danke.

Erste Präsidentin: Herr Mag. Stelzer, bitte.

Abg. **Mag. Stelzer**: Herr Landeshauptmann! Im Zuge der Suche nach einem Standort taucht auch das Urfahrner Donaugelände auf und dort insbesondere seit neuestem auch der Platz des SV Urfahr. Was kann man zu den Planungen rund um diesen möglichen Standort sagen?

Landeshauptmann **Dr. Pühringer**: Es wurde in der letzten Expertenkommission der Auftrag erteilt, dass diese Variante miteinbezogen wird, denn der SV Urfahr-Platz stünde grundsätzlich zur Verfügung. Es wird jetzt das Expertenteam eine Konfiguration prüfen, dass man das Theater im unteren Teil des Donauparks auf der Urfahrnerseite positioniert und davor, ohne den Urfahrner Markt anzugreifen, die Donauuferlandschaft als Donau- und Theaterpark gestaltet wird. Ob diese Konfiguration möglich ist und wie die finanziellen Konstellationen ausschauen, das wird sich während der Prüfung herausstellen. Aber aus meiner Sicht ist auch das eine denkbare Variante.

Erste Präsidentin: Danke. Gibt es noch weitere Fragen? Das ist nicht der Fall. Ich rufe die nächste Anfrage, das ist die des Herrn Abgeordneten Dr. Brunmair an den Herrn Landeshauptmann, auf.

Abg. **Dr. Brunmair**: Herr Landeshauptmann! Seit 11. Februar 2004 befasst sich eine Expertenkommission mit der Reform des oberösterreichischen Gesundheitswesens. Das Ergebnis ihrer Arbeit soll nach rund sechs Monaten, also im Sommer vorliegen. Am 10. März 2004 war den Medien zu entnehmen, dass die GESPAG gravierende Änderungen struktureller Natur im Krankenhaus Enns vornehmen und das Krankenhaus Buchberg schließen wird. Sind diese Maßnahmen ein erstes Ergebnis dieser Expertenkommission?

Landeshauptmann **Dr. Pühringer**: Ja und nein. Nein deswegen, weil natürlich die Expertenkommission in ihrer konstituierenden Sitzung keine Entscheidungen getroffen hat. Diese Maßnahmen gehen auf lange Diskussionen in den Organen der GESPAG zurück und sind aber sicher mit den Ergebnissen der Expertenkommission, wie immer diese ausschauen, kompatibel, weil sich herausgestellt hat, dass es zu diesen beiden Maßnahmen eigentlich keine Alternativen gibt und sie jetzt gesetzt werden mussten, weil in Buchberg sonst eine Investitionsentscheidung herangestanden wäre.

Erste Präsidentin: Bitte, Herr Abgeordneter.

Abg. **Dr. Brunmair**: Ich habe eine erste Zusatzfrage. Welche Qualität oder welche Inhalte hat dann die Arbeit dieser Spitalsreformkommission, wenn also der Spitalserhalter bereits ja im Alleingang, in diesem Fall also die GESPAG, derart gravierende Strukturveränderungen in ihrem Bereich vornimmt?

Landeshauptmann **Dr. Pühringer**: Die Wertung, die Sie in Ihrer Anfrage vorgenommen haben, Herr Abgeordneter, ist in diesem Fall deswegen nicht relevant, weil alle Träger, auch die Orden und das AKH, gegen diese beiden Maßnahmen keine Einwendungen vorgebracht haben und die zentralen Planungen in Oberösterreich, die die Expertenkommission zu

erstellen hat, dadurch in keiner Weise berührt sind. Es ist ja nur eine Verlagerung, die aus ökonomischen Gründen vorgenommen wurde.

Abg. Dr. Brunmair: Ich habe noch eine Zusatzfrage. Wenn also bereits Spitalserhalter einzelne Reformschritte setzen und die Spitalsreformkommission tätig ist, was bleibt dann tatsächlich für die versprochene zweite Runde, also die erweiterte Reformkommission übrig, die also ab Sommer tätig werden soll, wo eben alle Betroffenen, auch die niedergelassenen Ärzte, Patientenvertretung, Städte-, Gemeindebund, die ja die Zahler des Gesundheitssystems sind, eingebunden werden? Was bleibt dann tatsächlich oder bleibt überhaupt noch eine Arbeit übrig oder müssen diese Kommissionsmitglieder dann hinnehmen, was bereits vorentschieden wurde?

Landeshauptmann Dr. Pühringer: Herr Kollege Brunmair, alles andere bleibt übrig. Es handelt sich um drei Maßnahmen, die im Vorfeld lange diskutiert wurden, die keinen Widerspruch bei den Trägern hervorrufen und die sicher sinnvoll sind. Die erste Maßnahme ist die Zusammenführung von Brüdern und Schwestern in Linz. Auch das muss als Vorwegmaßnahme gesehen werden, Buchberg und Enns. Alles andere ist Sache der Expertenkommission.

Abg. Dr. Brunmair: Danke.

Erste Präsidentin: Danke. Weitere Fragen? Bitte, Herr Abgeordneter Schenner.

Abg. Schenner: Persönlich, Herr Landeshauptmann, bedaure ich ein bisschen, dass zuerst die Entscheidung gefallen ist, das, was es jetzt in Buchberg gibt, gibt es nachher nicht mehr, und man noch nicht konkret sagen konnte, was später passiert. Aber es hat ja im Aufsichtsrat einen Beschluss gegeben, konkrete Überlegungen zur Nachnutzung anzustellen. Meine Frage: Unterstützen Sie diesen Antrag und diese Überlegungen?

Landeshauptmann Dr. Pühringer: Natürlich werden wir uns genau überlegen, was an diesem Standort sinnvoll geschehen kann. Meines Erachtens gibt es Nachnutzungen in mehrere Richtungen, die denkbar sind. Es ist ein ausgesprochen landschaftlich reizvoller Ort, und man muss daher schauen, wie man dort die Nachnutzung machen kann, damit man diesem Ort und seiner Qualität gerecht wird.

Erste Präsidentin: Danke. Weitere Wortmeldungen? Bitte, Herr Klubobmann Steinkellner.

Abg. Mag. Steinkellner: Herr Landeshauptmann! In dieser Zusammensetzung der Gesundheitsexpertenkommission erwarten Sie hier konkretere Ergebnisse wie bei anderen Expertenkommissionen in Ihrem Ressortbereich, insbesondere im Kulturbereich?

Landeshauptmann Dr. Pühringer: Ich erwarte von jeder Expertenkommission, dass sie der Politik eine brauchbare Expertise für politische Entscheidungen an die Hand gibt.

Erste Präsidentin: Danke. Noch eine Frage? Das ist nicht der Fall. Danke, Herr Landeshauptmann. Die nächste Anfrage ist die des Herrn Abgeordneten Ing. Aspöck an den Herrn Landesrat Anschöber. Bitte Herr Abgeordneter.

Abg. Ing. Aspöck: Herr Landesrat! Das 1998 von der EU beschlossene Gentechnikmoratorium endet mit 1. April 2004. Was werden Sie unternehmen, um bis zur Entscheidung des Europäischen Gerichtshofes über die vom Land Oberösterreich

eingebraachte Klage gegen die Ablehnung des Oberösterreichischen Gentechnikverbotsgesetzes durch die EU die oberösterreichische Bevölkerung vor dem Einsatz gentechnisch veränderter Saatgut- und Pflanzenmittel bzw. transgener Tiere zu schützen?

Landesrat **Anschober**: Danke, Herr Abgeordneter, zunächst einmal für diese Anfrage. Ich glaube, Sie thematisieren damit einen Bereich, der ein großes Interesse seitens der Bevölkerung, der Konsumentinnen und Konsumenten, seitens der Landwirtschaft betrifft; eine Weichenstellung, die im heurigen Jahr de facto in ganz Europa und damit auch in Oberösterreich entschieden wird. Das heurige Jahr ist das Jahr der Entscheidung in der Frage Freisetzung gentechnisch manipulierten Saatguts und anderer Materialien im landwirtschaftlichen Bereich.

Die oberösterreichische Position ist eine sehr bekannte. Ich bin froh darüber, dass wir uns da immer grundsätzlich sehr einig waren darüber. Sie betonen zu Recht und richtigerweise, dass die Europäische Union 1998 ein Moratorium de facto fixiert hat, das informell fixiert wurde, das nie eine unmittelbare Gesetzeskraft erhalten hat. Sie wissen, es hat seitens der USA, seitens auch von Kanada, Argentinien, um drei wesentlich Beispiele zu nennen, gegen dieses Moratorium Klage bei der WTO gegeben. Das heißt, es gibt einen massiven Druck auf die Europäische Union in dieser Frage.

Ein Beispiel vielleicht nur ganz kurz, warum dieser Druck so groß ist, seitens der USA vor allem. 75 Prozent der Sojaernte in den USA wird bereits gentechnisch manipuliertes Material enthalten im heurigen Jahr - das ist die Prognose für heuer - 71 Prozent der Baumwollernte, das heißt wir haben hier sehr unterschiedliche Marktsituationen und Entwicklungssituationen.

Unsere Position ist glasklar. Wir wehren uns mit allen rechtlichen und politischen Mitteln, die uns zustehen in dieser Frage. In einem Punkt, das ist der Kernpunkt Ihrer Anfrage, fällt mit 1. April 2004 das Moratorium? So ist das nicht, sondern es gibt mit 18. April die Kennzeichnungspflicht. Viele gehen politisch davon aus, dass es dann zu einem Aufweichen des Moratoriums kommen könnte. Das Risiko ist tatsächlich vorhanden. Da gebe ich Ihnen grundsätzlich Recht. Das Risiko ist vorhanden, dass es zu einem Zulassungsverfahren, zu einem positiven im Sinne der Betreiber bei Bt11-Süßmais zunächst einmal kommen wird. Wir haben bereits einen derartigen Zulassungsantrag im Dezember 2003 im Umweltministerrat gehabt. Im Dezember 2003 hat es dafür aber keine qualifizierte Mehrheit gegeben. Nächste Entscheidungsrunde wird am 27. April 2004 im Agrarministerrat sein. Falls es auch dann, und ich hoffe sehr, dass es dann auch keine qualifizierte Mehrheit für eine Zulassung gibt, hat die EU-Kommission die Möglichkeit, innerhalb von 90 Tagen einen einstimmigen Beschluss für eine Zulassung zu treffen.

Das alles zeigt, für die heurige Ausbringungsperiode haben wir in diesem Punkt noch kein Risiko aber sehr wohl für das Jahr 2005. Das muss man realistisch sehen. Deswegen müssen wir uns politisch und rechtlich darauf vorbereiten, dass wir hier ein geeignetes Netz, eine geeignete Barriere entwickeln. Aber wir haben, wie Sie wissen, alle Rechtsschritte beim Europäischen Gerichtshof im Laufen um das oberösterreichische Verbotsgesetz durchzubringen. Ich hoffe sehr, dass es darüber im heurigen Jahr zu einer Entscheidung des EuGH kommt. Und ich kann auch sagen, wir binden und knüpfen ein zweites Netz als Ersatz, falls es hier zu einer negativen Entscheidung kommt, um rechtzeitig auch eine Alternativlösung, etwa im Sinn der Kärntner gesetzlichen Regelung, die ja bereits notifiziert ist bei der EU, zu haben. Rechtzeitig, damit es kein Risiko 2005 in Richtung der Ausbringung gibt.

Das ist der eine Schritt, der andere Schritt, wir versuchen alles auf politischer Ebene was machbar ist. Ich denke ganz entscheidend dabei ist die Kennzeichnung, die es ab 18. April verpflichtend europaweit geben wird müssen, für GVO-manipulierte Materialien. Da ist der Konsument und die Konsumentin gefragt, denn endlich kann er und sie selbst durch die Kaufentscheidung den Markt beeinflussen. Wir werden entsprechende Informationsarbeit diesbezüglich auch leisten, damit man weiß, wie ist es gekennzeichnet, was ist gekennzeichnet und so weiter. Es entsteht auch ein positiver Marktdruck. Wir haben das gestern auch öffentlich dargestellt. Es gibt eine Reihe von großen internationalen Konzernen, die jetzt in Oberösterreich anklopfen und fragen, habt ihr tatsächlich ein GVO-freies Produkt, etwa im Stärkebereich. Das heißt, es entsteht ein spannender Markt, auch für Oberösterreich, in diesen gentechnisch freien Segmenten im landwirtschaftlichen Bereich.

Das ist der zweite Bereich, und der dritte Bereich, ganz, ganz wichtig, wir setzen auf eine Allianz mit anderen Regionen in Europa, weil wir davon überzeugt sind, dass wir gemeinsam einen Druck entwickeln können auf die EU-Kommission, um hier zumindest zu erreichen, dass es eine Wahlfreiheit, ein Selbstbestimmungsrecht der europäischen Regionen in dieser Frage gibt. Das heißt, dass jede europäische Region für sich selbst entscheiden können sollte, ob es gentechnisch manipulierte Materialien in der Landwirtschaft verwendet, ja oder nein. Da werden wir am 27. und 28. April eine große Veranstaltung hier in Oberösterreich, eine Europakonferenz, machen, wo wir diese Regionen einladen, damit es eine gemeinsame starke Allianz gibt, es mehr politisches Gewicht gibt für uns in dieser Frage und wir diese Entscheidung auf Brüsseler Ebene noch beeinflussen können.

Noch ein kurzer Hinweis, der Bund bereitet derzeit auch das Gentechnikgesetz vor, das uns auch einige Möglichkeiten diesbezüglich geben sollte.

Erste Präsidentin: Bitte Herr Abgeordneter!

Abg. **Ing. Aspöck:** Herr Landesrat, eine Zusatzfrage bitte! Was halten Sie von der Idee, dass die Gentechnikproblematik dahingehend mit dem ÖPUL-Programm verknüpft wird, dass zur Vergabe von Förderungen der Nachweis erbracht werden muss, dass der Saatgutbau zu 100 Prozent gentechnikfrei bleibt?

Landesrat **Anschober:** Soweit das rechtlich machbar ist sind wir derzeit am Überprüfen, ob derartige Förderungskriterien an diese Grundbedingung zu binden sind. Ich halte grundsätzlich viel davon. Es geht aber um die rechtliche Umsetzbarkeit. Da sind wir derzeit im Überprüfungsstadium und auch im intensiven Dialog mit dem Umwelt- und Landwirtschaftsministerium.

Abg. **Ing. Aspöck:** Danke.

Erste Präsidentin: Danke. Bitte Frau Abgeordnete Wageneder!

Abg. **Wageneder:** Sehr geehrter Herr Landesrat, lieber Rudi! Gibt es aktuelle wissenschaftliche Studien, die den oberösterreichischen Weg des Gentechnikverbotes unterstreichen?

Landesrat **Anschober:** Danke Frau Abgeordnete, auch für diese Frage. (Unverständlicher Zwischenruf) Na ja, manchmal hören wir ja auch bei der Sozialdemokratie bei Fragen ganz gut zu und schauen uns an, wie das so funktioniert.

Zum Ernst des Themas: Wir haben gestern eine Studie publiziert, die selbstverständlich jeden und jeder Abgeordneten dieses Hauses gerne übermittelt wird. Eine Studie im Auftrag des Umweltressorts, noch vom Kollegen Steinkellner in Auftrag gegeben, oder war sie noch von Kollegin Haubner in Auftrag gegeben, diese Studie, die verfasst wurde vom Büro für ökologische Risikoforschung, von Diplomingenieur Werner Müller, liegt uns wie gesagt seit gestern vor. Wir werden diese Studie als Kernbestandteil der rechtlichen Auseinandersetzung auch dem Europäischen Gerichtshof jetzt übermitteln. Und diese Studie kommt zum Grundschluss, dass in der Frage Verwendung von gentechnisch manipulierten Materialien in der Landwirtschaft eine ganze Reihe von Fragen offen sind.

Das ist die Kernerkenntnis, dass es im Bereich der Toxizitätsuntersuchungen Kurzzeitstudien gibt, die belegen, dass es keine akute kurzfristige Toxizität gibt, aber dass es keinerlei Langzeituntersuchungen, also keinerlei Untersuchungen der Frage der chronischen Toxizität gibt. Und das ist das große Fragezeichen. Für mich war gestern besonders erschreckend das Beispiel, das der Studienautor dargestellt hat, wo er darauf verwiesen hat, dass etwa DTT, das uns unruhlich bekannt ist, ein Kernproblem, jahrelang zugelassen, verwendet wurde, nach den gleichen Kriterien, wenn es überprüft worden wäre bei der Zulassung, heute noch rechtlich verwendbar und einsetzbar wäre. Das heißt, wir haben das Kernproblem, dass über die langfristigen Auswirkungen bislang niemand Bescheid weiß, dass diese Fragen völlig ungeklärt sind. Und das ist der Grundtenor der Studie. Deswegen wird eine Untersuchung der chronischen Auswirkungen in dem Bereich Kanzerogenität, Reproduktionstoxizität als verpflichtender Bestandteil einer Risikoabschätzung und als Voraussetzung einer Zulassungsentscheidung vorgeschlagen und eingefordert. Und genau das werden wir selbstverständlich auch einfordern.

Abg. **Wageneder**: Danke.

Erste Präsidentin: Danke. Weitere Anfragen dazu. Bitte Herr Klubobmann Steinkellner!

Abg. **Mag. Steinkellner**: Sehr geehrter Herr Landesrat! Welche rechtliche Möglichkeit hat das Land Oberösterreich, eine gentechnisch veränderte Aussaat ab 1. April zu verhindern?

Landesrat **Anschober**: Eine gentechnisch veränderte Aussaat ab 1. April kann es in diesem Sinn nicht geben, nachdem es noch keinerlei europaweite Zulassung, etwa von Bt11 gibt, sondern dieses entsprechende Verfahren auf Ebene der EU-Kommission derzeit im Laufen ist. Es sagen alle Experten, es hat dazu auch eine parlamentarische Diskussion in der vergangenen Woche am Donnerstag gegeben, inklusive der Gesundheitsministerin, die dieses auch herausgearbeitet hat im Rahmen dieser parlamentarischen Diskussion am vergangenen Donnerstag, dass die Aussaat Frühling 2004 nicht betroffen sein kann. Das Problem kann entstehen mit der Frühlingsaussaat 2005, und deswegen müssen wir, falls das Verbotsgesetz nicht hält auf europäischer Ebene, ein zweites Netz, etwa in Richtung des Kärntner Gesetzes, es gibt aber auch andere Möglichkeiten, zimmern. Es hindert uns niemand daran zwei, drei Varianten auch zur Notifizierung einzureichen, um ein Beispiel zu nennen. Ich möchte es aber jetzt noch nicht an die große Glocke hängen, denn unser Ziel ist es, und da sind wir europaweit Vorreiter, dass wir die schärfste Formulierung beim Europäischen Gerichtshof durchkriegen. Das ist das Kernziel, parallel als Absicherung arbeiten wir aber an einem zweiten Netz.

Erste Präsidentin: Danke. Mir liegt keine weitere Wortmeldung vor. Danke Herr Landesrat Anschöber. Die nächste Anfrage ist die des Herrn Abgeordneten Hirz an den Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter Dipl.-Ing. Haider.

Abg. **Hirz:** Sehr geehrter Herr Landeshauptmann-Stellvertreter! Durch die EU-Erweiterung wird zwischen Prag und der Adria eine europäische Haupttransitroute entstehen. Der Verkehrsausschuss des Europäischen Parlaments hat sich daher bereits für die Aufnahme der Summerauer Bahn in die Transeuropäischen Netze ausgesprochen und das grenzüberschreitende Eisenbahnprojekt Prag – Linz findet sich zudem in der Liste 3 der High Level Group. Die Unterstützung der EU ist erfreulich, aber nun muss der eigentlich seit 1992 beschlossene Ausbau der Summerauer Bahn für eine Attraktivierung und Kapazitätssteigerung rasch erfolgen. Ansonsten besteht die Gefahr, dass sich der überregionale Gütertransit auf der Straße festsetzt und von dort kaum mehr auf die Schiene verlagert werden kann. Oberösterreich muss daher jetzt massiv Druck machen, damit es raschest zur Umsetzung kommt. Welche konkreten Initiativen werden Sie, Herr Landeshauptmann-Stellvertreter, namens des Landes Oberösterreich diesbezüglich ergreifen?

Landeshauptmann-Stellvertreter **Dipl.-Ing. Haider:** Guten Tag Frau Präsidentin, guten Tag meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Abgeordneter, zu Ihrer Frage darf ich Ihnen mitteilen, dass wir uns ganz vehement für den Ausbau der Summerauer Bahn eingesetzt haben als Land Oberösterreich, dass die Summerauer Bahn mit der Pyhrn Bahn im Generalverkehrsplan von Österreich für einen Ausbau ab 2007 vorgesehen ist und dass es uns jetzt gelungen ist, durch einen Beschluss der oberösterreichischen Landesregierung im vergangenen Jänner tatsächlich die Verbindung Prag – Linz in die TEN Streckenkategorie 1, in die höchstwertige Kategorie zu bekommen.

Dieser Beschluss wurde vom Europäischen Parlament vor zwei Wochen gefasst und jetzt liegt dem Verkehrsministerrat diese Beschlussfassung Summerauer Bahn Linz - Prag, TEN Kategorie 1, was bedeutet bis zu 30 Prozent Mitfinanzierung seitens der EU, liegt jetzt dem Verkehrsministerrat vor. Die irische Präsidentschaft hat das bereits so vorbereitet und zu 99,9 Prozent wird das jetzt auch so beschlossen werden. Das ist ein wirklich großer Erfolg, den wir auch der EU-Abgeordneten Maria Berger zu verdanken haben. Es wurde ja ursprünglich gesagt, die von Mirt Gruppe, die Projekte der von Mirt Gruppe werden nicht mehr geändert, es wird nichts mehr aufgeschnürt und es sind tatsächlich in ganz Europa vier Projekte dazugekommen und eines dieser vier Projekte ist jetzt die Summerauer Bahn. Das heißt also, wenn jetzt der Verkehrsministerrat tagt und das beschließt, dann ist ein großer Erfolg zu verzeichnen.

Die zweite Maßnahme, die Vorstellung und Ausschreibung des PPP-Modells, die Entscheidung darüber fällt jetzt im April. Sie wissen, dass Bundesbahnen und Bundesbahnausbau Bundesangelegenheit sind. Es wird jetzt im April einen Gipfel bei Verkehrsminister Vizekanzler Gorbach geben. Das PPP-Modell ist fertig seitens der Schieneninfrastrukturgesellschaft. Es wird auch noch einmal ein Gespräch mit dem Finanzministerium geben. Das Finanzministerium ist noch etwas skeptisch gegenüber diesem PPP-Modell, aber auf österreichischer Ebene wird im April, Mai die endgültige Entscheidung über die Durchführung des gesamten Ausbaues Summerauer Bahn, Pyhrn Bahn in Form eines PPP-Modells fallen.

Erste Präsidentin: Danke. Bitte Herr Abgeordneter!

Abg. **Hirz:** Zusatzfrage. In fast ganz Europa ist also die Neigezugtechnik üblich, von Finnland bis Slowenien, auch Tschechien hat bereits ein Zugpaar fahren zwischen Prag und Wien. Diese Technik hat den Vorteil, dass also bei engen Radien die Geschwindigkeit höher ist und dadurch die Fahrzeiten verkürzt werden. Gibt es irgendwelche Initiativen auf Seite Tschechiens oder auf Seite Österreichs diese Neigetechnik auch auf dieser Strecke einzusetzen?

Landeshauptmann-Stellvertreter **Dipl.-Ing. Haider:** Es hat die Initiativen von Oberösterreich gemeinsam mit Salzburg gegeben, die Neigezugtechnik in Österreich einzuführen. Es war ja ursprünglich geplant, die Westbahn zwischen Attnang Puchheim und Salzburg mit zwei weiteren Gleisen, mit einem dritten und vierten Gleis auszubauen. Eine Studie der SCHIG hat ergeben, dass wir auf diesen Ausbau verzichten können, wenn die Bundesbahn Neigezugtechnik einsetzt. Daher haben sich die Bundesländer Oberösterreich und Salzburg auch vehement für die Anschaffung dieser Neigezugtechnik eingesetzt. Die Bundesbahn hat eine Ausschreibung durchgeführt. Es gibt nur zwei Anbieter und die Kosten waren derartig hoch, dass die Österreichische Bundesbahn die Neigezugtechnik derzeit nicht anschaffen will und wahrscheinlich auch nicht anschaffen wird. Aber ich bin gerne bereit noch einmal einen Vorstoß bei Vizekanzler Gorbach und Staatssekretär Kuckacka zu unternehmen, diese Entscheidung noch einmal zu überprüfen.

Aber die Bundesbahn hat im vergangenen Jahr entschieden, aufgrund der extrem hohen Kosten der Neigezugtechnik, diese nicht anzuschaffen, was uns auch in ein gewisses Problem auf der Westbahnstrecke, nicht uns sondern die Bundesbahn, bringen wird, weil der Ausbau nicht kommt und die Neigezugtechnik nicht kommt und daher die Verbindung Linz – Salzburg nicht unter einer Stunde geschafft werden kann und dadurch der Stundentakt zwischen Linz und Salzburg nicht kommen kann. Das ist das Problem. Das Ziel der Maßnahmen war ja, in 58 Minuten so zwischen Linz und Salzburg zu verkehren, beide Städte im Stundentakt verknüpfen zu können. Das geht derzeit nicht, weil entweder die Bahnstrecke technisch ausgebaut werden muss oder die Neigezugtechnik eingeführt werden muss. Und die ÖBB überlegen im Augenblick, wie sie dieses Problem lösen können. Aber für einen nochmaligen Einsatz, auch gemeinsam mit Salzburg, die Neigezugtechnik in Österreich doch anzuschaffen, bin ich gerne bereit.

Abg. **Hirz:** Sehr geehrter Herr Landeshauptmann-Stellvertreter! Wie ist der aktuelle Stand der Gespräche mit Tschechien, was dieses grenzübergreifende Eisenbahnprojekt Prag – Linz betrifft?

Landeshauptmann-Stellvertreter **Dipl.-Ing. Haider:** Es gibt eine sehr gute Gesprächsbasis. Es gibt eine gemeinsame Arbeitsgruppe zwischen den beiden Verkehrsministerien Wien und Prag, wo die oberösterreichischen Experten mitbeigezogen werden. Die nächste Gesprächsrunde darüber ist am 27. April.

Erste Präsidentin: Danke. Gibt es noch eine Wortmeldung? Bitte Frau Abgeordnete Jachs.

Abg. **Jachs:** Herr Landeshauptmann-Stellvertreter! Nun wissen wir, wenn die Summerauer Bahn ausgebaut wird, und das aus Untersuchungen, dass dies von Pregarten bis zur Grenze nicht auf der bestehenden Trasse geschehen kann. Gibt es hier schon Pläne für eine neue Trassenfindung?

Landeshauptmann-Stellvertreter **Dipl.-Ing. Haider:** Es hat die SCHIG den Summerauer Bahn, Pyhrn Bahn Ausbau ausdrücklich untersucht und es ist vorgesehen in diesem Bereich

die bestehende Trasse zu belassen, mit geringfügigen Optimierungen. Wir erreichen unsere Ziele, entsprechende Güterverkehrsstrassen zur Verfügung zu stellen, mit zusätzlichen Zügen, indem wir eine Art Parallelsystem einführen. Das heißt, wir fahren mit den Güterzügen Richtung Graz, Laibach auf der Pyhrn Strecke hinunter und führen die Gegenzüge durch das Ennstal, Selzthal herauf. Dadurch haben wir eine Entflechtung. Die Kapazitäten auf der Summerauer Bahn werden mit geringfügigen Korrekturen und technischen Verlängerungen, vor allem an den Bahnsteigen und Bahnhöfen, ausreichen. Eine generelle Neutrassierung der Summerauer Bahn ist derzeit nicht vorgesehen.

Abg. **Jachs**: Danke.

Erste Präsidentin: Danke. Noch eine Wortmeldung? Bitte Herr Klubobmann Steinkellner!

Abg. **Mag. Steinkellner**: Herr Landeshauptmann-Stellvertreter! Bei der Neigezugtechnik, die Sie ja so besonders begrüßt haben, ist ja auch anzumerken, dass das Problem dahingehend besteht, dass, wenn die ÖBB Neigezugtechnik anschafft und die ÖBB Züge mit der höheren Geschwindigkeit fahren können, das noch keine entsprechende Lösung für die in Österreich international durchfahrenden Züge darstellt. Das heißt, wenn ich eine entsprechende Zeitreduktion zwischen Wien und Salzburg etwa erreichen möchte und die Neigezugtechnik bei Waggons der ÖBB anschaffe, bringt das aber keine Beschleunigung für jene Züge, die international diese Neigezugtechnik nicht standardisiert anwenden. Halten Sie das Bundesgebiet von Österreich für alleine groß genug, um eine eigene nationale Neigezugtechnik in Anwendung zu bringen?

Landeshauptmann-Stellvertreter **Dipl.-Ing. Haider**: Diese Frage habe ich mir noch nicht überlegt Herr Klubobmann. Aber ich werde gerne den Herrn Vizekanzler Gorbach und den Herrn Staatssekretär Kuckacka in dieser Hinsicht befragen. Gesamtösterreichische Planungen habe ich noch nicht durchgeführt, würde ich aber, wenn es der Wunsch des oberösterreichischen Landtages ist, gerne machen.

Erste Präsidentin: Danke. Eine weitere Wortmeldung gibt es nicht. Danke Herr Landeshauptmann-Stellvertreter. Die nächste Anfrage ist die der Frau Abgeordneten Schwarz an den Herrn Landesrat Anschober. Bitte!

Abg. **Schwarz**: Sehr geehrter Herr Landesrat Anschober, lieber Rudi! Das grenznahe Atomkraftwerk Temelin mit den laufenden Störfällen, aber auch das kürzlich beschlossene Energiekonzept, wird als große Belastung für eine Verbesserung der bilateralen Beziehungen von der Bevölkerung gesehen. Die Bevölkerung und die NGOs auf beiden Seiten der Grenze sind mit der EU-weiten Anti-Atompolitik nicht wirklich zufrieden und fühlen sich in ihren Sorgen nicht ernst genommen. Welche politischen Handlungsmöglichkeiten und –notwendigkeiten für eine offensive Anti-Atompolitik siehst du im Zusammenhang mit der bevorstehenden EU-Erweiterung?

Landesrat **Anschober**: Danke Frau Kollegin Schwarz für diese Frage. Meine sehr verehrten Damen und Herren! Neben der Gentechnik eine zweite Lebensfrage, die Frage der Atomenergie und der Sicherheitsbedrohungen die damit zusammenhängen. Und einleitend denke ich kann man mit Fug und Recht darstellen, dass die Chancen in der Sache Temelin, insgesamt in der Sache Anti-Atom, in den letzten 12 Monaten, würde ich vor allem hernehmen, gestiegen sind. Wir hatten vor eineinhalb bis zwei Jahren eine Situation, wo es kaum eine Gesprächsbereitschaft in dieser Frage gegeben hat, wo es sehr, sehr negative Umfragedaten für uns in Tschechien gegeben hat. Das heißt, die Zustimmung zu Temelin in

der tschechischen Bevölkerung war annähernd bei einer Dreiviertelmehrheit. Das hatte seinen Grund vor allem darin, dass es zunehmend eine nationalistische Auseinandersetzung und keine Sachauseinandersetzung um die Frage Atomausbau gegeben hat.

Wir haben eine neue Strategie seit einigen Monaten, die akkordiert ist mit allen NGOs. Diese Strategie heißt, unser Ziel muss es sein, Mehrheiten gegen Temelin, gegen den Atomausbau in Tschechien bei der tschechischen Bevölkerung zu erhalten. Und dazu dürfen wir auch nicht einseitig sein, dazu müssen wir genauso die Frage der Energiepolitik der Europäischen Union thematisieren, dazu müssen wir genauso Bedrohungen durch AKWs etwa durch Isar I in Bayern und in Deutschland thematisieren. Das steigert auch unsere Glaubwürdigkeit und ist sachlich höchst gerechtfertigt. Und dazu müssen wir vor allem auf Kooperation mit der tschechischen Anti-Atom-Bewegung setzen und auf eine Verstärkung unserer Informationsarbeit in Tschechien selbst. Das funktioniert sehr gut in letzter Zeit, wir haben dadurch ein paar Erfolge. Wir haben einerseits in den Umfragen deutlich aufgeholt. Derzeit steht es bei rund 40 Prozent Ablehnung zu Temelin, zu einer Inbetriebnahme von Temelin. Das ist eine deutliche, vehemente Verbesserung vor allem seit der umfassenden ersten großen Informationskampagne des Landes Oberösterreich in Tschechien selbst.

Wir haben zweitens die Tatsache, dass nun ein Teilerfolg erreicht werden konnte bei der Suche der tschechischen Regierung nach einem Atommüllendlager. 112 Gemeinden haben dafür oder dagegen Beschlüsse gefasst. Die tschechische Regierung hat nun ein fünfjähriges Moratorium definiert. Das heißt, ein Teilerfolg, weil der Widerstand zunimmt und wir hatten eine sehr, sehr knappe Entscheidung über das nächste, über das zukünftige tschechische Energiekonzept, das sehr atomfreundlich ist. Ein knappstmöglicher Ausgang bei der Regierungsabstimmung vor wenigen Wochen, neun zu acht, zwei von drei Regierungsparteien überhaupt gegen diesen Beschluss und auch in der Sozialdemokratie hat es zwei Regierungsmitglieder gegeben, die dagegen gestimmt haben. Das heißt, dieser Block der Zustimmung zu einem Atomausbau, der bröckelt und das muss unser Ziel sein und deswegen müssen wir in diese Richtung weiterarbeiten.

Ein Hebel dabei ist, wir werden verstärkt vor allem in Tschechien auch die Sicherheitsdefizite in Temelin weiter thematisieren, vor allem auch die Frage, warum wurde bis heute, wurden die Zugeständnisse und Abmachungen, die im Rahmen des Melker Übereinkommens getroffen wurden, bis heute nicht effizient umgesetzt. Ich werde dazu auch selbst am Montag in Budweis eine entsprechende Pressekonferenz machen, um auch die Daten in Tschechien selbst zu publizieren, um diese Informationsarbeit auch von unserer Ebene zu verstärken. Da gibt es eine Reihe von Maßnahmen, die noch völlig offen sind und ungeklärt sind. Wir haben ja Anti-Atom-Gipfel vor kurzem gehabt, wo uns auch Sektionschef Streeruwitz und vor allem der Professor Kromp als der Temelin-Experte genau dieses dargestellt haben.

Was den Beitrittsprozess betrifft, so erwarten wir uns vom tschechischen EU-Beitritt bedeutend bessere Möglichkeiten einer gemeinsamen Arbeit in Richtung einer Energiewende und in Richtung eines Stopps des Atomausbaus. Warum? Wir haben vor allem zwei, drei neue Möglichkeiten: Das eine ist der Bereich der grenzüberschreitenden Umweltverträglichkeitsprüfungen, die dann gegeben sind, die ab 1. Mai gegeben sein werden. Das heißt, bei jedem Österreich und österreichische Bürgerinnen und Bürger betreffenden Projekt muss eine grenzüberschreitende UVP durchgeführt werden. Das trifft etwa das nächste und das erneuerte, aktualisierte tschechische Energiekonzept, das wird ja 2005, Ende 2005 neuerlich neu definiert, das trifft auch dieses Vorhaben, das trifft auch andere grenzüberschreitende Projekte in diesem Zusammenhang. Wir sind bereits da in einem sehr intensiven Dialog auch in der Vorbereitung, dass diese Möglichkeiten genutzt

werden können. Das heißt, wir werden in den nächsten Wochen gemeinsam mit den NGOs jetzt schon vorbereiten, was kann man dann im Detail auf Basis dieser grenzüberschreitenden Umweltverträglichkeitsprüfungen tun, denn die Espoo-Konvention wird dann mit dem Beitritt auch für Tschechien verbindlich sein.

Und der zweite Bereich, ich halte das persönlich für den besten und effizientesten Hebel in der ganzen Anti-Atom-Auseinandersetzung was Temelin betrifft, das ist die Frage Wettbewerbsrecht. Für Tschechien wird dann das europäische Wettbewerbsrecht auch anwendbar sein. Darauf haben wir uns sehr intensiv vorbereitet, denn Temelin ist ja kein Atomkraftwerk für den tschechischen Inlandsbedarf, sondern ein reines Exportkraftwerk. Wir haben so große Stromexporte, so umfassende aus Tschechien nach Europa, wie überhaupt noch nie zuvor. Wir hatten im vergangenen Jahr rund 18.000 Gigawattstunden, die von CEZ aus Tschechien exportiert wurden. Das ist ein Wachstum von 17 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Tschechien ist damit in Relation der größte Stromexporteur Europas. Und die Informationen, die wir haben, deuten sehr, sehr vehement darauf hin, dass die Stromexporte quersubventioniert werden durch den tschechischen Konsumenten, durch die tschechische Konsumentin und dass damit eine klare Wettbewerbsverzerrung vorliegt. Genau da wollen wir einhaken. Das heißt, wir werden nach der Neubesetzung der Kommission sofort zur Wettbewerbskommission, zur neuen, marschieren, werden Dokumente, Daten, Gutachten vorlegen, damit wir die Frage Anwendbarkeit des Wettbewerbsrechts auf Temelin dort vorbringen und zu einem Prozess überführen. Das trifft aber auch, muss ich auch ganz offen sagen, auf die französische Atomindustrie zu, das heißt, das wird alles andere als einfach, einen derartigen Prozess auf europäischer Ebene auch durchzusetzen. Denn man kann sich ja nicht nur um Temelin kümmern, sondern die gleiche Wettbewerbsverzerrung mit der Quersubventionierung passiert etwa auch in Frankreich.

Erste Präsidentin: Danke.

Abg. **Schwarz:** Du hast schon zwei wichtige Fragen angesprochen, zur ersten einmal, die NGOs, die Kraft der Bürgerinnen und Bürger, die gegen diese Unsicherheiten und gegen diese Gefahren auf die Straße gegangen sind, auch zu bündeln und zu steuern. Welche konkreten Schritte gibt es von deiner Seite jetzt, diese NGOs auf beiden Seiten, auch die tschechischen, die ja sehr massiv arbeiten müssen gegen große Widerstände, wie man die wirklich aktiv einbinden kann und diese Ressource nutzen kann?

Landesrat **Anschober:** Ich glaube, der Widerstand in Tschechien selbst ist eigentlich unser größtes Kapital, unser größter Trumpf. Genauso wie etwa Anti-Atom-Initiativen in Bayern für uns die wichtigsten Verbündeten in der Auseinandersetzung um Isar I sind. Wir haben deswegen in den letzten fünf Monaten auf zwei Schienen gesetzt ganz wesentlich, nämlich einerseits, wir haben, und das wissen ja die Betroffenen, regelmäßig jedes Quartal einen Anti-Atom-Gipfel, das heißt nicht mehr Anti-Temelin-Gipfel, denn es geht nicht nur um Temelin, einen Anti-Atom-Gipfel, wo wir diese gemeinsame Politik von Oberösterreich aus koordinieren zwischen den Fraktionen, zwischen den Regierungsmitgliedern und mit den NGOs, das ist der eine Bereich. Und der andere Bereich: Wir haben vor drei Wochen eine umfassende, ganztägige Strategieklausur mit den tschechischen NGOs, allen tschechischen und allen oberösterreichischen NGOs, in Krumau durchgeführt, wo wir eine Neuorganisation der Zusammenarbeit und eine Intensivierung der Zusammenarbeit fixiert haben. Das heißt, gemeinsame Politik, wo wir gemeinsam grenzüberschreitend an einem Strang ziehen mit dem gleichen, gemeinsam akkordierten strategischen Vorgehen. Das ist ganz, ganz wichtig und das ist auch gelebte EU-Erweiterung. Wir arbeiten ja grenzüberschreitend seit Jahren zusammen und das funktioniert auch bestens, aber genau diese Zusammenarbeit gehört

verstärkt. Das schlägt sich im Übrigen auch an den finanziellen Ressourcen nieder, das aktuelle 13. Maßnahmenpaket war das bislang größte, finanziell bestdotierte Maßnahmenpaket und das kommt genau dieser Informationsarbeit in Tschechien den NGOs zugute.

Abg. **Schwarz:** Also bei diesen NGOs können wir ganz klar auch die Finanzen vorweisen. Nachdem da aber 14 andere AKWs rund um Österreich sind und da können wir wahrscheinlich mit Finanzen sehr wenig anfangen, welche konkreten Möglichkeiten siehst du von Oberösterreich aus, diesen Blickwinkel wirklich auch auf die anderen AKWs zu lenken, die uns ja genauso bedrohen?

Landesrat **Anschober:** Also wir haben mehrere Bereiche vor: Erstens prüfen wir derzeit die rechtlichen Möglichkeiten gegen Isar I. Isar I ist das veraltetste bayerische AKW, das vor allem in der Frage Terrorsicherung bzw. Flugzeugabstürze besonders gefährdet ist, schlecht abgesichert ist, das sagen alle Studien, auch Studien, die unter Verschluss gehalten wurden oder werden. Das ist ein Themenbereich. Es wird in den nächsten Wochen auch einen Lokalaugenschein in Isar geben, wir haben bereits Kontakt mit dem bayerischen Umweltministerium in dieser Frage, Kontakt mit den bayerischen NGOs, aber entscheidend ist auf rechtlicher Ebene etwas zu tun in dem Zusammenhang.

Der zweite Bereich ist, ganz ein entscheidender Prozess zeichnet sich derzeit durch den Verkauf der slowakischen Energiewirtschaft ab, die wird total privatisiert. Das Ausschreibungsverfahren ist bereits draußen und siehe da, einer der beiden Hauptbieter für den gesamten Kraftwerksbereich von SE, der slowakischen Energie, ist wieder CEZ. Das heißt, CEZ bewirbt sich darum, auch die gesamte Stromerzeugung der Slowakei aufzukaufen und damit der große Atommulti in diesem Bereich zu werden. Das würde auch bedeuten, dass CEZ bei einem allfälligen Zuschlag dann Betreiber in Zukunft des Risiko-AKW's Bohunice wäre und auch des Risiko-AKW's Mochovce. Und bei Mochovce existiert die dezidierte Planung von CEZ, falls es den Zuschlag erhält, auch den Block 3 und 4 fertig zu bauen. Und damit bin ich bei einer Weichenstellung auf europäischer Ebene. Der österreichische Nationalrat hat sehr zu meinem Leidwesen vor kurzem beschlossen, grundsätzlich Ja zu sagen zu einer Erhöhung der Euratom-Kredite. Das war ein Mehrheitsbeschluss. Ich bin darüber eigentlich ziemlich betroffen gewesen, auch wenn die Zusatzformulierung gelautet hat, nur dann, wenn mit dem neuen Kreditpaket nur Sicherheitsnachrüstungen finanziert werden. Und dass genau das nicht passiert, zeigt der Beschluss von vorgestern, wo die Kommission entschieden hat, dass aus diesem zukünftigen geplanten neuen Kreditpaket von Euratom die Fertigstellung des rumänischen AKW's Cernavoda finanziert wird in der Größenordnung von 235 Millionen Euro. Das heißt, es geht ganz stark in die Richtung, dass es so etwas wie einen Export der Atomproduktion nach Osteuropa gibt, dass die Fertigstellung der dortigen Reaktoren und der Bau von Reaktoren mit EU-Krediten finanziert wird und das kann es nicht sein. Also da müssen wir uns von Oberösterreich aus ganz vehement bei der Bundesregierung dafür einsetzen, dass es ein klares österreichisches Nein zur endgültigen Beschlussfassung des neuen Euratom-Kredits gibt. Da herrscht nach wie vor Einstimmigkeit, das heißt, wir haben, wenn politisch korrekt agiert wird auf Bundesebene, alle Trümpfe diesbezüglich in der Hand.

Abg. **Schwarz:** Danke.

Erste Präsidentin: Danke. Herr Klubobmann Dr. Frais bitte.

Abg. **Dr. Frais:** Herr Landesrat Rudolf Anschober, lieber Kollege Anschober! Ich habe ein Problem jetzt gehabt bei deinen Ausführungen. Der Beschluss in Tschechien ist ja gegen eine Erweiterung oder für eine Erweiterung gefallen und nicht für eine Nichtinbetriebnahme von Temelin. Ich glaube, man muss das schon sehr deutlich und klar auch in dieser Richtung sagen. Die Frage an sich ist, wurde auch mit Bayern bereits jetzt, außer dieser rechtlichen Prüfung, klar und deutlich einmal Kontakt aufgenommen deinerseits aus der Regierungsfunktion heraus und mit welchen Reaktionen ist insbesondere, Isar I besonders, aber auch Isar II und so weiter zu rechnen?

Erste Präsidentin: Bitte Herr Landesrat.

Landesrat **Anschober:** Also zum ersten Punkt: Es ist richtig, noch einmal herausgestrichen, der Beschluss der tschechischen Regierung hat gelautet, neues atomfreundliches Energiekonzept mit einem Ausbauvorhaben für weitere Atomenergieanlagen, mit dem Stimmenverhältnis neun zu acht, relativierend muss man dazusagen, dass es in diesem Beschluss heißt, ein möglicher Ausbau in einem Zeithorizont von 15 bis 20 Jahren. Ein Genehmigungsverfahren in Tschechien für ein Atomkraftwerk dauert zumindest sieben Jahre, das wissen wir aus den Erfahrungen. Und nachdem in diesem Beschluss der tschechischen Regierung auch definiert wurde, dass das nächste Energiekonzept Tschechiens bereits in zwei Jahren neu aktualisiert wird, haben wir alle Chancen in diesen nächsten eineinhalb Jahren, so viel Informationsarbeit zu leisten, damit wir nicht bei 40 Prozent Ablehnung der Atomenergie, sondern bei 50 oder 60 Prozent dann stehen. Das ist das erklärte, dezidierte Ziel und ich glaube, es ist zusätzlich auch wichtig, dass wir da auch, was die Parteien betrifft, in einen noch intensiveren Dialog mit unseren Schwesterparteien in Tschechien treten.

Das ist der eine Bereich. Was Bayern betrifft, Isar I betrifft, so haben wir diese Frage einerseits bei der EU-Kommission bereits thematisiert und zweitens sind wir im direkten Dialog mit dem bayerischen Umweltminister Schnappauf seit sechs Wochen zirka in dieser Frage. Es gibt bereits eine erste Antwort. Ich will aber das persönliche Gespräch, weil die erste schriftliche Antwort war mir viel zu wenig in dieser Frage. Es wird einen Lokalausweis in Isar als nächstes geben, wo wir gerade bei der Terminfindung sind, parallel dazu die Vorbereitung der Rechtsschritte. Das heißt, wir planen hier genauso wie in der Frage Temelin ein umfassendes Konzept, denn wir wollen in der Frage Anti-Atom nicht einäugig und einseitig agieren.

Abg. **Dr. Frais:** Eine Zusatzfrage.

Erste Präsidentin: Die ist leider nicht möglich, Entschuldigung. Bitte gibt es weitere Fragen dazu? Das ist nicht der Fall. Dann danke Herr Landesrat Anschober. Die Frau Abgeordnete Jachs stellt eine Frage an den Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter Dipl.-Ing. Haider bitte.

Abg. **Jachs:** Herr Landeshauptmann-Stellvertreter! In der Region Freistadt hat die laufende Nachnominierung von EU-Schutzgebieten für heftige Diskussionen gesorgt. Im Naturschutzgesetz ist der Vertragsnaturschutz als Leitlinie und Grundgedanke bei der Ausweisung von Schutzgebieten festgeschrieben. In diesem Sinne erwarten sich auch die betroffenen Grundeigentümer Klarheit und Rechtssicherheit. Vor diesem Hintergrund frage ich Sie, sehr geehrter Herr Landeshauptmann-Stellvertreter, bis wann werden Sie den in den Schutzgebieten liegenden Grundeigentümern ein verbindliches und umfassendes Ausgleichsmodell und Verträge präsentieren können?

Erste Präsidentin: Bitte Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann-Stellvertreter **Dipl.-Ing. Haider:** Danke Frau Präsidentin, sehr geehrte Frau Abgeordnete! Im Zusammenhang mit den Weißbuchverhandlungen im Jänner dieses Jahres wurde bis zum 20. Jänner bereits ein verbindliches Programm ausgearbeitet, das auch im Zuge der Informationsveranstaltungen in den Planungsgemeinden sowohl vorgestellt als auch Interessierten schriftlich zur Verfügung gestellt wurde. Dieses Programm wurde noch um die ÖPUL-Maßnahmen Naturschutzplan erweitert, die ebenfalls heuer im Planungsgebiet interessierten Landwirten zur Verfügung gestellt wurden. Auch über diese Maßnahme wurden die Grundeigentümer im Zuge der Informationsveranstaltungen ausführlich informiert. Wir werden aber jetzt mit allen betroffenen Landwirten einzeln sofort die Verhandlungen aufnehmen und im Detail die Verträge ausarbeiten und vereinbaren, das beginnt ab sofort.

Abg. **Jachs:** Wir wissen, dass wir jetzt nach der Vogelschutzrichtlinie nominiert oder gemeldet haben. Wird es noch nach der FFH-Richtlinie Meldungen nach Brüssel geben?

Landeshauptmann-Stellvertreter **Dipl.-Ing. Haider:** Es wird nach der FFH-Richtlinie Meldungen nach Brüssel geben müssen, allerdings ist im Augenblick nicht vorgesehen, den Freiwald, dieses Gebiet jetzt zu melden, sondern andere Flächen sind dafür im Gespräch und im Verhandeln.

Abg. **Jachs:** Dann frage ich allgemein: Welche Vorgangsweise wird dort gewählt werden?

Landeshauptmann-Stellvertreter **Dipl.-Ing. Haider:** Es wird die gleiche Vorgangsweise wie bisher gewählt werden. Wir werden zuerst die Grundeigentümer informieren, werden auf Grund der Erfahrungen von Liebenau die Gemeinden gleichzeitig informieren. Bisher haben wir ja auf Wunsch der Bezirksbauernkammer nur die Grundeigentümer informiert und nicht die Gemeinde, was dazu geführt hat, dass, wenn ein Grundeigentümer zur Gemeinde gegangen ist, diese nicht informiert war. Jetzt informieren wir alle gleichzeitig und umfassend und nehmen die Gespräche auf. Man kann aus Liebenau sagen, dass man wirklich versuchen muss, von Anfang an eine umfassende, breite Information zu geben, weil sich auch am Beispiel Liebenau ergeben hat, nach Aufklärung der Details war die Situation doch ein bisschen anders als nach den ersten Informationen. Daraus haben wir gelernt und wir werden in Zukunft wirklich von Anbeginn an alle Betroffenen, die Grundeigentümer und die jeweilige Gemeinde, entsprechend umfassend vor der Nominierung informieren.

Abg. **Jachs:** Danke.

Erste Präsidentin: Danke. Gibt es dazu noch eine Frage? Das ist nicht der Fall, danke Herr Landeshauptmann-Stellvertreter. Aber die nächste - ach so, bitte wirklich darum, immer ein Zeichen so zu geben, dass ich Sie auch erkennen kann.

Abg. **Ing. Aspöck:** Frau Präsidentin, Herr Landeshauptmann-Stellvertreter! Werden Sie sich für die Bevölkerung in den Natura 2000-Gebieten nachhaltig einsetzen?

Landeshauptmann-Stellvertreter **Dipl.-Ing. Haider:** Ja selbstverständlich. Wir haben ja auch bereits in Liebenau mitgeteilt, dass Oberösterreich das einzige Bundesland ist, das die ÖPUL-Förderungen garantiert selbst für den Fall, dass die EU oder Österreich national diese Förderung kürzen soll. Das gibt es in keinem anderen Bundesland. Wir tun das und damit ist auch wirklich sichergestellt, dass es für allfällige Einschränkungen entsprechende

Entschädigungen gibt und dass wir unsere ökologischen Ziele auch erreichen können. Es war der Bürgermeister in Liebenau von Arbesbach aus Niederösterreich da und der hat dort die Stellungnahme abgegeben, dass die Naturschützer in Oberösterreich und in Niederösterreich die gleichen Informationen geben, dass die Angst bei den Landwirten in Niederösterreich kleiner ist und die Förderung in Oberösterreich größer ist.

Abg. **Ing. Aspöck:** Danke.

Erste Präsidentin: Danke. Die nächste Anfrage ist die des Herrn Abgeordneten Stanek an den Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter Dipl.-Ing. Haider.

Abg. **Stanek:** Grüß Gott, Herr Landeshauptmann-Stellvertreter! (Zwischenruf Landeshauptmann-Stellvertreter Dipl.-Ing. Haider: "Ich wünsche Ihnen auch einen schönen Tag!") Laut Zeitungsberichten droht dem Bereich Harter Plateau ein Verkehrsinfarkt. Diese Meldungen basieren auf Aussagen von Verkehrsexperten des Landes Oberösterreich. Welche Maßnahmen und Schritte werden Sie im öffentlichen Verkehr setzen, damit dieses Szenario nicht eintritt?

Erste Präsidentin: Bitte Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann-Stellvertreter **Dipl.-Ing. Haider:** Frau Präsidentin, Herr Abgeordneter! Gegenwärtig werden durch die Verkehrskoordinierung auf mehreren Ebenen Maßnahmen zur Verbesserung des öffentlichen Personennahverkehrsangebotes direkt entlang der B 139, das ist jene Bundesstraße, die über das Harter Plateau beim Uno-Shopping, bei der Plus-City vorbei nach Traun führt, vorgesehen. Und zwar schauen die folgendermaßen aus. Die öffentlichen Verkehrslinien entlang der B 139 über das Regionalverkehrskonzept Linz-Südwest, welches 11 Gemeinden umfasst, sollen entlang der B 139 folgende Maßnahmen getroffen werden. Bis spätestens Schulbeginn September 2005 die Verlängerung des 15-Minuten Taktes der ESG-Linie, oder Linz-Linie 15 bis Wagram, sowie ein ausgedünntes Taktangebot bis Wagram auch in den Abendstunden, mittelfristig spätestens bis zum Fahrplanwechsel Dezember 2007 eine gemeinsame Buslinie der Firma Welser und den Linz-Linien, „Ansfelden – Haid – Taun - Harter Plateau - Linz Hauptbahnhof“ als Vorgriff auf die Straßenbahnlinie, sowie als Ersatz für die bestehenden Linien 14 und 15, die Buslinie soll vorerst die Gesamtstrecke bedienen und dann je nach Ausbaustufe der Straßenbahn auf den jeweiligen Restabschnitt reduziert werden. Übrig soll jedoch unabhängig von der Straßenbahn eine Schnellbuslinie in der Hauptverkehrszeit Ansfelden-Traun-Linz über die B 139 bleiben. Der Endausbau dieses Buskonzeptes ist für 2008, 2009 vorgesehen. Die Buslinie, die Straßenbahnlinie 3 Urfahr-Hauptbahnhof wird nach den Planungen jetzt bis auf das Harter Plateau geführt, und soll, wenn irgendwie möglich, im ersten Abschnitt bis zur Trauner Kreuzung weitergeführt werden, und im Siebeneinhalbminutentakt verkehren. Die Buslinie Lambach-Wels, B 1, B 139, Linz-Hauptbahnhof, wird ebenfalls im Zuge des Regionalverkehrskonzeptes für den Großraum Wels und den Bereich Linz-Südwest vorgesehen. An Werktagen soll entlang der B 1 zwischen Wels und Linz ein Stundentakt eingerichtet werden, welcher ausschließlich entlang der B 1 bzw. ab der Trauner Kreuzung auf der Busspur der B 139 verkehrt. Im Bereich der Trauner Kreuzung soll dieser Taktbus an die verlängerte Linie 43 der Linz-Linien sowie an die Taktbusse der Firma Welser von und nach Traun angebunden werden. Der Flughafenbus soll in das Gemeindezentrum von Hörsching verlängert werden und an der B 1 an den Taktbus Wels-Linz angebunden werden. Der neue Flughafenbus soll wie bisher an den Werktagen im Stundentakt und an Sonn- und Feiertagen im Zweistundentakt verkehren. Und an Infrastrukturmaßnahmen im Bezirk Linz-Land sind insgesamt vorgesehen die Verlängerung der Busspur auf der B 139 Richtung

Traun, die Errichtung des Umsteigeknotens Trauner Kreuzung zur Verknüpfung der Buslinien aus Wels, Traun und Linz ab 2008, 2009 mit der Straßenbahn. Im Rahmen des vierspurigen Ausbaus der B 1 in Hörsching die Errichtung einer Umsteigehaltestelle an der Kreuzung B 1, B 133, die Neuplanung des Busterminals am Hauptplatz in Traun unter Ausrichtung auf die Führung der Straßenbahn in Traun, der Bau der Straßenbahnlinie zumindestens bis zur Trauner Kreuzung, die Errichtung von Park-and-ride-Anlagen und das dritte, vierte Gleis Westbahn zwischen Linz und Wels.

Abg. **Stanek:** Danke vielmals. Ich hoffe, dass ich mir das jetzt alles gemerkt habe. (Zwischenruf Landeshauptmann-Stellvertreter Dipl.-Ing. Haider: „Das brauchen Sie nicht, Herr Abgeordneter, Sie können diese Anfragebeantwortung gleich haben.“) Sehr gut. Ich habe aber trotzdem noch eine zweite Frage. Wenn jetzt so viel im Bereich des öffentlichen Verkehrs geplant ist und dann auch gemacht wird, inwieweit gibt es deinerseits Kontakte mit den Gemeinden, dass die entsprechende Schaffung von Parkräumen auch noch ins Auge gefasst wird, weil ich annehme, dass ja aus den weiteren Bezirken gerade über diese Einfallsstraßen Verkehr hereinkommt und dadurch Möglichkeiten geschaffen werden könnten, dass zumindest Anreize zum Umstieg auf das öffentliche Verkehrsmittel ermöglicht werden?

Landeshauptmann-Stellvertreter **Dipl.-Ing. Haider:** Zum einen war das Regionalforum Linz-Land mit den entsprechenden Bürgermeistern vor einigen Wochen bei mir, und hat auch ein entsprechendes Konzept für Park-and-ride-Anlagen angekündigt. Einige Projekte sind schon konkret da, einige werden noch nominiert durch das Regionalforum, hier finanzieren wir ja den Gemeindeanteil zur Hälfte mit seitens des Landes. Wir unterstützen auch Park-and-ride-Anlagen sehr. Und zum Zweiten ist es so, dass wir ja auch für den Ausbau drittes, viertes Gleis Westbahn diesen Regionalverbund stark einbinden, wo auch die begleitenden Maßnahmen, wie die Park-and-ride-Parkplätze mit überlegt und mit geplant werden.

Abg. **Stanek:** Weil du jetzt gesagt hast, mit überlegt werden, das heißt, gibt es schon konkrete Planungen für derartige Projekte, oder ist das momentan noch in der Überlegungsphase?

Landeshauptmann-Stellvertreter **Dipl.-Ing. Haider:** Es gibt drei konkrete Planungen, das sind eben zwei Gemeindeprojekte, die uns gemeldet wurden, und der Bereich der Trauner Kreuzung, wo ein Auftrag existiert. Die Trauner Kreuzung wird jetzt wieder umgebaut, und die muss entsprechend ÖVP-gerecht, ÖV-gerecht umgeplant werden, ÖVP insofern, weil ja der Kollege Hiesl für den Straßenteil dort zuständig ist, und wir wollen das für die Straßenbahn, für die Park-and-ride-Parkplätze und für die Verknüpfung der Buslinien entsprechend adaptieren, und dieser Planungsauftrag ist bereits ergangen.

Abg. **Stanek:** Danke.

Erste Präsidentin: Danke. Gibt es dazu noch eine Wortmeldung? Bitte Herr Klubobmann Mag. Steinkellner. Und ich darf tatsächlich die beiden Herren bitten, ein wenig zur Seite zu gehen.

Abg. **Mag. Steinkellner:** Die Herren Landesräte verdecken mich bei der Anfragestellung, und ich kriege dann immer Schelte von der Frau Präsidentin. Sehr geehrter Herr Landeshauptmann-Stellvertreter! Die Bürgermeister Böhm und Korepp sprechen sich für eine viergleisige Verlegung der ÖBB-Strecke über den Flughafen Linz-Hörsching aus. Nachdem diese viergleisige Verlegung, das heißt zwei Altgleise plus zwei Neugleise, über

den Flughafen führen sollten, steht es in einem unmittelbaren Zusammenhang mit der jetzt von Ihnen skizzierten Verkehrsentwicklung im südlichen Raum. Meine Frage an Sie. Unterstützen Sie die Verlegung der Bahngleise Richtung Flughafen?

Landeshauptmann-Stellvertreter **Dipl.-Ing. Haider**: Das ist ein bisschen ein heikles Thema, dazu hat die SCHIG jetzt eine entsprechende Expertengruppe mit den betroffenen Bürgermeistern und den Planungsexperten und dem Flughafen und der ÖBB auch eingerichtet. Wir werden mit dieser Planungsgruppe April-Mai starten. Es ist relativ einfach beantwortbar, weil für den Ausbau der Westbahn, für dieses dritte und vierte Gleis für die Umweltverträglichkeitsprüfung alle Varianten geprüft werden müssen. Das heißt, es wird geprüft die Nullvariante, können wir auf das dritte, vierte Gleis verzichten, es wird die Variante geprüft, es bleiben beide Gleise bestehen, und das dritte und vierte Gleis wird über den Flughafen geführt, und es wird die dritte Variante überprüft, beide zweigleisigen Strecken, die alte und die neue über den Flughafen zu führen. Ich halte das Projekt dann für sinnvoll, wenn die Aussagen der Bürgermeister zutreffen, dass die beiden Gleise kostenneutral verlegt werden können. Beide Bürgermeister haben ja behauptet, dass durch den Erlös der Flächen und die Weiterverwertung der Flächen, es soll der Bahnhof in Hörsching ein Gewerbegebiet werden, und es sollen also die Flächen auch innerörtlich gemeindemäßig genützt werden, und die Gemeinden würden den ÖBB diese Flächen abkaufen, und durch diesen Kauf wäre eine kostenneutrale Verlegung möglich. Dann kann ich mir das vorstellen. Wenn das nicht der Fall ist, dann werden wir vom Finanzministerium kaum eine Zustimmung dafür bekommen, dass wir das dritte und vierte Gleis verlegen. Aber die Kosten-Nutzen-Situation wird für alle drei Varianten jetzt im Umweltverträglichkeitsvorverfahren erhoben, und dann liegen die Entscheidungsgrundlagen da, und eine dieser drei Varianten wird dann zur Realisierung weiterverfolgt und eingereicht.

Erste Präsidentin: Danke. Gibt es noch eine Zusatzfrage? Das ist nicht der Fall, danke Herr Landeshauptmann-Stellvertreter.

Landeshauptmann-Stellvertreter **Dipl.-Ing. Haider**: Dann bedanke ich mich für die vielen Verkehrsanfragen und ziehe mich vom Rednerpult wieder zurück.

Erste Präsidentin: Und ich erkläre die Fragestunde für geschlossen. Den Herrn Schriftführer ersuche ich den Eingang bekannt zu geben.

Abg. **Bernhofer**: Der Eingang umfasst heute folgende Beilagen: Beilage 130/2004, Personelle, sachliche und finanzielle Erfordernisse des Landesrechnungshofes für das Jahr 2005; Übersicht über die weitere Entwicklung. Diese Beilage wird dem Kontrollausschuss zur Vorberatung zugewiesen.

Beilage 131/2004, Vorlage der Oberösterreichischen Landesregierung betreffend den Rechenschaftsbericht der Oö. Kinder- und Jugendanwaltschaft über den Zeitraum 1. Jänner 2001 - 31. Dezember 2003. Diese Beilage wird dem Sozialausschuss zur Vorberatung zugewiesen.

Beilage 134/2004, Vorlage der Oberösterreichischen Landesregierung betreffend die mittelfristige Finanzvorschau der Oö. Gesundheits- und Spitals-AG für die Jahre 2004 – 2008. Diese Beilage wird dem Ausschuss für Finanzen zur Vorberatung zugewiesen.

Die Beilage 136/2004, Initiativantrag der unterzeichneten Abgeordneten betreffend ein Grenzlandförderungsprogramm für das Mühlviertel soll gemäß § 26 Abs. 6 LGO keinem Ausschuss zur Vorberatung zugewiesen werden.

Die Beilage 137/2004, Initiativantrag der unterzeichneten Abgeordneten betreffend die Einsetzung eines EU-Erweiterungsforums soll ebenfalls keinem Ausschuss zur Vorberatung zugewiesen werden.

Ebenso soll die Beilage 138/2004, Initiativantrag der sozialdemokratischen Abgeordneten betreffend Maßnahmen zur Erstellung eines Gesamtkonzepts für das Mühlviertel für die EU-Erweiterung keinem Ausschuss zur Vorberatung zugewiesen werden.

Die Beilage 139/2004, Initiativantrag der sozialdemokratischen Abgeordneten betreffend Unterstützung der Gemeinden bei den Winterdienstkosten soll ebenfalls keinem Ausschuss zur Vorberatung zugewiesen werden.

Ebenso die Beilage 140/2004, Initiativantrag der sozialdemokratischen Abgeordneten betreffend nachsorgendes Kurzzeitpflegeangebot, auch sie soll keinem Ausschuss zur Vorberatung zugewiesen werden.

Die Beilage 141/2004, Initiativantrag der unterzeichneten Abgeordneten betreffend den Beschluss zur Erstellung eines Leitbildes und eines Redaktionsstatuts für die "Amtliche Linzer Zeitung" und die Landesillustrierte "Unser Oberösterreich" soll ebenfalls keinem Ausschuss zur Vorberatung zugewiesen werden.

Erste Präsidentin: Danke Herr Kollege Bernhofer für die Verlesung des Eingangs. Alle Unterlagen liegen ohnehin auf Ihren Plätzen vor. Wir behandeln die Dringlichkeiten und beginnen mit der Beilage 139/2004, es handelt sich hier um den Initiativantrag der sozialdemokratischen Abgeordneten betreffend Unterstützung der Gemeinden bei den Winterdienstkosten. Hiezu ist ein Geschäftsbeschluss des Landtags erforderlich, über den ich die Wechselrede eröffne und dem Herrn Abgeordneten Prinz das Wort erteile.

Abg. Prinz: Ja, geschätzte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wie unser Straßenbaureferent in seiner Pressekonferenz am 24. März zum vergangenen Winterdienst bilanzierte, hat dieser Winter Mehrkosten im Räum- und Streudienst von cirka 25 Prozent gebracht. Kosten, die die Spitzenwerte des Winters 2002/2003 weit übertroffen haben. Aber nicht nur den oberösterreichischen Straßenmeistereien hat dieser Winter enorme Mehrkosten bereitet, sondern auch die oberösterreichischen Gemeinden wurden genauso hart getroffen. Nicht nur die Mehrkosten für den Winterdienst bereiten den Kommunen Sorgen, sondern auch die enormen Frostschäden werden sich auch finanziell gewaltig zu Buche schlagen. Wie bei dieser Presseinformation auch aufgezeigt, müssen wir bei den Erhaltungskosten für die Fahrbahnschäden mit Steigerungen bis zu 200 Prozent rechnen. Auf den Gemeindestraßen werden diese Kosten sicher nicht mit selbiger prozentueller Höhe ausfallen, aber sicher auch nicht gering sein. Normalerweise könnte man sagen, unsere Gemeinden sind das eh schon gewöhnt, die kann so etwas nicht mehr überraschen, den diesen wurden in den letzten Jahren ständig in die Tasche gegriffen. Aber es brennt der Hut. Wenn man heute die Pressemeldungen gehört hat, mit Rechnungsabschluss 2003 haben 135 Gemeinden einen Abgang von über 25 Millionen Euro zu verzeichnen. Und wenn man anschaut, mit Voranschlag 2004 haben 196 Gemeinden einen Abgang von über 36 Millionen präliminiert.

Werte Kolleginnen und werte Kollegen! In Oberösterreich haben wir seit 1992 eine Winterdienstregelung, die unsere Gemeinden verpflichtet, für den Winterdienst auch auf den Landesstraßen aufzukommen. Dafür erhalten die Gemeinden einen nach verschiedenen Kriterien gestaffelten Landesbeitrag. Die Rahmenbedingungen und auch die Kostenentwicklungen haben sich im Laufe der Zeit aus verschiedensten Gründen gewaltig verändert. Ein Einsatz der Räum- und Streufahrzeuge fast rund um die Uhr wird von den Straßenbenutzern erwartet. Ein den Straßen- und Witterungsverhältnissen angepasstes Fahrverhalten gilt bei weitem nicht für alle Verkehrsteilnehmer. Es sollen im Winter nahezu die selben Fahrbahnverhältnisse wie im Sommer gegeben sein. Das heißt, für die Winterdienstverantwortlichen und für die Gemeinden mehr Verantwortung, mehr Einsatz und vor allem mehr Kostenaufwand, egal ob auf Gemeinde- oder Landesstraßen. Negativ für unsere Gemeinden wirkt sich aber aus, dass inflationsbedingt die zur Berechnung des Landesbeitrags zu Grunde liegenden ordentlichen Einnahmen der Gemeinden steigen, dass die Pflichtausgaben um mehr als das Doppelte ansteigen, findet hier keine Berücksichtigung. Und es kommt daher richtliniengemäß zu einer Senkung des Landesbeitrages. Um diesen für die Gemeinden entstehenden Nachteil zu vermindern bzw. zu beheben, beantragen wir die Entwicklung eines neuen Modells zur Unterstützung der oberösterreichischen Gemeinden bei der Abdeckung der Kosten, die eben in einem immer höheren Ausmaß den Gemeinden für die Erledigung des Winterdienstes auf Landesstraßen entstehen. Bis zur Umsetzung dieses Modells fordern wir eine rückwirkende finanzielle Unterstützung der Gemeinden für den Winterdienst auf Landesstraßen ab dem Winter 2003/2004, also zu diesem Rekordwinter, der eben sehr einsatz- und kostenintensiv war. Einwände, dass im Budget für 2004 keine Mittel vorgesehen wären, können von uns nicht akzeptiert werden, man kann Mittel aus dem Nachtragsvoranschlagsbudget bzw. III/5-Mittel hier heranziehen. Vor allem namens unserer Gemeinden, unserer betroffenen Gemeinden ersuche ich um Zustimmung zur Dringlichkeit und Zustimmung zu diesem Antrag. Danke. (Beifall)

Erste Präsidentin: Danke. Nächster Redner ist Herr Abgeordneter Schillhuber.

Abg. **Schillhuber:** Geschätzte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Zuhörer! Mit diesem Antrag sind vor allem wieder die kleinen Gemeinden betroffen. Wenn die Finanzsituation und das Geld über mehrere Gemeinden verteilt wird, dann sind die Kleinen wieder die Leidtragenden. Ich habe mir das in meinem Bezirk angeschaut, die kleinste und die finanzschwächste Gemeinde Weyer-Land gegenüber unserer finanzkräftigsten Gemeinde Sierning, dort ist der Unterschied gravierend. Und vor allem, weil diese kleinen Gemeinden auch mehr Landesstraßen zum Räumen haben, als wie geballte Siedlungskomplexe. In diesem Fall ist es so, dass wir, wenn wir derzeit diese Regelung ändern würden, die kleineren, die schwächeren Gemeinde mehr unter die Räder kommen. Landeshauptmann-Stellvertreter Franz Hiesl hat in seiner Abteilung ein neues Modell in die Ausarbeitung eingebracht, und es wurden in diesem Winter von der Straßenmeisterei Bad Leonfelden und Uttendorf neue Versuche gestartet, um eben in Zukunft ein neues Modell für den Winterdienst auf den Landesstraßen, es sind die ehemaligen Bezirksstraßen, zu erarbeiten. Die Autolenker erwarten immer einen Topzustand dieser Straßen. Ich glaube, dass auch die Gemeinden diesen Topzustand der Straßen in der Vergangenheit auch gewährleistet haben. Dass die Gemeinden Abgänge haben, und wenn man dieses Geld jetzt anders verteilt an die reicheren Gemeinden, dann werden die kleinen Gemeinden noch mehr Probleme kriegen. (Unverständliche Zwischenrufe) Ich glaube daher, dass es notwendig ist, ein neues Konzept zu erarbeiten, Landeshauptmann-Stellvertreter Franz Hiesl hat dieses Konzept in Arbeit, und daher brauchen wir diesem Antrag heute nicht die Dringlichkeit geben. (Beifall)

Erste Präsidentin: Nächste Rednerin ist die Frau Abgeordnete Schwarz.

Abg. **Schwarz:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen im Landtag, liebe Zuseherinnen auf den Tribünen, liebe Mitarbeiterinnen! Ich kann dem Inhalt des Antrages voll zustimmen, nachdem Sie ja genau diese Kritikpunkte, die ich letztes Mal bei diesem Antrag ausgeführt habe, aufgenommen haben. Es freut mich sehr. Wie ich mich erinnern kann, und im Ausschuss waren ja auch Vertreterinnen und Vertreter der SPÖ und aller anderen Fraktionen, hat Herr Landesrat, Landeshauptmann-Stellvertreter Hiesl zugesagt, dass ein neues Modell erarbeitet wird, dass es eine neue Regelung braucht für den Winterdienst auf Landesstraßen. Also diese Zusage haben wir bekommen. Und es wurde auch vereinbart, wann er dieses vorzulegen hat und wie wir damit umgehen. Also sehe ich für diesen Part, diesen dringlichen Antrag eigentlich hinten nach, weil wir haben die Zusage ja schon bekommen von ihm. (Unverständliche Zwischenrufe) Es geht um den Winter 2003/2004, das habe ich auch gelesen. (Zwischenruf Abg. Dr. Frais: "Um den geht es aber!")

Jetzt weiß ich aus meiner Gemeinde, dass wir, die Abrechnung, was der Winterdienst für uns jetzt konkret gekostet hat zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht genau sagen können. Also ich sehe kein Problem, wenn wir diesem nicht die Dringlichkeit geben, aber im Ausschuss konkreter beraten, wie kann eine Abdeckung für wirklich finanzschwache, und ich glaube, da muss man wirklich schauen, dass man die finanzschwächeren Gemeinden bevorzugt, wenn die wissen, welche Belastungen zusätzlich dazugekommen sind, dann im Ausschuss gemeinsam beraten. Und ich glaube nicht, dass es die Regierung alleine machen kann, sondern da können wir im Ausschuss sehr gut ein Konzept erarbeiten, wie wir diese finanzschwachen Gemeinden für den vergangenen Winter -. (Zwischenruf Abg. Dr. Frais: "Es gibt ja die Alternativrichtlinie, die gilt ja momentan!") Ich habe es verstanden und ich danke für die Aufmerksamkeit. (Beifall)

Erste Präsidentin: Nächster Redner ist Herr Abgeordneter Dr. Brunmair.

Abg. **Dr. Brunmair:** Werte Präsidentin, meine Damen und Herren! Es geht darum, akut zu helfen und jetzt zu helfen, weil wir wissen, dass dieser Winter sehr lang war. Und auch wenn heute die Sonne scheint und es Frühlingsgefühle gibt, dass der Winter erst vor einigen Tagen zu Ende gegangen ist und dass wirklich ein Finanzierungsproblem der Gemeinden besteht, das wissen wir, weil wir bereits im Begriff sind, Finanzausgleichsverhandlungen zu beginnen oder durchzuführen und dass so Dinge wie der abgestufte Bevölkerungsschlüssel ein Relikt der Vergangenheit ist, an dem, das muss man auch hier sagen, auch die SPÖ mitbeteiligt ist. Und auch in dem Zusammenhang ist zu erwähnen, dass es aufgrund der finanziellen Situation bereits Zahlungsverweigerer einzelner Gemeinden oder Gemeindebürgermeister gibt, das wissen wir. Das heißt, es ist akuter Handlungsbedarf und so verstehen wir diesen Antrag, dass jenen Gemeinden, die wirklich in finanziellen Nöten sind, rasch heuer und jetzt geholfen wird. Daher werden wir dieser Dringlichkeit zustimmen und auch dem Antrag oder dem Sinne dieses Antrages beitreten. (Beifall)

Erste Präsidentin: Danke. Ich schließe die Wechselrede und lasse über den Antrag zur Dringlichkeit abstimmen und bitte jene Mitglieder des hohen Hauses, die der Dringlichkeit zur Beilage 139/2004 zustimmen ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Die Abgeordneten der sozialdemokratischen Fraktion und die Abgeordneten der freiheitlichen Fraktion heben die Hand.) Der Antrag ist mit Stimmenmehrheit abgelehnt worden. Ich weise die Beilage dem Ausschuss für Verkehrsangelegenheiten zur Vorberatung zu.

Wir behandeln den Antrag zur Dringlichkeit der Beilage 140/2004. Es handelt sich um den Initiativantrag betreffend nachsorgendes Kurzzeitpflegeangebot. Hiezu ist ein Geschäftsbeschluss des Landtags erforderlich. Ich eröffne darüber die Wechselrede und erteile dem Herrn Klubobmann Dr. Frais das Wort.

Abg. Dr. Frais: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Bei unserem Antrag, ein Konzept für ein nachsorgendes Kurzzeitpflegeangebot in Oberösterreich zu entwickeln, denken wir heute schon an die nächsten Jahre. Wir müssen uns heute damit beschäftigen im Hinblick auf die demografische Entwicklung, im Hinblick auf die Entwicklung, dass Haushalte immer kleiner werden. Es sind gerade diese Probleme, die eigentlich jeder von uns kennt: dass jemand im Krankenhaus ist, die medizinische Behandlung als Akutfall nicht mehr stattfindet, letztendlich dann genau eine Zwischenphase entsteht, wo eine Betreuung Zuhause aber auch noch nicht möglich ist. Und dafür war eigentlich das Krankenhaus Buchberg für Oberösterreich geradezu schon ein Begriff, wo die Interventionen beim damaligen Landesrat Aichinger, wo ich selbst einmal interveniert habe, eigentlich ganz ein wichtiger Punkt gewesen sind. Ich sage es zur Versinnbildlichung, was wir damit meinen. Es geht darum, dass Menschen nicht auf der Strecke bleiben, wenn sie vom Krankenhaus herauskommen, dort kein Bett mehr bekommen und in einer weiteren Versorgungseinrichtung oder Zuhause noch nicht alleine verbleiben können. Und genau um jene Zwischenstation, die so wesentlich ist, um den Genesungsprozess unter teilweiser medizinischer Betreuung durchführen zu können, geht es, genau in diese Richtung geht es uns mit diesem Antrag.

Ich glaube, man sollte gerade in dieser so wichtigen Frage, die wir auch bereits im Rahmen einer Aufsichtsratsitzung bei der GESPAG sehr intensiv diskutiert haben, seitens des Landes Oberösterreich eine klare gesundheitspolitische Position einnehmen und sich dazu bekennen, dass es keine Lücken in unserem Betreuungsangebot für die Menschen geben sollte. Und wir sind auch der Meinung, dass wir nicht wichtige Standorte wie beispielsweise Buchberg, die momentan auch zur Disposition stehen, gerade für solche Einrichtungen nicht vernachlässigen dürfen, auch nicht vielleicht durch irgendeinen Verkauf. Ich sage das ganz ausdrücklich: Ein so günstiger Standort, der zwischen drei Krankenhäusern, zwischen Bad Ischl, Gmunden und Vöcklabruck liegt, der eigentlich sehr nahe dem Autobahnanschluss liegt, genau solche Standorte sollen nicht um rasches Geld verkauft werden, damit man nicht in den nächsten zehn, zwanzig Jahren mit großer Trauer davorsteht und sagt, dieser Standort wäre optimal gewesen bei der demografischen Entwicklung, die diese Gesellschaft nimmt, um für die Menschen die entsprechenden Voraussetzungen zu schaffen.

Es geht heute bei dieser Dringlichkeit um das Ersuchen an die Landesregierung, ein Konzept dazu zu entwickeln, ein klares Konzept, das auch Grundlage letztendlich für weitere Entscheidungen der Träger des Gesundheitswesens in Oberösterreich sein sollte. Ich ersuche also in dieser an Menschen orientierten Frage doch parteipolitisch orientierte Abstimmungsüberlegungen in den Hintergrund zu stellen und für Menschen zu entscheiden und nicht aus irgendwelchen parteipolitischen Überlegungen. Danke. (Beifall)

Erste Präsidentin: Nächster Redner ist Herr Abgeordneter Dr. Aichinger.

Abg. Dr. Aichinger: Sehr geschätzte Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Das Anliegen verstehen wir, glaube ich, sehr wohl und alle. Für die Dringlichkeit sehe ich aber keinen Anlass. Erstens einmal gibt es einen ähnlichen Antrag der FPÖ, der im Unterausschuss für Altenbetreuung ja behandelt wird und der in der Zielsetzung Ähnliches zum Thema hat. Zweitens ist die Begründung und die Formulierung des Antrages für mich

etwas verwirrend, weil sie auch mit den bestehenden Gesetzen nicht ganz in Einklang zu bringen ist. Es ist nicht klar ersichtlich aus welchem Bereich diese Einrichtung letztendlich finanziert werden soll. Ist es eine Einrichtung, die nach dem SHG etabliert werden soll, ist es eine Einrichtung, die nach dem Krankenanstaltengesetz etabliert werden soll? Ich glaube, das braucht durchaus eine Diskussion, die wir ja im Unterausschuss führen können. Und drittens einmal, (Zwischenruf Abg. Dr. Frais: "Das ist ja das Ersuchen an die Landesregierung, nicht an den Ausschuss!") na ja, wieso sollten wir uns nicht zuerst selber einmal Gedanken machen als Abgeordnete welche Struktur wir haben wollen, und drittens, das mag ja den politischen Beobachter fast ein bisschen belustigen, es hat ja fast die Qualität eines Misstrauensantrages an eigene Regierungsmitglieder, denn in der Begründung wird darauf verwiesen, dass es hier eine dringende notwendige Lösung geben soll und die Zuständigen für diese Lösung, für diese Lösung zuständigen Regierungsmitglieder sind Kollegin Stöger beziehungsweise Kollege Ackerl. Die möchte ich nicht der Untätigkeit (Zwischenruf Abg. Dr. Frais: "Es geht ja darum, um den Beschluss der Richtlinie!") bezichtigen, die arbeiten sehr brav und sehr fleißig. (Unverständliche Zwischenrufe) Daher möchten wir sie auch schützen vor einem derartigen Antrag und wir erkennen diesem Antrag die Dringlichkeit nicht zu. (Beifall)

Erste Präsidentin: Nächste Rednerin ist Frau Abgeordnete Wageneder.

Abg. **Wageneder:** Geschätzte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Nachbetreuung und eine intensive Zusammenarbeit von niedergelassenen Ärzten, Ausbau der mobilen Dienste und Überleitungspflege in Krankenhäusern, selbstverständlich auch ausreichend Kurzzeitpflegeplätze sind wichtig für eine umfassende Nachversorgung für unsere älteren Mitbürger und Mitbürgerinnen, aber Sie begründen Ihren dringlich eingebrachten Antrag mit der demografischen Entwicklung. Eine demografische Entwicklung ist ja nicht eine plötzliche Erscheinung, was plötzlich vom Himmel fällt. (Zwischenruf links: "Aber ein Konzept sollte man machen!") Wir wissen ja schon lange, dass heute und auch in Zukunft noch häufiger ältere Menschen aus dem Spital entlassen werden und deshalb verstehe ich eben in diesem Zusammenhang die Dringlichkeit nicht.

Außerdem, soweit ich die Pläne des Herrn Landesrates Ackerl aus dem Unterausschuss kenne, ist ihm der Ausbau der Kurzzeitpflegeplätze ohnehin ein wichtiges Anliegen und es steht ja nichts dem entgegen, dass der Herr Landesrat Ackerl und die Frau Landesrätin Stöger hier ein umfassendes Konzept noch vorlegen. Und es gibt außerdem eine Zusage des Herrn Landeshauptmannes, dass für die Nachnutzung von Buchberg auch ein Konzept erstellt werden soll. Deshalb stimmen wir der Dringlichkeit nicht zu. (Beifall)

Erste Präsidentin: Danke. Nächster Redner ist Herr Abgeordneter Dr. Brunmair.

Abg. **Dr. Brunmair:** Werte Präsidentin, meine Damen und Herren! Man muss bei diesem Antrag natürlich schon ein wenig auf die Geschichte dieses Antrages eingehen. Und da ist halt festzustellen und es liegt am Tisch, dass es bereits zwei freiheitliche Anträge zu diesem Thema oder in etwa gleichlautend gegeben hat. Und der letzte Antrag von uns Freiheitlichen stammt vom Anfang dieses Jahres. Und es war halt so, dass dieser Antrag am 29. Jänner dieses Jahres von der SPÖ, von der Volkspartei und von den Grünen in einen Unterausschuss verlagert wurde. Und siehe da, jetzt scheint, man kann es wirklich so bezeichnen, eine Raubkopie der SPÖ unserer freiheitlichen Idee (Heiterkeit) wieder im Landtag auf. (Beifall)

Und man kann wirklich sagen, manchmal dreht sich die Politik und nicht nur die Politik, sondern auch vieles andere im Kreis, aber das Ziel, wenn der Kreisler wieder einmal stillsteht, ist dann wieder vor Augen. Wir sagen, wir stellen uns jetzt nicht schmolend in die Ecke, weil jemand uns kopiert hat, sondern wir sehen die Wichtigkeit und die Notwendigkeit und den Inhalt dieses Antrages, die Sache geht vor. Und es geht auch aus diesem Antrag der SPÖ hervor, dass in den eigenen Reihen, in der eigenen Regierungsmannschaft Handlungsbedarf ist. Daher unterstützen wir die Dringlichkeit und unterstützen auch inhaltlich den Antrag. (Beifall)

Erste Präsidentin: Danke. Ich schließe die Wechselrede und lasse abstimmen. Ich bitte jene Mitglieder des hohen Hauses, die der Dringlichkeit zur Beilage 140/2004 zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Die Abgeordneten der sozialdemokratischen Fraktion und die Abgeordneten der freiheitlichen Fraktion heben die Hand.) Der Antrag hat nicht die nötige Mehrheit. Ich weise ihn dem Sozialausschuss zur Vorberatung zu.

Wir behandeln die Dringlichkeit der Beilage 141/2004. Es handelt sich hier um einen Initiativantrag betreffend den Beschluss zur Erstellung eines Leitbildes und eines Redaktionsstatuts für die "Amtliche Linzer Zeitung" und die Landesillustrierte "Unser Oberösterreich". Hiezu ist ein Geschäftsbeschluss erforderlich, über den ich die Wechselrede eröffne. Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Kapeller das Wort.

Abg. **Kapeller:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Landesrechnungshof hat in seiner Sonderprüfung die Öffentlichkeitsarbeit der Oberösterreichischen Landesregierung durchleuchtet und in einem Bericht vorgelegt. Und dieser Bericht umfasst eine ganze Reihe von Feststellungen und Empfehlungen, welche wir aber heute noch im Rahmen dieser Landtagssitzung zu diskutieren haben. Aufgrund einer Empfehlung des Landesrechnungshofes und der Diskussion im Kontrollausschuss haben wir diesen eben von der Frau Präsidentin zitierten Dringlichkeitsantrag eingebracht.

Der Landesrechnungshof empfiehlt, dass der redaktionelle Teil der "Amtlichen Linzer Zeitung" entfallen sollte, da er für die Öffentlichkeit nur von beschränktem Interesse ist. Und weiters: Der amtliche Teil der "Amtlichen Linzer Zeitung" sollte künftig in einer elektronischen Form als Newsletter zur Verfügung gestellt werden. Soweit die Empfehlung des Landesrechnungshofes.

Wir hatten im Kontrollausschuss sehr lange diese Empfehlung diskutiert und es gab eine breite Übereinstimmung von SPÖ, FPÖ und den Grünen, dass es für diesen redaktionellen Teil der "Amtlichen Linzer Zeitung" auch Spielregeln geben sollte. Und gerade Kollege Trübswasser hat einen sehr konstruktiven Vorschlag im Kontrollausschuss als Antrag eingebracht (Zwischenruf Landesrat Anschober: "So ist er!") und ihn dann auch überraschend kurz vor der Abstimmung wieder zurückgezogen. So ist er Kollege Anschober, Klubobmann und Landesrat der Grünen. (Zwischenruf Landeshauptmann Dr. Pühringer: "Weil es einen Alternativvorschlag der SPÖ gegeben hat!") Und welche Gründe, Kollege Anschober, welche Gründe für diesen Schritt des Kollegen Trübswassers im Hintergrund gestanden sind, das weiß ich nicht. Vielleicht war es ein Haltesignal, wie er sich umgedreht hat und geschaut hat. Ich kann es nicht nachvollziehen. (Zwischenruf Landeshauptmann Dr. Pühringer: "So denken halt Eisenbahner!") Ja, Herr Landeshauptmann, vielleicht haben Sie mit den Augen gezwinkert, könnte ja auch eine Möglichkeit gewesen sein. (Zwischenruf Landeshauptmann Dr. Pühringer: "Ich war zu diesem Zeitpunkt nicht im Saal!") Aber vorher könnte das schon gewesen sein, in dem Sie vorher schon ihre Meinung beim Kollegen Trübswasser deponiert haben. Wir wissen es nicht. Aber wir haben uns, Herr

Landeshauptmann und Herr Landesrat, (Zwischenruf Landeshauptmann Dr. Pühringer: "Er unterstellt dir vorausschauende Planung!") wir haben uns, meine Herren der Zusammenarbeitskoalition, entschlossen, den Kollegen Trübswasser zu unterstützen, (Zwischenruf Landesrat Anschober: "Das ist gut!") seine Ideen aufzugreifen und haben deswegen heute diesen Dringlichkeitsantrag eingebracht.

Der Herr Landesrat und Parteivorsitzender der Grünen ist ein Hellseher. Wir haben ihn erweitert, wir haben ihn erweitert aufgrund der Diskussionen, die natürlich auch in diesem Kontrollausschuss geführt worden sind. Und daher haben wir einen Antrag heute eingebracht, wo wir die Landesregierung auffordern, nicht nur für die "Amtliche Linzer Zeitung", sondern auch für die Landesillustrierte "Unser Oberösterreich" im Einvernehmen mit allen Landtagsfraktionen, er enthält die Forderung von euch, ein Leitbild und ein Redaktionsstatut zu erstellen. (Zwischenruf Landesrat Anschober: "Das war im Ausschuss noch nicht!") Wir bezeichnen deswegen diesen Antrag heute auch als dringend, Kollege Anschober, weil bis zur Umsetzung dieser Empfehlung des Landesrechnungshofes es notwendig ist, eine Festlegung hinsichtlich der Inhalte und Schwerpunkte in beiden Landeszeitungen zu machen. Wir schlagen daher vor, dass in einem Leitbild und in einem Redaktionsstatut die Richtlinien festgelegt und unter Zustimmung aller der hier im Hause sitzenden Fraktionen erstellt werden. Und nach dem wir die Meinung vertreten, dass diese Vorgangsweise nicht nur vernünftig, sondern auch so rasch wie möglich umgesetzt werden soll, haben wir den Antrag auch dringlich bezeichnet, auch deswegen, damit wir die Grünen diesbezüglich unterstützen, und ich ersuche nicht nur diesem Antrag die Dringlichkeit zuzuerteilen, sondern ihm auch die Zustimmung zu geben. (Beifall)

Erste Präsidentin: Ich erteile Herrn Klubobmann Mag. Strugl das Wort.

Abg. **Mag. Strugl:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Herr Abgeordnete Kapeller ist auf die Diskussion im Kontrollausschuss eingegangen. (Zwischenruf Abg. Makor-Winkelbauer: "Auf das Zwinkern!") Ich kann nur sagen, hier handelt es sich um einen Antrag der SPÖ, der zuerst von der grünen Fraktion übernommen wurde, in weiterer Folge dann von der freiheitlichen Fraktion übernommen wurde, die hat nämlich dann praktisch genau den selben Antrag gestellt. Und ich merke nur an, dass eine solche Vorgangsweise von Ihrer Fraktion schon einmal als Ideenklau bezeichnet wurde. Wir sind da eh nicht so kleinlich (Zwischenruf links: "Raubkopie!" Zwischenruf Abg. Dr. Frais: "Wir sagen es ja, wir glauben nicht!") Am 3. März, lieber Karl Frais, hast du selber das noch als den Gipfel der politischen Impertinenz beschrieben in einer Aussendung. Also wir nehmen zur Kenntnis, dass auch in der SPÖ hier die Meinung sich relativ schnell ändert, aber es soll uns Recht sein und im Sinne der Diskussion werden auch wir der Dringlichkeit zustimmen. (Zwischenruf Abg. Prinz: "Bravo!" Beifall)

Erste Präsidentin: Nächster Redner ist Herr Klubobmann Mag. Steinkellner.

Abg. **Mag. Steinkellner:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Eine Kleinigkeit gehört korrigiert. Erstens handelt es sich bei diesem Dringlichkeitsantrag um einen gemeinsamen Antrag der Sozialdemokraten und der Freiheitlichen, Punkt eins.

Punkt zwei: (Zwischenruf Landeshauptmann Dr. Pühringer: "Schon wieder rot-blau!" Zwischenruf Landesrat Anschober: "Schon wieder eine Allianz!" Landeshauptmann Dr. Pühringer: "Kärntner Verhältnisse!") Sollte sich doch bitte das schwarz-grüne Experiment nicht vor rot-blauer Zusammenarbeit fürchten. Man hat ja in Kärnten gesehen, dass rechtzeitig die ÖVP auch noch die Kurve kratzen kann.

Zur genauen Chronologie und nachdem ich ja gerade noch nicht das Protokoll als Kontrollausschussvorsitzender unterschrieben habe, war es folgendermaßen. Der grüne Klubobmann Gunther Trübswasser stellt den Antrag auf Einsetzung eines Redaktionsstatutes und eines Leitbildes in Zusammenarbeit mit allen Landtagsfraktionen. (Zwischenruf Landesrat Anschober: „Bei der Amtlichen Linzer Zeitung!“) Bei der Amtlichen Linzer Zeitung. Daraufhin gab es von den Freiheitlichen den Zusatzantrag, nachdem es zwei Landesmedien gibt, die Amtliche Linzer Zeitung und die Landesillustrierte, auch diese einzubeziehen. (Zwischenruf Landesrat Anschober: „Was der Landesrechnungshof nicht kritisiert!“)

Nunmehr gab es ein Augenzwinkern, eine Bewegung mit dem Zeigefinger und die Annäherung des grünen Klubobmannes an den ÖVP-Klubobmann, ein etwas kürzeres Gespräch, das hier stattgefunden hat und dann den überraschenden Rückzieher der Grünen Fraktion, diesen Antrag doch nicht einzubringen.

Hat nichts ausgemacht, denn daraufhin wurde dieser Antrag, ergänzt mit der Landesillustrierten, von mir als Kontrollausschussvorsitzender selbst beantragt. Überraschenderweise hat dann die Grüne Fraktion gemeinsam, offensichtlich hat hier eine besondere Kontaktnahme mit dem Klubobmann Strugl, nicht mit dem Herrn Landeshauptmann, stattgefunden, grüne Fraktion und ÖVP-Fraktion diesen Antrag abgelehnt, SPÖ und FPÖ blieben in der Minderheit.

Um diese sogenannten Wechselbilder in der Öffentlichkeitsarbeit über die..... (Zwischenruf Landesrat Anschober: „Das sind wirklich Themen, die das Land bewegen!“) Früher, Kollege Anschober, hätte dich schon ein Thema interessiert, wie man mit einem Medium des Landes umgeht. Sei nicht so nervös. Ich weiß eh, dass das weh tut, wenn man sich vorstellt, man hat einfach einen Antrag gestellt als grüne Fraktion, zieht dann den Antrag wieder zurück und stimmt dann in der gleichen Sitzung gegen den eigenen Antrag.

Ich bin ja froh, jetzt hat in der Zwischenzeit die ÖVP Bewegung gezeigt. Somit hoffe ich, dass auch die grüne Fraktion noch Bewegung zeigen wird und auch dieses Mal im Landtag das Statut gemeinsam mit allen Fraktionen beauftragen und beschließen wird.

Ich hoffe nur für die Zukunft, dass alle miteinander zuerst nachdenken, welchen Antrag sie einbringen und wenn sie den Antrag schon eingebracht haben, zu diesem Antrag stehen, nicht ihn zurückziehen und dann gegen den eigens gestellten Antrag stimmen, weil das ist dann eher peinlich für Abgeordnete. (Beifall)

Erste Präsidentin: Nächster Redner ist Herr Abgeordneter Hirz.

Abg. **Hirz:** (Zwischenruf Abg. Schenner: „Jetzt werden wir es hören!“) Genau, jetzt werdet Ihr es hören. Sehr geehrte Frau Präsidentin, werte Kollegen und Kolleginnen, liebe Zuschauer! Ich möchte mich vorerst einmal gleich bedanken für die Chronologie. Ist also fast richtig dargestellt, wie das abgelaufen ist im Ausschuss. Es ist richtig und da gebe ich meinen Vorrednern Recht, wir haben eine sehr breite und intensive Diskussion im Ausschuss geführt über ein Thema, zu dem ich nachher dann noch sage, was ich mir denke, zur Amtlichen Linzer Zeitung.

Auf alle Fälle ist sehr viel an verschiedensten Vorschlägen gekommen, unter anderem auch der Vorschlag, wenn es denn so sei, dass wir einen redaktionellen Teil bei der Amtlichen

Linzer Zeitung halten müssen, dass man auch sich überlegt, welche Richtlinien es dafür geben soll. Es ist auch so, dass die Grünen dieses immer gefordert haben und es ist auch nicht so, dass wir deswegen eine andere Position einnehmen. Ich möchte nur schon auch darauf hinweisen, dass also auch mitten in der Phase drinnen auch die SPÖ die Unterstützung zurückgezogen hat und dann in den Wirren dieses Ausschusses plötzlich am Ende, nachdem wir eine Lösung gefunden hatten, ein weiterer Antrag eingebracht worden ist.

Ich möchte jetzt auf die inhaltliche Diskussion eingehen. Es gibt die Empfehlung des Landesrechnungshofes den redaktionellen Teil der Amtlichen Linzer Zeitung einzustellen aus Kostengründen. Ich persönlich mache kein Hehl daraus, dass für mich die Einstellung der Amtlichen Linzer Zeitung ein mittelfristiges Ziel sein muss. Es ist eine gute Möglichkeit zu Sparen ohne an Wirkung zu verlieren, wie ich meine. Ich war selbst Konsument dieser Zeitung und ich glaube nicht, dass mir der redaktionelle Teil wirklich abgegangen wäre. Ich glaube auch, dass wir in die Richtung gehen sollten, dass wir die Verordnungen und die Ausschreibungen in Zukunft in elektronischer Form oder über das Internet den Abonnenten zur Verfügung stellen. Möchte übrigens darauf hinweisen, dass der Landesschulrat für Oberösterreich seine Verordnungsblätter bereits in elektronischer Form den Schulen zur Verfügung stellt und bereits umgestellt hat.

Nichts desto trotz und das war also auch der Verlauf der Diskussion, ist herausgekommen, dass erstens einmal es ein Kundmachungsgesetz gibt, nach dem man die Amtliche Linzer Zeitung nicht einfach einstellen kann, dass es auch Leserrückmeldungen gegeben hat. Fünfzehn Prozent der Leser und Leserinnen, das hat mich sehr erstaunt, haben also angegeben, dass sie diesen redaktionellen Teil auch lesen und konsumieren. Das war auch der Grund, warum der Ausschuss dann der Empfehlung des Landesrechnungshofes nicht nachgekommen ist. Das bedeutet aber auch gleichzeitig, dass, wenn man die Amtliche Linzer Zeitung nicht einstellt, man auch den redaktionellen Teil nicht einstellen kann, weil es darum geht, den Zeitungstarif zu erhalten. Und das muss man auch ganz klar dazusagen. Es geht also darum, dass fünfzig Prozent redaktioneller Teil da sein müssen, um den Zeitungstarif zu bekommen. Das gilt auch für das Land Oberösterreich.

Nachdem also Zeitungen, egal ob sie jetzt gut oder schlecht sind und egal, wie viele Menschen sie lesen oder nicht lesen, nun einmal ein bestimmtes Umfeld erreichen, ist für mich auch klar, dass es bestimmte Richtlinien geben sollte. Ich bin dafür, dass es für diesen redaktionellen Teil der Amtlichen Linzer Zeitung ein Leitbild geben soll. Ich bin auch dafür, dass entsprechende Redaktionsstatuten ausgearbeitet werden. Ich bin damit auch einer Meinung mit Klubobmann Trübswasser, der das immer auch vertreten hat und deswegen auch eingebracht hat. Ich glaube auch, dass es notwendig ist, über die viel wesentlichere Zeitung, nämlich die Landesillustrierte „Unser Oberösterreich“, die also eine wesentlich höhere Auflage hat, auch diese Zeitung mit hinein zu nehmen. Ich bin absolut dafür, dass es einen fairen Zugang für alle gibt.

Das Haltesignal, das da von manchen gesehen worden ist, ist offensichtlich verwechselt worden. Also ich hab das nicht als Haltesignal empfunden, sondern einmal das eine zu entscheiden und dann weiter zu gehen und weiter zu schauen. Ich bin auch dafür, dass alle Landtagsfraktionen in diese Erarbeitung miteingebunden sind. Wir werden daher natürlich der Dringlichkeit zustimmen. (Beifall)

Erste Präsidentin: Danke. Ich schließe die Wechselrede und lasse über den Antrag abstimmen. Ich bitte jene Mitglieder des hohen Hauses, die der Dringlichkeit zustimmen, ein

Zeichen mit der Hand zu geben. (Alle Abgeordneten heben die Hand.) Ich stelle fest, dass dieser Antrag einstimmig angenommen worden ist.

Heute hat um 7.45 Uhr eine Sitzung des Ausschusses für Umweltangelegenheiten stattgefunden und dabei wurde beschlossen, dem Oberösterreichischen Landtag für die heutige Sitzung einen Bericht betreffend einer Resolution für die generelle Einführung eines Dieselpartikelfilters, verschärfte EU-Grenzwerte für Dieselfahrzeuge und die Einführung steuerlicher Anreizsysteme für einen verstärkten Einbau von Dieselpartikelfiltern zur Beschlussfassung vorzulegen. Dieser Ausschussbericht liegt als Beilage mit der Nummer 135/2004 auf Ihren Plätzen auf. Für die Aufnahme in die Tagesordnung ist ein Geschäftsbeschluss des Landtags erforderlich. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wenn Sie für die Aufnahme der Beilage 135/2004 in die Tagesordnung sind, bitte ich Sie um ein Zeichen mit der Hand. (Alle Abgeordneten heben die Hand.) Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Es sind in der Zwischenzeit schriftliche Anfragen eingelangt. Die Kopien der Anfragen und die Beantwortungen der eingelangten Anfragen liegen auf Ihren Plätzen.

Wir kommen damit zur Tagesordnung und beginnen mit der aktuellen Stunde. Sie hat das Thema „EU-Erweiterung - Oberösterreichs Chance im gemeinsamen Europa“. Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Wolfgang Schürrer als Sprecher des Antrag stellenden Klubs das Wort.

Abg. **Schürrer:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine geschätzten Damen und Herren! In dreißig Tagen ist es so weit, die Europäische Union wird um zehn Länder erweitert. Deswegen haben auch wir zu dieser aktuellen Stunde dieses Thema eingebracht, weil es ganz wichtig ist, dass wir uns im Vorfeld, so wie wir das jetzt schon gemacht haben, auch im Landtag sehr ernst damit beschäftigen und auseinandersetzen, weil es ein historisches Ereignis sein wird.

Wenn man sagt historisch, dann sollte man auch ein bisschen zurückschauen und vielleicht schauen, wo der Grundstein dafür liegt, dass es heute oder in einem Monat zu dieser Integration der mittel- und osteuropäischen Länder kommen kann. Uns sind allen noch die Bilder in guter Erinnerung, als am 27. Juni 1989 der damalige Außenminister Alois Mock an der burgenländischen Grenze symbolisch den Stacheldraht durchschnitt, der mehr als vier Jahrzehnte ein sichtbares Zeichen des geteilten Europas war. Diese Barriere der Unmenschlichkeit hat nicht nur die Entwicklung eines gemeinsamen friedlichen Europas weit zurückgeworfen, sondern auch mit einem Schlag einen Schlussstrich unter die Jahrhunderte lange gemeinsame Geschichte und Entwicklung der mitteleuropäischen Staaten gesetzt. Auch und das gerade bei uns in Oberösterreich wurde der gemeinsame Lebensraum der Menschen im oberen Mühlviertel und in Südböhmen jäh und rücksichtslos in zwei politische Welten geteilt, Familien zerrissen, Freundschaften zerbrochen an der politischen Realität.

Jetzt mit 1. Mai treten diese zehn neuen Länder zur Europäischen Gemeinschaft und sie wird von fünfzehn auf fünfundzwanzig Staaten erweitert. Man könnte dazu sagen, damit wächst wieder zusammen, was seit Jahrhunderten zusammen gehört. Die Erweiterung ist eine große Chance für Oberösterreich und diese gilt es auch zu nutzen. Die ÖVP Oberösterreich hat sich stets zur EU bekannt. Daher sind wir gut vorbereitet, um unsere guten Voraussetzungen auch bestens zu nutzen. Ich denke, dass hier in diesem Haus sehr große Einigkeit unter allen Fraktionen besteht, dass wir hier miteinander das Beste daraus machen sollten.

Ich möchte daher nur einige wenige Vorteile aufzeigen, die uns als unmittelbares Nachbarland zur Tschechischen Republik zum Beispiel vorliegen, und zwar die gute geographische Lage von Oberösterreich. Wenn man weiß, dass entlang der gemeinsamen Grenze mit Tschechien in einem Streifen von fünfzig Kilometer sechzig Prozent der oberösterreichischen Bevölkerung leben, dann ist das ein Vorteil. Österreich hat auch von der seinerzeitigen Ostöffnung am meisten profitiert. Das liegt auch an den Ideen in Österreich. Wir haben in dieser Zeit seit 1998 zirka 60.000 zusätzliche Arbeitsplätze damit schaffen können. Allein die Exporte stiegen im Jahr 2001 in diese zehn Erweiterungsländer um über dreizehn Prozent. Und im Vergleich dazu die deutschen Zahlen. Der Export aus Deutschland in diese Erweiterungsländer ist nur um acht Prozent gestiegen. Österreich hat, wie bekannt ist, zwei Prozent der gesamten Bevölkerung der Europäischen Union, erwirtschaftet aber acht Prozent des Außenhandels. Das ist eine sehr beachtliche und wichtige Zahl.

Was hat sich seit dem Fall des Eisernen Vorhanges schon geändert? Da möchte ich auch ein Beispiel im Mühlviertel hernehmen. In diesen letzten zehn, zwölf Jahren hat sich zum Beispiel im Bezirk Urfahr-Umgebung die Anzahl der Betriebe um 86 Prozent, im Bezirk Rohrbach um 49 Prozent oder in Freistadt um 55 Prozent und im Bezirk Perg um 62 Prozent erhöht. Das ist auch ein deutliches Signal, dass wir Nutzen davon ziehen und das ist auch unseren Unternehmen und Mitarbeitern sehr zugute zu halten und auch der Politik, die die Rahmenbedingungen dafür schafft.

Durch die Erweiterung erhält Oberösterreich Zugang zu 75 Millionen neuen Konsumenten. Dieses gilt es auch zu nützen. Ich möchte auch hier ein Beispiel heranzuführen. Im Bereich des Tourismus hat allein in den Jahren 2002 bis 2004 der Anteil der tschechischen Gäste im Schigebiet Hochficht, eines unserer Aushängeschilder im Wintertourismus, von fünf auf zehn Prozent der Gäste zugelegt, in Zahlen gesagt sind das zirka 20.000.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das heißt aber auch, dass wir hier nicht nur die Chancen sehen sollten, wir sollten sie auf jeden Fall nützen, aber wir sollten auch die vorhandenen Ängste und Sorgen unserer Bevölkerung ernst nehmen. Die Probleme, die dadurch auch zu erwarten sind, dürfen wir nicht bagatellisieren. Die Umfrage von Spektra aus dem Februar 2004 zeigt, dass die positive Einstellung zur Erweiterung, was die neuen Länder betrifft, sehr mager mit zirka vierzehn Prozent ist, und die anderen sind skeptisch, das ist der Großteil, und negativ sind dreiunddreißig Prozent.

Oberösterreich, habe ich schon erwähnt, hat sich rechtzeitig vorbereitet und vor allem in den sensiblen Bereichen, wie dem Arbeitsmarkt oder der Landwirtschaft, gezielte Projekte gestartet und in Brüssel vernünftige Übergangsregelungen ausverhandelt. Das war auch deswegen wichtig, um bei den Menschen in unserem Land eine positive Stimmung für die Erweiterung zu erreichen. Das wird auch in Zukunft permanent notwendig sein. Weil es aber trotzdem noch sehr spürbare Verunsicherungen gibt, die nicht selten auf unbegründeten Ängsten und Vorurteilen beruhen, ist es notwendig, noch weitere Schritte zu setzen. Einen Monat vor dem Inkrafttreten der Erweiterung wäre es natürlich falsch, alles gesund zu reden. Wer die EU-Erweiterung ernst nimmt, muss vor allem die Sorgen und Ängste der Menschen ernst nehmen und durch Taten und Sympathie für dieses einzigartige Projekt werben.

Wir haben auch bei diesem heutigen Landtag zwei Anträge eingebracht, das Grenzlandförderungsprogramm, vor allem für das Mühlviertel und die Errichtung eines EU-Erweiterungsforums. Diese Anträge liegen Ihnen vor und sind besonders wichtig. Ich bitte

auch hier um Zustimmung. Hingegen würde ich sagen, kann die ÖVP bei dem von der SPÖ eingebrachten Initiativantrag mit der Beilagennummer 138 jetzt nicht aus Dagegensein nicht zustimmen, sondern unser Antrag geht weiter und ich bitte das auch so zu sehen. Wir sollten den Weitergehenden auch dementsprechend unterstützen.

Ein weiterer wichtiger Schritt, würde ich sagen, ist die Bereisung des EU-Ausschusses mit einer hohen Delegation im Mai in die Tschechische Republik. Wir sollten dort Signale setzen der Zusammenarbeit und der Bereitschaft der Zusammenarbeit. Ich glaube, dass das ein dementsprechend positives Echo in der Zukunft sein wird, damit wir auch diese Vorteile gemeinsam nutzen können.

So und durch viele weitere ständige Aktivitäten des Landes Oberösterreich werden sich nachhaltig die Vorteile dieses gemeinsamen Europa und des in der Mitte liegenden Oberösterreich positiv entwickeln. Letztlich möchte ich sagen, nur wenn wir die Grenzen in den Köpfen der Menschen abgebaut haben, wird der erwartete Erfolg auch eintreten. Danke schön. (Beifall)

Erste Präsidentin: Danke. Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Affenzeller bitte.

Abg. **Affenzeller:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, geschätzte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Einer der wahrscheinlich bedeutendsten Tage in der Geschichte des vereinten Europa steht unmittelbar knapp bevor. Heute genau in einem Monat, am 1. Mai 2004, treten weitere zehn Länder der Europäischen Union bei.

Als Sozialdemokraten, die das Friedensprojekt Europa immer mit Überzeugung und Begeisterung begleitet haben, freut es uns ganz besonders, dass am 1. Mai 2004 - am Tag der Arbeit - also an unserem Feiertag, diese Erweiterung Wirklichkeit wird. Als überzeugte Europäer begrüßen wir diese Erweiterung und freuen uns auf eine hoffentlich gute Zusammenarbeit mit unseren Nachbarländern, insbesondere natürlich mit unserem Nachbarn Tschechien.

Nach dem Fall des Eisernen Vorhanges 1989 und dem bevorstehenden Beitritt hat unsere Region Oberösterreich, aber besonders auch die Grenzregion des Mühlviertels, die große Chance durch seine Geschichte und die kulturellen Wurzeln ein neues Nahverhältnis mit unseren Nachbarn aufzubauen. Meine Damen und Herren, für uns steht jedoch ein soziales und gerechtes Europa in Vordergrund. Es muss daher ein Ansporn für uns alle sein, das menschliche Miteinander aller Europäer mit vollem Engagement voranzutreiben. Unser aller Ziel muss es sein, Grenzen, soziale Grenzen, kulturelle Grenzen und ökonomische Grenzen in den Köpfen und in den Herzen der Bürger verschwinden zu lassen. Deshalb, geschätzte Damen und Herren, habe ich auch den Vorschlag eingebracht bereits vor zwei Jahren, eine Landesausstellung gemeinsam mit Tschechien zum Thema „Grenzen“ abzuhalten. Dies gäbe die einmalige Gelegenheit, die Geschichte dieser Region des letzten Jahrhunderts aufzuarbeiten, aber auch das Thema „Grenzen“ umfassend zu behandeln.

Meine Damen und Herren, ich habe zur Vorbereitung für die heutige aktuelle Stunde einige Meinungen von Menschen in unserer Region eingeholt, weil für uns natürlich die Menschen, sowohl in den Erweiterungsländern, aber besonders auch bei uns im Mittelpunkt stehen. Daher einige Meinungen von Mühlviertlerinnen und Mühlviertlern: Wolfgang Preissl, 37 Jahre alt, Sozialarbeiter: „Ich erhoffe mir von der EU-Erweiterung, dass die Grenzen nicht nur zwischen den Ländern, sondern auch in den Köpfen weniger werden. Die Stärke des neuen oder ‚alten‘ Europas ist die Einheit der Vielfalt. Im Übrigen bin ich für kostenlose Sprachkurse

für alle Österreicherinnen und Österreicher.“ Carmen Janko, 26 Jahre alt, Pressereferentin: „Obwohl in einem Monat zehn neue Mitgliedsländer zur EU kommen, ist noch immer völlig unklar, was auf uns zukommt. Es wird viel über die Erweiterung geredet, trotzdem wissen die Menschen nicht, was sich für uns ändern wird. Viele sind verunsichert, weil die Erweiterung als Vorwand genommen wird, um die Unternehmensbesteuerung zu senken oder die Sozialstandards abzubauen. Ein Steuersenkungswettbewerb kann nicht die Lösung sein. Die Anstrengungen müssen vielmehr in die Richtung gehen, dass die sieben Jahre Übergangsfrist genutzt werden, um in den neuen Mitgliedsstaaten höhere Sozialstandards und ein höheres Lohnniveau zu schaffen.“ Peter Steininger, 18 Jahre, er ist Schüler: „Ich habe keine Angst vor der EU-Erweiterung. Dass Nicht-Österreicher unser Land überschwemmen werden, fürchte ich nicht. Wir haben Platz für viele. Die größten Chancen sehe ich für den Tourismus in unserer Region.“ Und abschließend Hertha Gruber, 48 Jahre, Betriebsratsvorsitzende: „Längst haben sich die Konzerne weltweit zusammengeschlossen. Ich befürworte die Erweiterung Europas. Es soll den Arbeitnehmern die Chance geben, gemeinsam zu kämpfen, für gleiche soziale Rechte, gerechte Löhne, gleiche Chancen für Bildung und gegen den Raubzug des Neo-Liberalismus.“

Meine Damen und Herren, in diesen Aussagen kommt sehr klar zum Ausdruck, dass viele der Erweiterung sehr positiv gegenüber stehen, aber auch erwarten, dass es eine gute Vorbereitung dieser EU-Erweiterung geben soll. Und darüber hinaus immer wieder die sehr wichtige Frage, wo bleibt das Soziale in Europa? Wo ist der soziale Grundgedanke? Und wir müssen an diesem sozialen Europa gemeinsam arbeiten. Wir alle, geschätzte Damen und Herren, stehen vor dieser großen Herausforderung, aber auch der großen Chance dieses gemeinsame Europa nachhaltig in Richtung Frieden, Demokratie und soziale Gerechtigkeit weiterzuentwickeln.

Wie steht es nun, meine sehr geehrten Damen und Herren, mit der allseits gelobten guten Vorbereitung von Oberösterreich und im Besonderen der Grenzregion? Es heißt ja immer, wir müssen die Chancen nützen und die Risiken minimieren, daher ist die Zeit, insbesondere auch die Übergangsfrist zu nützen, um professionell und konzeptiv die notwendigen Schritte zu setzen. Und deshalb, geschätzte Damen und Herren, auch unser heutiger Antrag, worin die Landesregierung aufgefordert wird, im Hinblick auf eine erfolgreiche Bewältigung der bevorstehenden EU-Erweiterung, erstens ein Gesamtkonzept zu erstellen, welches alle gesellschaftlichen, sozialen, beschäftigungspolitischen und wirtschaftlichen Bereiche umfasst. Zweitens, für die Grenzregion Mühlviertel konkrete Zielsetzungen und Vorgaben festzulegen, wie Reduktion der Einkommensunterschiede, Erhöhung der Frauenerwerbsquote oder Senkung der Pendlerquoten. Und drittens, einen jährlichen Fortschrittsbericht dem Oberösterreichischen Landtag vorzulegen. Meine Damen und Herren, besonders der dritte Punkt scheint uns sehr wichtig, weil auf der einen Seite Absichtserklärungen sehr gut sind, aber doch dem Landtag jedes Jahr ein Fortschrittsbericht vorgelegt werden sollte, wo gibt es echte konkrete Fortschritte in den Bereichen, die bereits erwähnt worden sind, nämlich Einkommensunterschiede, Erhöhung der Frauenerwerbsquote oder Senkung der Pendlerquoten.

Meine Damen und Herren, ich darf sie daran erinnern, dass wir als SPÖ Oberösterreich bereits im Jahre 1999 ein Positionspapier zur EU-Erweiterung erarbeitet haben und diese Grundpositionen auch vom Land Oberösterreich fast gleichlautend übernommen wurden. Leider ist es allerdings so, dass bei der Umsetzung in vielen Bereichen unserer Meinung nach zuwenig weitergeht. Daher haben wir im Jahre 2003 gemeinsam mit Arbeiterkammer und ÖGB das Sonderprogramm für das Mühlviertel erarbeitet und auch als Forderung eingebracht.

Meine Damen und Herren, damit die EU-Erweiterung für alle Beteiligten zu einer echten Chance wird, müssen wir das Mühlviertel stärken. Die EU-Erweiterung muss auch den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern im Mühlviertel nützen. Was heißt jetzt „wirksame Unterstützung für das Mühlviertel“? Wirksame Unterstützung für das Mühlviertel heißt Arbeitsplatzentwicklung im Mühlviertel durch die Entwicklung zu einer Tourismus- und Kulturregion, Arbeitsplatzentwicklung im Mühlviertel durch eine moderne und umweltgerechte Infrastruktur, Arbeitsplatzentwicklung im Mühlviertel durch das Zusammenwachsen der Regionen und schon allein durch gute nachbarschaftliche Beziehungen kann viel Neues und Positives entstehen. Wirksame Unterstützung für das Mühlviertel heißt aber auch die Situation für Frauen verbessern. Wirksame Unterstützung für das Mühlviertel heißt auch den Arbeitskräftezustrom steuern. Wirksame Unterstützung für das Mühlviertel heißt eine gute Ausbildung durch Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten, wirksame Unterstützung für das Mühlviertel heißt Europa für die Jugend weit aufmachen, und wirksame Unterstützung für das Mühlviertel heißt im Besonderen auch bessere Verkehrsbedingungen im Mühlviertel zu schaffen. Meine Damen und Herren, das sind wesentliche Punkte, wesentliche Eckpfeiler, die in einer guten Vorbereitung in den nächsten Monaten und Jahren angegangen werden sollten.

Geschätzte Damen und Herren, zum Abschluss möchte ich Ihnen eine persönliche optimistische Zukunftsaussicht über die Region Mühlviertel – Südböhmen darlegen. Wir sind ja grenzenlose Optimisten. Ich wurde von der EUREGIO gefragt, wie ich die Lage der Region in zehn Jahren mit allen positiven und negativen Entwicklungen beurteile? Als glühender Verfechter des Friedensprojektes Europa bin ich natürlich auch grenzenloser Optimist, wie sich die Zukunft unserer Region entwickeln wird. Ich habe also große Hoffnung, dass für unsere Region positiv sehr viel weitergehen wird. Und ich möchte daher jetzt eine optimistische Abschlussbilanz für das Jahr 2014 geben. Also, versetzen wir uns jetzt in die Lage, wir ziehen Bilanz im Jahre 2014: Temelin wurde wegen Unwirtschaftlichkeit und aufgrund des nachhaltigen Kampfes der Anti-Atombewegung stillgelegt. Die Summerauer Bahn ist selektiv zweigleisig ausgebaut und transeuropäisches Netz, LKW-, besonders der kombinierte LKW-Verkehr wird fast nur mehr auf der rollenden Landstraße gesehen. Die Umsetzung des Bezirksverkehrskonzeptes hat sich als großer Renner herausgestellt. Die Frequenzen im öffentlichen Verkehr sind um fünfzig Prozent gestiegen. Beim nächsten Punkt ist es sehr schade, dass der Straßenbaureferent, Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Hiesl nicht hier ist, die neue S10 ist fast fertig und konnte im Konsens aller mit den Menschen und für die Region errichtet werden. Wir sind ein moderner Wirtschafts- und Dienstleistungsstandort mit gut Ausgebildeten Arbeitsplätzen und Europa wurde für die Jugend weit geöffnet und die Chancen wurden großteils genützt. (Die Zweite Präsidentin übernimmt den Vorsitz.)

Meine Damen und Herren, diese Ziele sind jedoch nur erreichbar, wenn es eine wirksame Unterstützung für die Mühlviertler gibt, damit die EU-Erweiterung zu einer echten Chance wird. Die EU-Erweiterung muss allen nützen. Das Land muss den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern im Grenzgebiet wirksam helfen. Erweiterungsjubel alleine bringt den Menschen nichts. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten treten ein für ein soziales und gerechtes Europa. Ich danke für die Aufmerksamkeit. (Beifall)

Zweite Präsidentin: Ich bedanke mich und darf als nächste Rednerin Frau Kollegin Ulrike Schwarz an das Rednerpult bitten.

Abg. **Schwarz:** Ja, für ein „Dobre rano“ ist es schon zu spät, aber ein „Dobry den“ allen Anwesenden - einen „Guten Tag“ übersetzt - allen Anwesenden auch im Hohen Haus, auch der Frau Präsidentin! Ja, wenn man heute in der Zeitung liest, die Skepsis ist immer noch sehr groß bei den Menschen auf beiden Seiten der Grenzen. Ich glaube, dann ist das ein Aufruf, ein Aufschrei an die Politik, hier die Zusammenarbeit mit den Menschen zu suchen, vor allem im kulturellen, sozialen, im ökologischen Bereich. Entscheidend ist aus unserer Sicht, wie wir den Menschen begegnen in den neuen EU-Erweiterungsländern. Sehen wir den Wirtschaftsfaktor, die Konsumentinnen und Konsumenten? Sehen wir die Ware Arbeitskraft oder sehen wir die Menschen als gleichberechtigte Bürgerinnen und Bürger und vollwertig in die EU eingebunden? Mit dieser Haltung, wie wir an die Menschen herangehen und wenn wir das auch unserer Bevölkerung dahingehend vermitteln, dann sind negative Aspekte, die immer wieder auftreten, die als Gefahren genannt werden, so wie eben die Angst vor Migration, vor arbeitsmarktpolitischen Auswirkungen, relativ gering. Wenn man sich da sachlich informiert und wenn man sich die Schätzung von Walterskirchen/Ditz aus dem 98er-Jahr anschaut, die berechnen, dass 50.000 Menschen in Österreich, nach ganz Österreich - nicht nach Oberösterreich - kommen werden nach der EU-Erweiterung und da die Effekte für den Arbeitsmarkt eigentlich gleich Null sind, wenn nicht sogar ein positiver Effekt durch diese Handelseffekte dazukommen. Es ist daher nicht notwendig, da noch zusätzliche Übergangsbestimmungen zu schaffen oder einseitige Regelungen, sondern dann ist es wirklich wichtig, hier flexible und mit den Menschen erarbeitete Aktionspläne für eine regionale und vor allem grenzüberschreitende Arbeitsmarktpolitik umzusetzen.

Gemeinsame Bildungsangebote: Wir haben ja in Bad Leonfelden das gute Beispiel der Tourismusschule, wo schon über Jahre hinweg immer tschechische Schülerinnen und Schüler geschult werden und das Angebot sehr gern angenommen wird. Wir hätten noch viele Schulen im Mühlviertel, sei es die Bio-Landwirtschaftsschule in Schlägl, die genau nach diesem Modell auch gemeinsame Bildungsprojekte und hier auch unser Wissen weitergeben können.

Genauso, wenn wir den Verkehr betrachten. Natürlich, es ist richtig, es wird zu einer Zunahme des grenzüberschreitenden Verkehrs kommen, sowohl im Personen- als auch im Güterverkehr. Es ist aber auch richtig, dass es bereits jetzt zu einer Zunahme des Verkehrs grenzüberschreitend, aber auch innerösterreichisch immer wieder kommt. Wir könnten also die EU-Erweiterung dahingehend nutzen, durch eine umweltfreundliche gemeinsame Verkehrspolitik hier Gegenmaßnahmen zu setzen. Nicht auf die Verkehrslawine warten bis sie auf uns zurollt, sondern hier wirklich gemeinsam Projekte starten. Der Anteil der Schiene in den Erweiterungsländern liegt bedeutend höher als in den fünfzehn bisherigen Mitgliedsstaaten. Also, hier anzusetzen und genau die richtige Verkehrspolitik in diese Entwicklung mit einzubinden und die Schiene weiter auszubauen. Und verkehrsträgerübergreifend, wir haben heute nur von Schiene und Straßenverkehr gesprochen, aber wir haben auch Wasserwege, gerade auch im Hinblick der EU-Erweiterung sind auch diese zu nutzen. Und es braucht eine Kostenwahrheit, eine Kostenwahrheit für den PKW- und LKW-Verkehr. Es braucht aber auch ein Anreizsystem, um gerade in Österreich, und da können wir aktiv werden, auch als Landespolitikerinnen und -politiker, Anreizsysteme, damit die Menschen umsteigen auf den öffentlichen Verkehr und somit auch einen wesentlichen Schritt für die Verkehrsentlastung machen.

Aber nun zu positiven Aspekten, die wir gewinnen, wenn wir - gerade auch aus dem Mühlviertel betrachtet - die Erweiterung vorantreiben. Wenn wir schauen, Ost- und Westeuropa verbindet ein grünes Band, ein grünes Band des Lebens mit einer sehr wertvollen Naturressource, die es in dem ökologischen Wert für uns Menschen, die wir auch

Teil der Natur sind, zu nutzen gilt. Wir brauchen diese ökologischen, diese Naturreserven um aufzutanken. Und genau diese Reserven sind es, die ganz wichtig und wertschätzend behandelt werden müssen. Wenn wir jetzt auch auf das Gebiet Dreiländereck, Bezirk Rohrbach, schauen, da treffen nicht nur drei Staaten zusammen, Bayern, Tschechien und Oberösterreich, Österreich. Es ist dort auch ein einzigartiges Naturrefugium anzutreffen. Es sind ursprüngliche Wälder dort und ursprüngliche Tierarten, die sonst nirgends mehr vorhanden sind. Schauen wir konkret in den Bayrischen Wald-Nationalpark. Der Bayrische Wald ist sehr gut touristisch genutzt und hat einen Aufschwung in die Region gebracht. Der Böhmerwald auf österreichischer Seite wird als Nutzwald, als Wirtschaftswald sehr vorbildlich und sehr ökologisch verantwortungsvoll genutzt, und das ist ein weiterer Aspekt. Und dann auf der tschechischen Seite haben wir den einzigartigen Nationalpark Sumava mit einem Landschaftsschutzgebiet und einem daraus gemeinsamen UNESCO-Biosphären-Reservat, das wirklich einzigartig in Europa ist. Und dieses zusammenhängende Waldgebiet ist es wichtig zu nutzen, aber auch bewusst zu nutzen und nicht zu zerstören. Wir brauchen also einen Tourismus, der sich ganz klar nach den Öko-Tourismuszielen hält, die wir ja beim letzten Mal intensiv diskutiert haben im Ausschuss. Wir müssen es bewusst machen und diese Chance als Aufwertung der Region und auch in Tschechien diesen Nationalpark wirklich bewusst einsetzen. Und wir können nicht einfach sagen, wir wollen da hinüber und was zerstören, sondern ganz genau mit den Leuten vor Ort, mit den Menschen, mit den NGOs dort die Projekte zu entwickeln.

Dass Grenzübergänge notwendig sind, ist selbstverständlich. Guglwald ist zum Beispiel ganzjährig zu öffnen, durchgängig, nicht um zehn Uhr abends Schluss und man kommt nicht mehr herüber und auch für Busse. Also, hier die Bestrebungen finden sicher meine Unterstützung, dass Guglwald für den Bezirk Rohrbach ganzjährig geöffnet wird, auch für Busse. Bei allen anderen geforderten Grenzübergängen, die man immer wieder in der Diskussion hört, bin ich sehr dafür, dass wir ganz bewusst hinschauen, was wollen wir mit diesen Grenzübergängen? Was sind die Ziele? Was sind die Nutzen, aber auch was sind die Gefahren und die Risiken? Und wenn wir einen Grenzübergang schaffen, sei es in Schöneben, sei es Diendorf, da muss genau geschaut werden. Was heißt das für die Landschaft dort? Warum wollen denn die Menschen gerade im Bezirk Rohrbach hinüber über die Grenze? Weil es dort wirklich wunderschön ist und einzigartig ist. Und das muss man bedenken. Und es kann eine Grenzöffnung nur in Zusammenarbeit mit den Menschen und mit den NGOs dort passieren.

Zum Abschluss noch, auch dieser kulturelle Austausch ist ganz wichtig. Tschechien ist immer schon im Herzen Europas gelegen und war immer schon am Schnittpunkt eines kulturellen Einflusses, sowohl vom Westen als auch vom Osten. Und diese Vielfalt zu nutzen und nicht nur zu konsumieren, sondern gemeinsam die Eigenständigkeit unserer Kultur aber auch die der Tschechen zu feiern. Ich glaube, Sie werden mir recht geben, dass die Menschen bei Gesang und Tanz oder in der Begegnung in der Natur schneller zueinander finden, als wenn sie in einem Auto alleine von A nach B fahren.

Wir Grüne sehen die Erweiterung als friedenspolitische Chance und wollen für ein soziales und ökologisches Europa eintreten. Und ich freue mich schon sehr am 30. April oder am 1. Mai, die Tschechen mit einem ehrlichen „Vitame vas“ herzlich willkommen zu heißen. (Beifall)

Zweite Präsidentin: Als nächstem Redner erteile ich Herrn Klubomann Mag. Steinkellner das Wort.

Abg. **Mag. Steinkellner:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! (Zwischenruf Landeshauptmann Dr. Pühringer: "Fünf vor zwölf!") Nein, zwanzig nach zwölf, ich glaube, manche in diesem Haus müssen noch wirklich aufgeweckt werden, wenn man 30 Tage vor diesem Europaprojekt einen Antrag stellt: Die Oö. Landesregierung wird ersucht, für Oberösterreich, insbesondere für die Region Mühlviertel, ein nachhaltiges Grenzlandförderprogramm zu entwickeln. Heute beantragt die ÖVP, dass endlich die eigene Regierungsfraktion hier inhaltlich tätig wird und ein Programm vorschlägt. Heute 30 Tage, 30 Tage vor der Erweiterung beantragen die ÖVP-Abgeordneten, dass ein Europaforum und Erweiterungsforum eingesetzt wird. Die Sozialdemokratie beantragt ähnliches, aber sie beantragt auch einen jährlichen Fortschrittsbericht über die Erweiterungen, das ist ein wesentlicher Zusatz zu den vorhergehenden Anträgen.

Aber, meine Damen und Herren, jetzt habe ich mir drei Redner angehört, und es ist alles Sonne und Wonne, aber offensichtlich denken die Menschen in unserem Bundesland ganz anders. Heute am 1. April, Erweiterung der EU stößt auf Skepsis, Meinungsforschungsinstitut Spectra sagt uns, dass 81 Prozent der Oberösterreicherinnen und Oberösterreicher die EU-Erweiterung kritisch beurteilen. Tatsache ist, dass die Zustimmung zu diesem großen Projekt in den letzten zwei Jahren gesunken ist, alle drei Vorredner lobten das Projekt und sehen nur die Vorteile, es gibt auch viele Vorteile. Es ist auch unseren Wirtschaftstreibenden und Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Unternehmungen gedankt worden für ihre Leistungen, die sie in Vorbereitung auf die EU-Erweiterung getroffen haben, getätigt haben, das ist großartig.

Aber was ist bei uns passiert, was ist politisch passiert? Freiheitliche Anträge wurden seit Jahren, die in die gleiche Stoßrichtung gingen wie heute dieser Antrag etwa von der ÖVP, abgelehnt. Der Antrag vom 15. Dezember 2003, dass ein umfassender Wirtschaftsstandortvergleich der Regionen Oberösterreich, Bayern und Tschechien durchgeführt wird, liegt im Ausschuss und ist nicht erledigt. Der Antrag, dass zur Wahrung der eigenen Interessen Oberösterreichs ein umfassendes Konzept erstellt wird, wurde am 4. November 2002 beantragt, nicht behandelt. Der Antrag, dass alle rechtlichen Gutachten durchgeführt werden, um die Übergangsfristen für Oberösterreich abzusichern, wurde nicht behandelt. Der Antrag, dass eine Resolution beschlossen wird für ein Maßnahmenpakt zur Unterstützung der durch die EU-Erweiterung benachteiligten Betriebe, und derartige Betriebe gibt es zahlreich, auch dieser Antrag vom 4. November 2002 wurde nicht erledigt. (Zwischenruf Landeshauptmann Dr. Pühringer: "Das geht ins Essenzielle!") Der Antrag betreffend den Beschluss einer Resolution für die Einholung einer Studie über die wirtschaftlichen Auswirkungen einer vorzeitigen EU-Osterweiterung auf Oberösterreich vom 31. Mai 1999 wurde durch die heutigen Antragsteller dieser Resolutionen an die Landesregierung abgelehnt. Der Antrag betreffend einen Beschluss für die Wahrung der oberösterreichischen Interessen bei den Verhandlungen über die Strukturreform und die EU-Osterweiterung vom 28. September 1998 wurde durch die antragstellende Fraktion ebenfalls abgelehnt.

Wo sind wir heute, wie schaut es aus mit dem Lohngefälle? Wenn die Kollegin Schwarz Recht bekommen sollte, sie hat sich ja gegen Übergangsbestimmungen ausgesprochen, würden Sie sich wirklich das unseren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern sagen trauen, dass Sie gegen Übergangsbestimmungen sind? (Zwischenruf Abg. Hirz: "Zusätzlich!") Kennen Sie nicht die Studien der Arbeiterkammer, die davor warnen, wenn wir hier nicht ordentlich vorbereitet sind? Wenn man dem Wirtschaftsreferenten zuhört, dann weiß man ganz genau, dass es auch Probleme in der Dienstleistungsfreiheit gibt, dass bei Ausschreibungen Betriebe hereinfahren mit Mitarbeitern, die nicht nach Kollektivvertrag

bezahlt werden, sondern die über Werkvertragsabrechnung als Selbständige mit österreichischen Unternehmen konkurrieren und Probleme bereiten.

Wenn man sich die Wohnbauförderung anschaut, da ist der Herr Landesrat Kepplinger gefordert, dann wird es trotz weniger Geld in der oberösterreichischen Wohnbauförderung einen erheblichen Mehrbedarf für geförderte Wohnungen geben. Der Wiener Stadtrat Werner Feymann rechnet, dass es einen Bedarf von rund 2.000 Wohnungen pro Jahr zusätzlich geben wird, aufgrund der EU-Osterweiterung alleine für Wien, das bedeutet auch für Oberösterreich einen zusätzlichen Wohnbaubedarf für geförderte Wohnungen von 1.000 bis 2.000 Wohnungen pro Jahr, wo gleichzeitig weniger Fördermittel zur Verfügung stehen.

Wo sind wir denn in der Infrastruktur, wo ist denn unsere Vorbereitung? (Zwischenruf Landeshauptmann Dr. Pühringer: "Hervorragend!") Heute diskutieren wir über die nicht vorhandene Autobahn ins Mühlviertel, wir sind in der Planungsphase, die Planung einer Ost-Umfahrung von Linz wurde überhaupt eingestellt. Die Linzer Donaubrücke und Westtangente, da ist mit einem Baubeginn frühestens 2008 zu rechnen, wobei die grüne Fraktion auch dieses Projekt bekämpft. Die Summerauer Bahn ist nicht selektiv ausgebaut, und es gibt keinen Grenzübergang in Rohrbach, wo die Menschen wirklich zueinander finden können, wenn sie auch zueinander wollen, der ist nicht vorhanden. (Zwischenruf Abg. Schwarz: "Zu Fuß!") Ja, man kann zu Fuß gehen und mit dem Fahrrad hinüberfahren. Wenn das die Zusammenarbeit für die Zukunft ist für das Mühlviertel und dass das Konzept ist, dann kann ich nur sagen, gute Nacht Zusammenarbeit.

Es geht auch darum, dass man die Problemfelder mit einem Nachbarn ehrlich und offen ausdiskutiert. Das Problem Temelin ist nicht gelöst, wir haben weiterhin ein gefährliches Atomkraftwerk, und alle drei Monate taucht dort auf, dass es weiter ausgebaut wird. Ich hoffe, dass Affenzellers Vision wahr wird und nicht dort eine Erweiterung stattfindet, ich hoffe auch, dass die Menschenrechte in Tschechien genauso hoch gehalten werden wie bei uns und wenn Unrechtsakte Rechtsbestand sind, wie die Benes-Dekrete es sind, dann gehören sie beseitigt. Die Landesregierung hat auch klare Resolutionen diesbezüglich beschlossen, nur weiter gearbeitet wurde in diesem Bereich nicht.

Es würde auch um die Betrugsbekämpfung gehen, wir sind Nettozahler und wir arbeiten hart, unsere Geldmittel als Nettozahler als Unterstützung zu leisten, doch wenn wir hören, dass 10 bis 15 Prozent der Geldmittel, der Fördergelder der EU in Betrugskanäle verlaufen, dann bedarf es doch von uns auch Maßnahmen, dass nicht unser Geld in betrügerische Kanäle fließt, dann ist es unsere Aufgabe, auch sorgfältig mit unserem Geld umzugehen und auf unser Geld aufzupassen. Es gibt ja auch keine Förderung für eine in Oberösterreich geförderte Stelle, die nicht nachweisen kann, dass die Förderung ordentlich abgewickelt wurde.

Es gibt viele Vorteile, aber nur einseitig die Vorteile aufzuzählen, gleichzeitig zu erkennen, dass die Menschen eine viel größere Skepsis haben, als hier in diesem Haus diskutiert wird, bedeutet, Politik an den Menschen vorbeizumachen. Wenn acht Prozent der Oberösterreichinnen und Oberösterreicher eine geringere Zustimmung zum Osterweiterungsprojekt signalisieren, als noch vor zwei Jahren, bedeutet das auch einen Denkkzettel für die oberösterreichische Politik, die nicht ordentlich vorbereitet ist. Der Wecker und das Läuten sind das Symbol dafür, dass es nicht damit getan ist, alles schön zu reden, sondern hart zu arbeiten, um den maximalen Vorteil für unser Heimatland zu erreichen. Danke. (Beifall)

Zweite Präsidentin: Als nächstes zu Wort gemeldet ist Herr Landeshauptmann Dr. Pühringer.

Landeshauptmann **Dr. Pühringer:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren, hohes Haus, lieber Herr Klubobmann Steinkellner! Ich will da wirklich jeden Anschein von Unhöflichkeit und Grobheit vermeiden, aber eine solche Rede zum historischen Zeitpunkt der EU-Erweiterung, ehrlich gesagt, ich habe bei deinen Ausführungen die Sinnhaftigkeit von Redezeitbeschränkungen begriffen, das muss ich schon sagen. (Zwischenruf Abg. Mag. Steinkellner: "Das ist hier ein Landtag!") Denn wenn man zum 1. Mai, wo die EU erweitert wird, nur die alten Anträge herausholt und fragt, warum ist das damals so und nicht anders beschlossen worden, da kann ich dir nur eines sagen, ihr habt selbst die Schuld gehabt, ihr habt euch als Vetopartei etabliert und was immer daher von eurer Ecke zu Europa gekommen ist, ist einzuordnen gewesen unter dem Motto, die Worte hör ich wohl, allein mir fehlt der Glaube, so war das. (Beifall) Ich glaube, dass wir diesen historischen Vorgang, diesen historischen Akt, den ich nicht bejuble, den ich sehr klar sehe mit allen Vorteilen aber auch mit aller Skepsis, doch etwas anders analysieren und bewerten müssen, wie das in den letzten fünfzehn Minuten geschehen ist.

Hohes Haus, vor 58 Jahren, im Frühjahr 1946, hat einer der größten Persönlichkeiten des letzten Jahrhunderts, Winston Churchill, an einer amerikanischen Universität eine vielbeachtete Rede gehalten, sein Thema war damals die aktuelle politische Lage in Europa. Das Bild, das er damals von Europa gezeichnet hat, war alles andere als ein hoffnungsvolles, Europa sei ein geteilter Kontinent, durch dessen Mitte soeben ein Eiserner Vorhang niedergegangen ist, erklärte Churchill, gleichzeitig hat Churchill 1946 erstmals in der europäischen Geschichte den Begriff von der Europäischen Union als Zukunftsvision erwähnt. Im Frühjahr 2004 wird durch die Erweiterung der Europäischen Union diese Teilung unseres Kontinents endgültig der Vergangenheit angehören, und die Union der europäischen Staaten wird vom Atlantik bis zum Baltikum reichen. Dieser zeitliche Bogen vom Frühjahr 1946 bis zum Jahr 2004 zeigt den historischen Stellenwert des 1. Mai, er beendet fast sechs Jahrzehnte, in denen unser Kontinent geteilt war. Natürlich, mit dem Eisernen Vorhang ist die wohl unmenschlichste Grenze längst verschwunden. Die Menschen in den Ländern Mittel- und Osteuropas haben ihn durch ihren mutigen gewaltlosen Protest gegen die kommunistischen Diktaturen niedergebracht, zum Einsturz gebracht, aber auch eine günstige weltpolitische Lage muss erwähnt werden, Glasnost. Auch die Leistungen von Politikern in dieser Situation, wie etwa Gorbatschow, auf der anderen Seite Helmut Kohl, darf in dieser Stunde nicht unerwähnt bleiben.

Dennoch verbleiben auch in den letzten Jahren noch geistige und ökonomische Trennlinien zwischen den in der Europäischen Union vereinten Ländern Westeuropas und den Reformländern in Mittel- und Osteuropa. Um diese letzten Trennlinien geht es am 1. Mai und in den kommenden Jahren, das gilt in ganz besonderer Weise für den durch Jahrhunderte hindurch gewachsenen Kulturraum Mitteleuropas. Daraus leitet sich naturgemäß auch eine viel höhere Betroffenheit von diesem historischen Schritt für Oberösterreich ab, als etwa für die Portugiesen oder für die Belgier, denn wir sind als Region im Herzen Europas bei der Erweiterung nicht nur dabei, wir sind mitten drinnen.

Meine Damen und Herren, der Beitritt der Länder Mittel- und Osteuropas zur Europäischen Union ist Rückkehr und Erweiterung zugleich. Nämlich die Rückkehr dieser Staaten als gleichberechtigte Partner in ein gemeinsames Europa, der Beitritt ist aber auch die Erweiterung der Friedensgemeinschaft Europäische Union auf Mittel- und Osteuropa. Dieser Grundgedanke kommt bei den Diskussionen viel zu wenig zum Ausdruck, die Europäische

Union ist zu allererst eine Friedensunion, eine Friedensinitiative, sie sorgt dafür, dass im Gegensatz zu früheren Jahrhunderten heute Konflikte auf den Konferenztischen ausgetragen werden und nicht wieder auf den Schlachtfeldern fürchterliche Kriege. Das ist in Wahrheit das Faszinierende an der Entwicklung Europas in den letzten Jahrzehnten, und das sollte auch an Tagen wie heute hier gesagt werden. (Beifall)

Meine Damen und Herren, das Faszinierende, das von der Vereinigung Europas ausgeht, darf uns aber den Blick darauf nicht verstellen, dass große historische Schritte wie dieser auch Risiken mit sich bringen und bei einer nicht zu unterschätzenden Anzahl von Landesbürgern Sorge und Ängste auslösen, auch dazu ein klares Wort. Uns muss bewusst sein, dass auch die EU-Erweiterung mit Anstrengungen für alle Beteiligten verbunden ist und dass wir die Sorgen der Menschen, insbesondere in den Grenzregionen ernst nehmen müssen. Wir müssen also die bestehenden Risiken minimieren, so weit das geht, um unseren Landesbürgern im Grenzraum, jedem Landesbürger das Gefühl zu geben, du bist in dieser Situation nicht alleine. Hinter dir steht die Landespolitik, die sehr wohl die speziellen Probleme des Grenzraumes und seiner Bevölkerung kennt und ernst nimmt, du wirst vom Erweiterungsprozess nicht überrollt, die Politik lässt dich nicht im Stich. (Beifall)

Meine Damen und Herren, das hat nichts mit Kleingeistigkeit zu tun, sondern es geht darum, die Bürger unseres Landes beim politischen und ökonomischen Großprojekt europäische Erweiterung mitzunehmen. Wir werden nur dann die nötige Akzeptanz für die Erweiterung bei den Landesbürgern bekommen, wenn wir diesen Prozess möglichst sozial und ökonomisch verträglich gestalten. Mit Respekt gesagt, meine Damen und Herren, Oberösterreich fängt nicht heute an, seine Hausaufgaben zu erledigen, der Antrag heißt, dass wir noch nicht am Ende sind mit dieser Aufgabe. Wer heute durch Rohrbach, durch Freistadt fährt, durch den Bezirk fährt, der muss blind sein, wenn er nicht sieht, was in den letzten Jahren und Jahrzehnten an Infrastruktur geschaffen wurde, wie diese Region moderner, sozialer, schöner geworden ist, das ist für jeden Landesbürger bei einer Fahrt leicht abschätzbar, meine sehr geehrten Damen und Herren. (Beifall) Wir haben doch in den letzten zehn Jahren nirgends so viel investiert wie im Mühlviertel, ob das in den Sozialeinrichtungen, in den Spitälern war, ob das im Verkehrsbereich war. Natürlich gibt es noch Aufgaben, die wir zu erledigen haben, die Summerauer Bahn ist genannt worden, selbstverständlich, es ist genannt worden der Straßenausbau, selbstverständlich. Aber es darf nicht übersehen werden, dass wir große Projekte realisiert haben und dass große Projekte in der Realisierung stehen, nur fordere ich an dieser Stelle, dass uns auch Brüssel bei dieser Aufgabe nicht alleine lassen darf, auch nach 2006 muss das Mühlviertel ein EU-Förderzielgebiet, zumindest Ziel-Gebiet 2 in Fortführung der bisherigen Förderpolitik sein, (Beifall) denn sonst haben wir ein Problem mit dem Fördergefälle.

Meine Damen und Herren, Probleme nicht wegdiskutieren, sondern realistisch sehen, aber wir haben auch große Chancen. Bedenken Sie, wir sind ein wirtschaftlich starkes Land, und für ein wirtschaftlich starkes Land ist ein größerer Markt auch eine größere Chance. Die Exporte in die EU-Beitrittsländer sind gewaltig gestiegen, seit 1995 um 154 Prozent, in diesen Ländern wird gerade jetzt das nachgefragt, wo sie unser Know-how brauchen. Ich denke, wir haben da auch eine beachtliche Chance, wir haben aber beachtliche Chancen, dass sich Situationen verbessern, auch in anderen Bereichen, z.B. Verbrechensbekämpfung. Grenzüberschreitend, hat erst vor wenigen Tagen Innenminister Beckstein aus Bayern gesagt, können wir besser und effizienter vorgehen. Ich nenne auch Temelin und Benes, ich sage es in allem Bewusstsein, jawohl Tschechien wird sich in den Fragen der nuklearen Sicherheit nicht mehr so einfach am EU-Recht vorbeischleusen können, wie es das in der Vergangenheit öfter im Zusammenhang mit Temelin getan hat. Hier gibt es

Gemeinschaftsnormen, die eingehalten werden müssen und die kontrollierbar sind, was früher ohne Mitgliedschaft nicht der Fall gewesen ist. Ich orte auch, Gott sei Dank, eine gewisse Sensibilität, was die Benes-Dekrete anlangt, wenn ich die letzten Beschlüsse des Senats in Tschechien richtige deute.

Meine Damen und Herren, wir brauchen zur EU-Erweiterung weder Schwarzmalerei noch Jubel, sondern einen klaren Blick, wir müssen die Chancen nutzen, die zweifelsohne da sind. Wir müssen alles tun, um den Risiken entgegenzutreten, um sie zu minimieren, und wir müssen die Sorgen der Menschen ernst nehmen, das ist der konkrete Auftrag, den das historische Großprojekt EU-Erweiterung an uns stellt. Das Land Oberösterreich ist bereit, sich dieser Herausforderung zu stellen, weil wir wissen, dass wir mit diesem Großprojekt das sichern können, was für die Menschen dieses Landes und auch für kommende Generationen am Allerwichtigsten ist, ein Leben in Frieden und Freiheit. (Beifall)

Zweite Präsidentin: Danke sehr. Nächste Rednerin ist Frau Kollegin Magistra Jahn.

Abg. Mag. Jahn: Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Die EU-Erweiterung hat tatsächlich einen unschätzbaren Vorteil, und da bin ich ganz beim Herrn Landeshauptmann, sie kann und wird den Frieden für uns und unsere Kinder in den nächsten Jahrzehnten sichern, und das kann man nicht hoch genug schätzen. Sie wird aller Voraussicht nach auch wirtschaftliche Vorteile insgesamt bringen und die Vielfalt der Völker, die hier zusammen kommen, bieten auch enorme ungeahnte neue Chancen.

Aber, und ich denke, das ist doch ein entscheidender Punkt für uns als oberösterreichisches Landesparlament, sie hat eben nicht nur Vorteile. Und die Menschen in unserem Bundesland erwarten sich, dass wir auf ihre Interessen schauen. Einer der Nachteile wird sich am Arbeitsmarkt entwickeln. Der Arbeitsmarkt wird insbesondere im Grenzland unter Druck kommen. Die Löhne werden unter Druck kommen. Und die Menschen haben Angst vor zunehmender Kriminalität, und sie haben Angst vor einer Verkehrslawine. Und wir können einer Verkäuferin oder einer Arbeiterin im Mühlviertel, die Angst davor haben, ihren Arbeitsplatz an billigere Arbeitskräfte zu verlieren oder von ihren ohnehin geringen Löhnen noch herunter steigen zu müssen, nicht damit die Erweiterung schmackhaft machen, dass wir ihnen sagen, na ja, insgesamt wird das wirtschaftliche Vorteile haben.

Wir haben eine bis zu siebenjährige Übergangsfrist am Arbeitsmarkt durchgesetzt. Die müssen wir gezielt und aktiv nützen, damit die Erweiterung zum Nutzen der Menschen ist und damit sie nicht auf ihre Kosten geht. Das ist der entscheidende Punkt. Und die Menschen in Oberösterreich erwarten sich hier eine Offensive von der Landespolitik. Der Herr Landesrat Sigl und ich haben ja offensichtlich unterschiedliche Auffassungen darüber, was Strategie ist. Er hat mir also mitgeteilt, dass ohnehin so viel geschieht, ich wäre also ganz schlecht informiert, was denn da in Oberösterreich sich alles tut. Tatsache ist, dass uns die Länder Niederösterreich, Wien und Burgenland in der Erweiterung beträchtlich in der Vorbereitung voraus sind. (Zwischenruf Landesrat Dr. Stockinger: „Dafür haben sie doppelt so viel Arbeitslose!“) Zum Beispiel: Niederösterreich hat eine höhere Wertschöpfungssteigerung als der Durchschnitt. (Zwischenruf Landesrat Dr. Stockinger: „Wien!“) Wien, na ja, ihr lasst mir ja nie Zeit, das zu sagen, (Zwischenruf Abg. Mag. Strugl: „Sie sind eh am Wort!“) was wirklich wichtig ist. (Zwischenruf Landesrat Sigl: „Wien ist nicht wichtig!“) In Wien ist offensichtlich das Hauptproblem das, dass die Bundesregierung so viel Beamte abbaut, dass man natürlich das nicht mehr auffüllen kann auf der anderen Seite. Das ist vollkommen klar. (Beifall)

Ich möchte auf das eingehen, was es dort an Erweiterungsvorbereitungsaktivitäten gibt. Es gibt dort längst ein sogenanntes Erweiterungsforum. Das ist bei uns erst angekündigt. Gut, dass es angekündigt ist, dort haben wir es bereits. Es gibt dort eine grenzüberschreitende Vermarktung der gesamten Region mittlerweile. Das nennt sich Direct Investment Agency Net. Und was ich für am bemerkenswertesten halte, dort wird gerade eine sogenannte Europaregion miteinander gebildet, und zwar von den Städten Wien, Brunn, Bratislava, Győr, Sopron, St. Pölten und Eisenstadt. Und die tun sich zusammen, um diese Region zu stärken. Ich möchte Ihnen eine Karte zeigen, die ein bisschen ausdrücken soll, in welcher Situation wir denn sind. (Abg. Jahn zeigt eine Landkarte.) Nämlich die Grenzregionen von Tschechien, Slowakei und Ungarn konzentrieren sich mit dieser Europaregion auf die östlichen Bundesländer. Und so wie es hier auf dieser Karte abgebildet ist, hier ist das Mühlviertel klein und grau, in diesem Zusammenhang keine Rolle habend. Jetzt sag ich nicht, wir müssen da dazu. Aber was ich sage, ist, wir werden dadurch in eine gewisse Isolation möglicherweise geraten. Insbesondere müssen wir aufpassen, dass wir nicht gegenüber dieser Ostregion in das Hintertreffen geraten.

Das heißt, aus meiner Sicht muss mehr Druck, noch mehr Druck, in die Vorbereitung zur Erweiterung hinein. Es laufen natürlich eine Reihe von Einzelaktivitäten, keine Frage. Jede dieser Einzelaktivitäten im Rahmen von Projekten ist äußerst wertvoll. Tatsache ist aber natürlich, wenn wir die Gelder, die wir von der EU bekommen, jetzt nicht ausnützen würden, dann wären wir wohl sehr schlecht beraten.

Die Einzelaktivitäten können aber eine Gesamtstrategie nicht ersetzen. Daher verlangen wir eben ein Gesamtkonzept, das alle gesellschaftlichen Bereiche umfasst, alle gesellschaftlichen und wirtschaftlichen, aber insbesondere auch kulturelle, soziale, bildungsmäßige Bereiche umfasst. Wir wollen das ganz konkret in Zielen formuliert haben, überprüfbare Ziele. Und wenn heute hier gesagt wird, der Antrag der sozialdemokratischen Fraktion wird deshalb nicht angenommen, weil der Grenzlandförderungsantrag weitergehend wäre, gehen tut es darum, ob wir bereit sind uns konkret überprüfbare Ziele zu geben oder hat man Angst davor, diese sozusagen konkret überprüfbar zu machen, wie sich denn die Aktivitäten tatsächlich auswirken. Und die Ziele, die wir uns für das Mühlviertel setzen sollten, heißen ganz konkret: Abbau der Pendlerquote um zwei bis drei Prozent; Halbierung des Einkommensnachteiles vor allem für Frauen, aber auch für Männer. Der Einkommensnachteil im Mühlviertel beträgt für Frauen zwölf Prozentpunkte gegenüber Oberösterreich, und gegenüber Österreich zwanzig Prozentpunkte. Auch bei den Männern beträgt er sieben Prozentpunkte. Und auch die Frauenerwerbsquote liegt wesentlich unter dem oberösterreichischen Durchschnitt, insbesondere in den Bezirken Freistadt, Perg und Rohrbach. Die niedrige Arbeitslosenquote im Mühlviertel täuscht nämlich. Immer wird argumentiert, ja im Mühlviertel haben wir eine niedrige Arbeitslosenquote. Ja selbstverständlich, wenn die Menschen dort vor Ort keine Arbeit finden, was sollen sie tun? Sie pendeln aus, oder, Frauen, die keinen Arbeitsplatz bekommen, gehen eben sozusagen in die sogenannte stille Reserve. Was, frage ich, soll eine Frau im hinteren Mühlviertel machen, (Zwischenruf Landesrat Sigl: „Hinteres Mühlviertel gibt es keines!“) wenn sie, im oberen, wir beide sind im unteren, wenn sie im Ort keinen Arbeitsplatz findet und wenn auch die Nachmittagsbetreuung für Kinder nicht ausreichend ist? Und wenn es noch so viele schöne Projekte jetzt geben mag, die da entstehen, Tatsache ist, im Mühlviertel haben wir von 122 Gemeinden nur 13, die wirklich eine umfassende Kinderbetreuung, von der Krabbelstube bis zum Hort, anbieten.

Und die Beschäftigungssituation, und hier möchte ich Ihnen jetzt noch eine Zahl geben, die auch für mich neu war, die ich mir jetzt herausgesucht habe, ist tatsächlich haarsträubend,

die Beschäftigungssituation im Mühlviertel ist so, wenn man den Bezirk Freistadt ansieht, nur 18 Prozent der Männer und 17 Prozent der Frauen im erwerbsfähigen Alter haben im Mühlviertel selber ihren Arbeitsplatz. Die anderen Beschäftigten pendeln aus. In Rohrbach ist es nicht viel besser. Nur um ein paar Prozentpunkte. Und jetzt, und das ist auch ein entscheidender Punkt, es tauchen jetzt schon die Rufe von Unternehmerseite auf, doch die Übergangsfristen zu verkürzen und zusätzliche Fachkräfte herein zu holen. Und aus meiner Sicht kann es nicht sein, dass wir uns zusätzliche Arbeitskräfte jetzt hereinholen, die Übergangsfristen aushöhlen, weil wir selber zu wenig Geld in die Hand nehmen, um die Arbeitslosen, die wir haben, entsprechend auszubilden. Wir brauchen gerade im Mühlviertel ein Sonderbudget für Ungelernte und vor allem auch für Frauen, um ihnen den Wiedereinstieg zu erleichtern, um ihnen auch das Selbstständigwerden zu erleichtern, aber insbesondere für breite, spezifische Qualifikationsmaßnahmen. (Zwischenruf Landesrat Sigl: „Welches Bundesland gibt mehr aus für den Arbeitsmarkt als Oberösterreich?“) Für mich ist ein Beispiel, ich bin da gleich dabei, für mich ist ein Beispiel das Thema Pflegepersonal, da ruft man jetzt auch, Leute hereinzuholen. Vor zwei Jahren hat Herr Bundesminister Bartenstein eine große Pflegeoffensive angekündigt. Tausende sollten ausgebildet werden. Von wegen, es ist kein Geld dafür da dazu. Und es stimmt: Oberösterreich gibt in der aktiven Arbeitsmarktpolitik mehr Geld als die meisten anderen (Zwischenruf Landesrat Sigl: „Alle anderen!“) Bundesländer aus. Der Druck auf den Bund allerdings muss von Oberösterreich entsprechend ausgehen, dass wir hier auch zu zusätzlichen Mitteln kommen. Denn es kann nicht sein, dass wir die Erweiterung so bewältigen, dass wir uns das Geld sparen, unsere Arbeitskräfte auszubilden, und sie uns auf Kosten unseres Nachbarn ausbilden lassen und ihnen auch noch die Fachkräfte abziehen.

Und zum Schluss möchte ich noch auf einen Punkt eingehen, der heute noch nicht wirklich angesprochen wurde: Der Druck auf den Arbeitsmarkt wird nämlich, und da bin ich nicht bei der Kollegin Schwarz und auch nicht beim Herrn Walterskirchen vom WIFO, schon während der Übergangsfristen entstehen. Es ist klar, es sind bereits jetzt, und ich schätze, das alles sind bereits jetzt 35.000 Menschen aus den Erweiterungsländern in Österreich, die nach dem 1. Mai 2005 unbeschränkt Aufenthaltserlaubnis haben werden. Es werden in der Zeit bis 2006 noch weitere 47.000 Personen hinzukommen auf Grund von Saisonbeschäftigung, Familienangehörigen und so weiter. Wir brauchen daher strenge Kontrollen illegaler Beschäftigung. Es ist nämlich so, dass man zwar keine Arbeitserlaubnis innerhalb der Übergangsfristen bekommt, allerdings jeder und jede hier sich niederlassen kann, also Wohnlerlaubnis bekommt. Und wir brauchen strenge Kontrollen gegen die Scheinselbstständigkeit, denn Selbstständige können sich ab dem 1. Mai hier nieder lassen.

Sehr geehrte Damen und Herren! Nützen wir gemeinsam, und ich glaube auch in dieser Frage der Kontrollen hat das Land einiges auch zu tun, es kontrolliert zwar die sogenannte KIA, also die Kontrolle für illegale Ausländerbeschäftigung, wo Bundeskompetenz vorliegt, aber die Verfahren bei der Bestrafung, dafür sind die Bezirkshauptmannschaften zuständig, und da sollten wir als Land einiges tun, sehr geehrte Damen und Herren, nützen wir gemeinsam diese Chance wirklich in einer umfassenden Konzeption diese Erweiterung zu bewältigen. Danke schön. (Beifall)

Zweite Präsidentin: Nächster Redner ist Herr Landesrat Anschöber.

Landesrat **Anschöber:** Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Also erstens einmal danke für die aktuelle Stunde. Ich halte das für sehr sehr wichtig, zu diesem historischen Moment diese Diskussion zu führen. Denn, ich glaube alle miteinander, und das haben auch die bisherigen Debattenbeiträge gezeigt, teilen die Einschätzung, da bricht

etwas um, da bricht etwas auf, wovon wir wahrscheinlich alle miteinander jetzt noch gar nicht so sehr so richtig die Tragweite spüren und erkennen. Mich wundert auch manchmal die öffentliche Debatte dazu, die der Bedeutung dieser Umwälzung nicht immer wirklich gerecht wird meiner Ansicht nach. Wir haben in der Umweltbewegung in den vergangenen Jahren, denke ich, diese Erweiterung vorgelebt. Es hat gerade in den Bereichen Verkehrspolitik, Energiepolitik, Antiatompolitik eine unglaublich intensive grenzüberschreitende Arbeit gegeben, und die wird sich jetzt auch noch leichter fortsetzen lassen. Das ist der eine Bereich.

Der zweite Bereich, und das ist ein sehr sehr politischer, warum ich neben dem Friedensaspekt, der der zentrale ist, denke ich, der viel viel wichtiger als der wirtschaftliche Aspekt noch ist, warum ich die EU-Erweiterung für so notwendig erachte neben dem friedenspolitischen Gedanken, das ist die Tatsache, dass wir nach der wirtschaftlichen Globalisierung jetzt endlich einen politischen Rahmen für die wirtschaftliche Globalisierung brauchen. Wir haben einen ganz offensiven Standortwettbewerb in ganz Europa. Nur wenn es uns gelingt, politische Rahmenbedingungen aufzubauen und die durchzusetzen in Umweltbereichstandards, die klar für alle Mitgliedstaaten gelten, im Sozialbereich klare Mindeststandards, die klar für alle Bereiche gelten, nur wenn uns das gelingt, dann wird ein ziemlich dramatischer Standortkonkurrenzwettkampf, in dem wir derzeit drinnen sind, reduzierbar sein und politisch ausgleichbar sein, damit wieder ein Gleichgewicht zwischen Wirtschaft und Politik entstehen kann. Dieses ist meiner Ansicht nach aus den Fugen geraten derzeit in Europa.

Wir merken bei allen Haushalten, bei allen Budgetdiskussionen in ganz Europa, wohin dieser Standortwettbewerb führt. Wie schaut es denn aus? Wir haben überall in ganz Europa einen Wettlauf der einzelnen Mitgliedstaaten. Wer hat denn die niedrigsten Abgaben, die niedrigsten Steuerquoten? Ich habe gerade heute eine Untersuchung gehört, eine Zwischenbilanz der Flat tax in der Slowakei, mit 15 Prozent für alle, das muss man sich einmal vorstellen, 15 Prozent, was in Summe bedeutet, dass es einen massiven Druck auf andere Standorte, auf andere Mitgliedstaaten gibt, ebenfalls mit den Unternehmensbesteuerungen herunter zu gehen. Was heißt das in Summe? Das heißt, dass die Finanzsituation eines jeden europäischen Haushaltes immer schwieriger wird. Das heißt nächstens, dass wir immer größere Schwierigkeiten haben, politisch einen Rahmen noch zu geben. Denn wo der Staat kein Geld mehr hat, dort kann er nicht mehr mitsteuern, dort kann er auch sozialpolitisch nur mehr schwer ausgleichen, dort kann er auch umweltpolitisch nur mehr sehr sehr schwer ein Gleichgewicht hervorrufen. Das heißt, es ist politisch, gesamtpolitisch extrem wichtig, diese politische Globalisierung der wirtschaftlichen Globalisierung folgen zu lassen, und damit zu erreichen, dass es einen Ausgleich, ein Gleichgewicht zwischen Wirtschaft und Politik wieder geben kann.

Was bedeutet für die Umweltsituation die EU-Erweiterung? Nur eine Zahl: Die Investition, die durch die notwendige Angleichung an die europäischen Umweltstandards in den Beitrittsländern in den nächsten zehn Jahren notwendig sein wird, ist eine Investition pro Kopf von 700 Euro. 700 Euro pro Kopf, die in eine Verbesserung der Umweltsituation durch die notwendige Angleichung an europäische Standards in den Beitrittsländern notwendig sein wird. Das bedeutet ein riesiges Investitionsprogramm für mehr Lebensqualität für eine verbesserte Umweltsituation. Das ist auch für uns gut. Das ist aber selbstverständlich prioritär vor allem für die Menschen vor Ort besonders wichtig, da es nach wie vor in manchen Regionen eine Umweltsituation gibt, die alles andere als okay ist. Das heißt, mit dem Integrationsprozess wird es möglich, gesamteuropäisch Standards zu setzen im Sozialbereich, im Umweltbereich, und das ist eine gesamteuropäische Entwicklung in die

richtige Richtung. Damit schaffen wir einen Schritt von der wirtschaftlichen Globalisierung zur politischen Globalisierung und damit zu diesem angesprochenen Gleichgewicht.

Wir haben da viele Hausaufgaben auf europäischer Ebene in diese Richtung noch zu leisten. Gut ist es und notwendig ist es, dass jetzt offensichtlich der Durchbruch in Richtung Verfassung, gesamteuropäische Verfassung, kommt. Das haben wir seit langem angestrebt. Es ist eigentlich mit eine Voraussetzung für eine Umsetzbarkeit und positive Durchführung und Durchführbarkeit der EU-Erweiterung in entscheidenden politischen Fragen. Denn nur eine Europäische Union, die eine Grundrechtscharta hat, die klare Werte hat, in deren Richtung sie arbeitet, ist in der Lage, in diesem Erweiterungsprozess auch klare politische Ziele zu verfolgen.

Wir stehen vor dem 1. Mai und damit vor Umsetzung eines historischen Schrittes. Aber der 1. Mai ist de facto der Beginn, denn das Umsetzen wird Jahre dauern. Wir sollten alle miteinander, denke ich, nicht nur immer die Sorgen und die Ängste in den Mittelpunkt stellen, wir haben mit diesem Erweiterungsprozess eine riesige Chance auch. Und wenn wir diese Chance wahrnehmen, dann können wir in diesem Europa alle miteinander in Ost und West etwas bewegen, was wir sonst in vielen vielen politischen Bemühungen nicht geschafft haben im Umweltbereich, im Sozialbereich, bei der Gleichberechtigung, bei Menschenrechtsstandards, aber selbstverständlich auch im wirtschaftlichen Bereich und im friedenspolitischen Bereich. Von daher Danke für die Diskussion, aber das ist der Beginn eines Arbeitsprozesses, der Jahre dauern wird, um die Chancen zu nützen, die jetzt da sind. (Beifall)

Zweite Präsidentin: Zu Wort gemeldet ist Frau Kollegin Lackner-Strauss.

Abg. **Lackner-Strauss:** Geschätzte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Das Mühlviertel ist eine Region, die auf Grund ihrer geografischen Lage an der Grenze zu Tschechien am meisten von der EU-Erweiterung betroffen ist. Bei den Risiken, aber auch bei den Chancen. Im Mühlviertel hat der Schritt zur Erweiterung bereits 1989 mit dem Fall des eisernen Vorhangs begonnen. Das Mühlviertel wird seine Chancen nützen und an die gemeinsame Geschichte mit Südböhmen anknüpfen. Das Mühlviertel verfügt über ein besonders gutes Image. Der Fleiß, die Zuverlässigkeit der Bewohner, die schöne, intakte, vielfältige Landschaft mit Erholungsqualität und Lebensqualität. Die hohe Qualität der Arbeit, die Naturprodukte, aber auch Traditionen, Fortschritt und Innovation, das alles wird im Wettbewerb der Regionen punkten.

Über den Tourismus hinaus wird das Image der Marke Mühlviertel für die verstärkte Vermarktung der Mühlviertler Betriebe und ihrer Leistungen genutzt. Das heißt, Exporte von Produkten und Leistungen in andere Regionen, zum Beispiel auch in den südböhmischen Raum. Die Kooperationen von Mühlviertler Betrieben werden initiiert. Das Mühlviertel profiliert und vermarktet sich in den Bereichen Tourismus, Gewerbe, Landwirtschaft, Kultur und Dienstleistungen. Dieses Projekt nennt sich Dachmarke Mühlviertel „kraft.voll.echt“. Und, es ist eine Initiative der vier Mühlviertler Bezirksstellen der Wirtschaftskammer Oberösterreich, des Oberösterreichtourismus, des Oberösterreich-Tourismus, der Landwirtschaftskammer, des Landes Oberösterreich, Wirtschaftsressort, mit dem Regionalmanagement Mühlviertel, der Euregio. Die Euregio Bayerischer Wald-Böhmerwald-Mühlviertel wurde bereits 1994 gegründet als länderübergreifende Plattform. Das Ziel der Euregio ist die grenzüberschreitende Zusammenarbeit, die wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung in diesen Regionen voranzutreiben, aber auch die Vorurteile und zwischenmenschlichen Barrieren abzubauen.

In der Euregio arbeiten insgesamt 285 Gemeinden, davon sind 110 Mühlviertler Gemeinden, an einer gemeinsamen Zukunft. Das Regionalmanagement bietet Unterstützung bei Projektfinanzierungen inklusive Förderberatungen. Es werden grenzüberschreitende Projekte in den Bereichen Wirtschaft, Verkehr, Arbeit und Soziales, Landwirtschaft, Tourismus, Kultur sowie Bildung und Umweltschutz entwickelt und gefördert. Einen Teil der Förderungen trägt das Land Oberösterreich, ein Teil kommt aus der EU und einen Teil muss der Projektbetreiber selbst aufbringen.

Im Rahmen eines Projekts mit grenzüberschreitendem Charakter gibt es Interreg-Programme mit Förderungen bis zu 75 Prozent. Seit 1996 wurden schon insgesamt 176 grenzüberschreitende Projekte mit Tschechien und Bayern mit einem Gesamtinvestitionsvolumen von 19 Millionen Euro abgewickelt. Es gibt ja zum Beispiel Projekte wie die www.GUUTE.at, das ist eine Internet-Plattform zur Vermarktung von regionalen Produkten und Dienstleistungen oder Brücken zur Zukunft. Das sind kooperative grenzüberschreitende Weiterentwicklung der Dienstleistungsangebote der Interessensvertretungen, dann die Austrian check cultural cooperation, das ist die Vernetzung der Kulturszenen, partnerschaftlicher Aufbau einer kulturell integrierten Region im Hinblick auf die EU-Erweiterung. „Gemeinsam stärker werden“ ist ein Projekt zur Weiterentwicklung der Menschen und Betriebe im Grenzraum zur Sicherung des Wirtschaftsstandortes und zur Qualifikation der Mitarbeiter. Lehfa ist eine grenzüberschreitende lehrlings- und berufsbegleitende Maßnahme zur Stärkung der Facharbeiterinnen und Facharbeiter in der Grenzregion Mühlviertel-Südböhmen. Oder das nordische Zentrum Böhmerwald, das ist ein touristisches Projekt, gemeinsame Marketingmaßnahmen grenzüberschreitend für den Sommer- und den Winterbetrieb im Langlaufbereich.

Wichtig ist aber auch neben den grenzüberschreitenden Projekten, Initiativen im Mühlviertel selbst umzusetzen, um die Bevölkerung gezielt auf die Veränderungen und Herausforderungen der EU-Erweiterung vorzubereiten. Da gibt es zum Beispiel die Inkobas, die interkommunalen Betriebsansiedelungen mit Freistadt, Arbing, Donau-Ameisberg, Hirschbach-Reichenthal. Durch die konsequente Entwicklung interkommunaler Gewerbebetriebe werden höherrangige Standorte für Betriebsansiedelungen geschaffen. Gemeinsam getragene Vermarktungsinitiativen und ein professionelles Standortmarketing tragen zur Ansiedelung neuer Betriebe bei.

Durch neu geschaffene Arbeitsplätze soll auch eine Erhöhung der Frauenerwerbsquote erreicht werden. Durch die arbeitsplatzintensiven Betriebsansiedelungen sollen auch Abwanderungen verhindert werden und die Zuliefermöglichkeiten Impulse für die heimischen Betriebe schaffen. Auch die in der Region ansässigen Technologiezentren sind Impulsgeber für die heimische Wirtschaft. Auch grenzüberschreitende Schulpartnerschaften, wie heute schon angesprochen, dienen zur Verbesserung der nachbarschaftlichen Beziehungen. Gezielte Initiativen zwischen Vereinen, Schulen und Gemeinden wurden und werden gefördert.

Um die wirtschaftliche Weiterentwicklung im Grenzraum zu verbessern sind natürlich noch wichtige Infrastrukturmaßnahmen zu setzen. Das sind drei wichtige Punkte. Zum Ausbau der S 10, um die Achse Linz–Budweis–Prag zu einer dynamischen Wirtschaftsachse zu entwickeln, ist natürlich die leistungsfähige Straße die Grundvoraussetzung. Um eine umweltfreundliche, zukunftsorientierte Verkehrspolitik zu gestalten ist der Ausbau der Summerauerbahn, Pyhrnbahn unumgänglich. Die Bahn ist eine wichtige Nord-Süd-

Verbindung zwischen Ostsee und Adria. Durch die Erweiterung ist eine Verkehrszunahme prognostiziert und der Ausbau der Bahn ist für unsere Region enorm wichtig um die erwartete Zunahme des Gütertransportes von der Straße auf die Schiene zu verlagern.

Der dritte Punkt ist die Breitbandoffensive. Das Mühlviertel ist sehr dezentral und ländlich strukturiert. Leider gibt es noch viele Ortschaften ohne schnellen Zugang zum Internet. Daher wird es schwieriger, Standorte von Betrieben, die leistungsfähige Datenträger brauchen, in der Region zu halten. Durch die Initiative des Landes Oberösterreich und unseres Wirtschaftslandesrates Viktor Sigl werden mit Förderungen bis Ende 2006 90 Prozent aller Gemeinden bis 75 Prozent mit Breitbandverfügbarkeit haben.

Es wurden in den letzten zehn Jahren bereits viele Projekte initiiert und umgesetzt, die uns auf die Erweiterung vorbereiten und unseren Standort im Wettbewerb der Regionen gesichert haben. Wichtig ist für uns jetzt, die Chancen zu erkennen, aber uns auch bewusst zu machen, dass wir jetzt in einem historischen Zeitabschnitt mit großen Veränderungen leben. Ich ersuche daher die Kolleginnen und Kollegen vom Oberösterreichischen Landtag, dem Dringlichkeitsantrag zur Einsetzung eines EU-Erweiterungsforums zur Einbindung der Bevölkerung und Experten als Impulsgeber und Koordinationsgremium zuzustimmen. Dankeschön. (Beifall)

Zweite Präsidentin: Danke. Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist Herr Kollege Brunmair.

Abg. Dr. Brunmair: Werte Präsidentin, meine Damen und Herren! Auch wenn es eine quasi Feierstunde stört, und bis zur Wortmeldung von Klubobmann Steinkellner hatte man wirklich den Eindruck, es handelt sich um eine Feierstunde, so werden wir Freiheitlichen trotzdem immer wieder die Probleme auf den Tisch legen und auf den Punkt bringen und die Probleme aufzeigen, die die Bürger bewegen. Wir haben ja in den Zeitungen gelesen, was die Bürger derzeit bewegt. Es sind in erster Linie Ängste und Sorgen. Und wir werden uns auch nicht durch einen Hinweis unseres Landeshauptmannes auf Redezeitbeschränkung beirren lassen und uns nicht beeindrucken lassen durch den Versuch, uns bei unseren Sorgen und bei unseren Anliegen verächtlich zu machen.

Ich sage auch eines. Ein Veto ist ein legitimes demokratisches Mittel, fürwahr ein scharfes Mittel, aber es ist demokratisch. Ein Veto haben in der europäischen Politik andere Länder aus ganz anderen und profaneren Gründen angewandt, wo es darum ging, Macht und Einfluss oder finanzielle Vorteile herauszuschlagen. Unser Veto war berufen auf ein elementares Anliegen. Es geht bei diesem elementaren Anliegen um den Schutz unseres Lebensraumes. Daher sind wir weiterhin der Meinung, dass in elementaren Fragen ein Veto ein legitimes demokratisches Mittel ist.

Aber es ist ganz einfach. Jetzt sind alle am Zug. Die Dinge, die ausgeräumt werden müssen, vor allem was unsere Nachbarn in Tschechien anbelangt, sind zu bereinigen und die Fragen sind zu klären. Und das ist eben einmal Temelin und die Benes-Dekrete. Aber jeder weiß, wie das menschliche Verhalten ist, dass man nicht den Lohn auszahlen soll bevor die Arbeit geleistet ist. Das führt meistens nicht zum Ziel oder auf viel schwierigerem und problematischerem Wege.

Es gibt viele Probleme in der EU-Osterweiterung über die wir uns auch heute hier, ein Monat vor dem Vollzug, Gedanken machen müssen. Ich nenne hier nur ganz kurz noch ein paar Zahlen. Vorgemerkte arbeitslose Ausländerinnen und Ausländer: 1991 20.000, 2001 30.000,

50 Prozent Zunahme. Wie wird das in weiteren zehn Jahren aussehen? Ausländische Wohnbevölkerung: 1981 290.000, 2001 730.000. Wie entwickelt sich das weiter?

Oder, aus dem Gesundheitsbereich. Wir haben noch bis in das Jahr 1997 zurückreichend etwa neun Millionen Euro ausständig an Geldern, die wir für Gastpatienten zu bekommen hätten. Wir wissen, wir haben das beste Gesundheitssystem, die beste ärztliche Versorgung wahrscheinlich in Europa. Auch hier wird es zu einem Leistungsaustausch, zu einer Grenzüberschreitung kommen. Wie wird unser Gesundheitssystem in der erweiterten EU belastet? Wie wird auch, im gleichen Atemzug zu nennen, unser Sozialsystem in Zukunft belastet? Gerade hier im Zentralraum Linz wissen wir, dass das Transitproblem erdrückend sein wird. Also viele Fragen sind offen. Und wir bleiben dabei, wir Freiheitlichen, die heutigen Anträge, dringlichen Anträge ein Monat vor dem Beitrittsvollzug sind eine Alibihandlung. Wir können sie nur im Nachhinein lösen. Wir hätten sie aber im Vorhinein lösen sollen. (Beifall)

Zweite Präsidentin: Zu Wort gemeldet ist Herr Kollege Kapeller. Er ist der vorläufig letzte Redner.

Abg. **Kapeller:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! In 720 Stunden wird ein sehr wichtiger Schritt in der Erweiterung der Europäischen Union gesetzt sein. Kürzlich las ich, dass die heutige Europäische Union mit den zehn neuen Mitgliedsstaaten am 1. Mai 2004 um 100 Millionen mehr Konsumenten bekommen wird. Das stimmt, füge aber hinzu, dass man nicht vergessen darf, dass es sich dabei um Menschen handelt. Menschen genauso wie wir mit Sorgen, Bedenken, Zukunftsängsten, Träumen und mit Hoffnungen. Durch den Beitritt der Nachbarstaaten Tschechien, Slowakei, Ungarn und Slowenien rückt Österreich von einer Randlage dort hin, wo sie schon von der Bundeshymne besungen wird, liegst dem Erdteil du inmitten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, in 74 Tagen, am 13. Juni 2004, finden in Europa wichtige Wahlen statt. An diesem Sonntag wird die Zusammensetzung des Europäischen Parlaments gewählt. Auch dies ist von sehr großer Bedeutung, da die großen Weichenstellungen heute schon im Europäischen Parlament vorgenommen werden. Wir Politiker haben daher eine sehr wichtige Aufgabe, weil viele Beschlüsse der Landtage, der Nationalräte, aber auch der Bundesräte in Europa und in der Europäischen Union weit in die Zukunft reichen, eine Zukunft für unsere Kinder und für unsere Kindeskinde.

Es geht also nicht nur um den Markt, um das Erzielen der höchstmöglichen Gewinne und um die Wirtschaft alleine, sondern es geht um die Frage, wie entwickelt sich dieses Europa? Wie gehen wir mit den Fragen der Kultur um? Es geht ja um ein kulturelles Miteinander und um den Erhalt der kulturellen Vielfalt. Es geht darum, wie wir mit religiösen Fragen umgehen oder die Frage des Umgangs mit Minderheiten. Es geht um die Frage, wie wir mit ethischen Minderheiten, mit den Einkommensunterschieden und den unterschiedlichen Pensionen in den Mitgliedsstaaten umgehen und es geht darum, wie stehen wir zu Fragen der Umwelt und überhaupt zu einem sozialen Europa? Es geht aber auch um die Frage der Eigenständigkeit und nicht um einen Einheitsbrei. Es geht also nicht nur, wie Kollege Anschöber es angesprochen hat, um diese wirtschaftliche Globalisierung, sondern es geht um eine politische und eine soziale Globalisierung.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir müssen bei den großen Projekten der Europäischen Union dabei sein und dürfen nicht die EU als Abholstelle von Förderungen sehen. Wir müssen dabei sein bei den Diskussionen und nicht nur dadurch auffallen, dass wir im Schmollwinkel stehen. Wir müssen der Bevölkerung laufend mit Fakten unterlegt

sagen, wie sich unsere konkreten Zielsetzungen und Vorgaben entwickeln. Daher haben wir als SPÖ den Antrag zur Erstellung eines Gesamtkonzeptes eingebracht und einen jährlichen Fortschrittsbericht angeregt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, durch die Erweiterung der Europäischen Union in Richtung Mittel- und Osteuropa werden endgültig diese unsichtbaren Gräben überwunden sein, die Europa jahrzehntelang durchzogen haben. Die Zweiteilung Europas wird in 720 Stunden endgültig beendet sein. Auch Oberösterreich ist direkt von diesem historischen Ereignis betroffen, haben wir doch eine 130 Kilometer lange Grenze zu Tschechien. Wenn wir heute über die EU-Erweiterung sprechen, so ist es notwendig, nicht nur darüber zu reden, wie wir die Chancen der Erweiterung nützen, sondern wir müssen auch darüber reden, dass es Ängste gibt. Diese dürfen wir nämlich nicht verschweigen, sondern wir müssen die Gefahren minimieren und konkrete Modelle anbieten, wie diesen Ängsten zu begegnen ist und wie mögliche Gefahren abzuwenden sind.

Selbstverständlich reicht es auch nicht aus, die EU-Erweiterung zu befürworten und sich keine Gedanken um die entstehenden Kosten und die wirtschaftlichen Auswirkungen zu machen. Für uns ist es daher besonders wichtig, dass in den Beitrittsländern die Unterschiede zu unserem Land bei den Löhnen und Gehältern sowie bei den Sozial- und Umweltnormen abgebaut werden. Nur dadurch wird den bestehenden Abwanderungstendenzen von Betrieben und dem Zuwanderungsdruck nach Österreich entgegen gewirkt. Solange es große Unterschiede im Lebensstandard und bei den Umweltstandards gibt, besteht die Gefahr, dass es künftig zu einem Europa der Zwei-Klassen-Gesellschaft kommt. Es ist daher von größter Bedeutung, dass auf die sozialen Fragen nicht vergessen wird, denn wer dies tut, der handelt egoistisch und verantwortungslos.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Ausbau der transeuropäischen Netze ist heute schon angesprochen worden. Er wird für die Zukunft von Europa von größter Bedeutung sein. Für uns ist es daher ganz besonders wichtig, dass den umweltfreundlichen Verkehrsträgern wie Schiene, Schiff und kombiniertem Verkehr eine klare Priorität eingeräumt wird. Gerade durch die Aufnahme der Summerauerbahn in die erste Kategorie der TEN-Strecken ist ein sehr wichtiger Schritt gelungen. Jetzt muss es darum gehen, dass die Summerauerbahn auch tatsächlich ausgebaut wird. Die EU unterstützt bis zu 50 Prozent zu den Planungskosten und bis zu 30 Prozent bei den Ausbaurkosten. Jetzt geht es darum, dass der Verkehrsministerrat die Beschlüsse fasst, dass wir endlich beginnen können, auch das Geplante in die Realität umzusetzen. Wir müssen überall dort, wo wir im Verkehr und in der Infrastruktur einen Nachholbedarf haben, dies ansprechen und möglichst rasch aufholen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, gerade die EU-Erweiterung, und da bin ich bei meinem zweiten Punkt, den ich ansprechen möchte, bietet für uns in Oberösterreich auch eine Chance, sich als Urlaubsdestination zu positionieren. Erfolgreich sind wir aber nur dann, wenn Oberösterreich sich als Urlaubsland für Tschechien auch tatsächlich spürbar und bemerkbar macht. Wir brauchen daher ein grenzüberschreitendes touristisches Gesamtkonzept, welches den südböhmischen Raum genauso sieht wie das Mühlviertel, aber nicht nur diese beiden Bereiche, sondern darüber hinaus bis zur Donau, Gesamtösterreich muss es sehen. Eine intensive grenzüberschreitende Zusammenarbeit von Tourismusbetrieben finde ich mehr als notwendig, denn nur wenn es zu verstärkten Kooperationen kommt, so haben wir auch die Chance, zusätzliche Gäste nach Österreich, nach Oberösterreich zu bekommen.

Es ist heute schon von der Kollegin Schwarz angesprochen worden die Frage dieser unberührten Naturjuwelle entlang der Grenze, wo es ja jahrzehntelang keine Touristen, keine Menschen oder kaum Menschen gegeben hat. Sie stellen heute einen einzigartigen Erholungsraum dar. Ich meine, dieser Erholungsraum kann nur mit einem sanften und behutsamen Tourismus erschlossen werden. Aber wir haben auch natürlich selbstbewusst einzubringen unsere Chancen, wenn ich an das Wandern, das Reiten, das Rad fahren, das Klettern, den Wassersport denke, um hier nur einige Schwerpunkte anzusprechen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es geht also um ein demokratisches Europa, um das wir heute diskutieren. Ein Europa, welches nicht nur einen einzigen gemeinsamen Wirtschaftsraum darstellt, sondern wo Frieden und soziale Ausgewogenheit im Mittelpunkt stehen, wo wir Chancen haben, dieses Werk weiter fortzuführen und zu entwickeln. Wir haben die Chance, ein Europa der Menschlichkeit zu errichten und dies, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist auch die große Chance für Oberösterreich (Beifall)

Zweite Präsidentin: Herr Kollege Aspöck bitte!

Abg. Ing. Aspöck: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kollegen des oberösterreichischen Landtages! Unsere oberösterreichischen Bauern werden von unserer Osterweiterung absolut nicht negativ beeinträchtigt werden. Dieses Gefühl hat man sehr oft, wenn man die oberösterreichische Bauernbundzeitung liest. Und ich muss wirklich sagen, heute zu diesem 1. April eine aktuelle Stunde hier abzuhalten zum wichtigen Thema der Osterweiterung, da bin ich ja ganz bei Ihnen, aber das neigt dazu, dass das einfach ein übler Aprilscherz ist. (Zwischenruf Abg. Mag. Strugl: „Sie haben die aktuelle Stunde mitbeschlossen!“) Also ich muss wirklich sagen, jetzt so zu tun, dass praktisch dieses Thema absolut wichtig ist und die letzten zwei, drei Jahre da absolut zu verschlafen, dann ist das einfach an Scheinheiligkeit nicht mehr zu überbieten. (Zwischenruf Abg. Mag. Strugl: „Da war Ihr Klubobmann damit einverstanden!“)

Und ich muss schon sagen, ich möchte das aber auch untermauern, es gibt sehr viele Themen im agrarischen Bereich, wo die Themen verschlafen worden sind. Wir brauchen uns doch nur anschauen, ich bin selber praktizierender Bauer und ich weiß sehr wohl, wovon ich hier spreche, schauen wir doch nur unsere degressiven Ausgleichszahlungen an, die die Bauern in der Übergangsphase erhalten haben. Hier ist absolut nichts dagegen gemacht worden, dass dieser Einnahmefall hier kompensiert worden wäre. Oder schauen wir uns doch nur einen weiteren Umstand in der Bauernschaft an. Wir haben täglich sechs Bauernhöfe, die stillgelegt werden in Oberösterreich. Das ist auch ein Faktum, das ist nachzulesen im Grünen Bericht 2002, das sind Fakten. Die wollen Sie wahrscheinlich nicht gerne hören, aber das ist halt leider traurige Realität.

Oder auch der Trend, dass natürlich in der Landwirtschaft ein Run in Richtung Nebenerwerbslandwirte festzustellen ist. Die Vollerwerbsbetriebe können heute aus der Einnahmenseite allein von der Landwirtschaft nicht mehr existieren. Das ist schon sehr schwierig, dass man da wirtschaftlich überleben kann. Dann natürlich muss man auch sagen, (Zweite Präsidentin: "Herr Kollege! Ich bitte Sie zum Ende Ihrer Rede zu kommen, wir haben eine Blockreizeit".) ich habe noch ein paar Sätze bitte. Danke. Auch die Einkommenssituation 2003, ein Minus von fünf Prozent bei der Einkommenssituation der oberösterreichischen Bauern. Das sind Fakten Herr Landesrat! Die kann ich Ihnen nicht ersparen. Und da habe ich wirklich sehr oft das Gefühl, dass unsere Bauern auf dem Opferaltar der bedingungslosen EU-Erweiterung preisgegeben werden. Danke. (Beifall)

Zweite Präsidentin: Letzter Redner ist Herr Landesrat Sigl.

Landesrat **Sigl:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Meines Wissen nach ist die aktuelle Stunde einstimmig in der Obmännerkonferenz festgelegt worden. Daher jetzt als Abgeordneter sich herzustellen und zu sagen, das ist was weiß denn ich was, weil es gerade jetzt ein Monat vor der EU-Erweiterung eine aktuelle Stunde im Landtag gibt, ist ein wenig weit hergeholt. Aber lassen wir es dabei.

Im Gegenteil, ich finde es gut jede Gelegenheit, gerade ein Monat vor so einer Entscheidung, zu nützen um darüber zu diskutieren, auch darüber kontroversiell zu diskutieren. Ich glaube, gerade das ist für ein demokratisches Land, wie wir es sind, wie wir es sehr gerne sind, gut und richtig. Und ich begrüße daher natürlich als Europalandesrat umso mehr, dass sich dieses hohe Haus heute mit diesem Thema beschäftigt.

Mit einem Thema, das wie kaum ein anderes Sorgen bereitet, Chancen sichtbar macht, Risiken in sich birgt, Hoffnungen weckt und natürlich sich auch die Frage stellt, wie positionieren wir uns als kleines, als relativ kleines aber sehr erfolgreiches Wirtschaftsland? Wenn man sich die Umfragen anschaut, dann kommt man genau auf diese Analyse. Der Schluss daraus muss glaube ich ganz einfach sein, es muss uns immer wieder Auftrag sein die Frage zu stellen, wie gelingt es uns die Menschen einzubinden und wie gelingt es uns auch Professionalität an den Tag zu legen? Professionalität in der Politik, Professionalität auch in der Frage, wie gelingt es die Sozialpartner in diesem Bereich miteinzubinden, Professionalität in den Rahmenbedingungen.

Und ich glaube meine Damen und Herren, wenn wir uns anschauen, welchen Weg wir in den letzten fünfzehn Jahren quasi durchmachen haben dürfen und selber gestaltet haben. 1989 als der Eisener Vorhang gefallen ist. Wir waren direkt dabei und ein jeder von uns kennt noch und hat noch das Foto in Erinnerung, als unser Landeshauptmann Dr. Ratzenböck mit Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Grüner und den tschechischen Partnern den Eisernen Vorhang quasi selber symbolisch mitgeholfen haben niederzureißen. 1995, EU-Beitritt, ich möchte gar nicht eingehen auf die Diskussionen, die sehr ähnlich kontroversiell gelaufen sind damals wie sie jetzt laufen, klarerweise weil die Sorgen entsprechend genauso gegeben waren. Es war die Frage, wie geht denn die Reise in diese Zukunft tatsächlich und wie können wir uns entsprechend einbringen? Vor ein paar Jahren, als der Euro eingeführt wurde. Jetzt der nächste große Meilenstein dieses Friedensprojektes Europa.

Wir, meine Damen und Herren, sind mitten drin und voll dabei. Und beim voll dabei glaube ich können wir tatsächlich sagen, wir haben uns sehr gut positioniert. Die Ängste, die es gibt, haben wir versucht nicht nur darzustellen, sondern auch Antworten zu finden. Ich nehme nur den Bereich der Wettbewerbsverzerrung quasi her, unter dem Aspekt Lohndumping, um dieses Schlagwort zu sagen. Wir haben ganz bewusst die entsprechenden Übergangsfristen mit zwei Jahre, drei Jahre, zwei Jahre, also insgesamt sieben Jahre gewählt. Es werden sich manche fragen, ja warum denn nicht gleich sieben Jahre? Ganz einfach, weil die Wirtschaft immer mit unterschiedlichen Geschwindigkeiten unterwegs ist und die Politik klarerweise sie nicht immer genau festlegen kann. Und daher glaube ich ist es gut, dass wir diesen Dreistufenplan gewählt haben.

Und meine Damen und Herren, das Entscheidende ist, dass nur wir selbst, wir Österreicher eingreifen könnten quasi in diesen Dreistufenplan. Nur wir, es können nicht andere tun. Daher glaube ich sind wir mit dieser Entscheidung sehr gut unterwegs und wenn man sich die Entwicklung im Mühlviertel konkret anschaut, seit wir den Eisernen Vorhang weghaben

bzw. seit wir bei der Europäischen Union sind, so gibt es durchaus Zahlen, die glaube ich eine sehr klare Sprache sprechen. Die Wirtschaftskammermitglieder im Mühlviertel haben sich im Jahr 1989 von 6.120 bis zum 31. Dezember 2003 auf 10.255 erhöht. Also ein Plus von mehr als zwei Dritteln, von über 67 Prozent. Im Arbeitnehmerbereich ein ähnliches Bild, im Mühlviertel von rund 33.000 Mitarbeitern auf rund 44.000 Mitarbeiter. Also auch hier ein Plus von über 30 Prozent, was die Mitarbeiterschaftsbindung im Mühlviertel anlangt.

Das zeigt, da gebe ich der Kollegin Jahn Recht, dass wir gerade mit der Frage, wie gelingt es uns denn Arbeitsplätze im Mühlviertel zu schaffen, noch lange nicht am Ende sind. Es zeigt aber auch ganz klar, meine Damen und Herren, dass wir hier einen sehr erfolgreichen Weg geschafft haben. Vor allem deswegen, weil es wie in keiner anderen Region gelungen ist, im Mühlviertel ist es gelungen, dass sich kleine Betriebe etabliert haben. Kleine Betriebe haben den riesigen Vorteil, dass sie die echten Nahversorger sind, nicht nur mit den Produkten des täglichen Lebens, sondern vor allem auch mit dem wertvollsten Produkt, nämlich Arbeit zu geben und sie sind auch klarerweise wesentlich krisensicherer.

Ja meine Damen und Herren! Es ist glaube ich in diesem Bereich viel geschehen. Wir haben uns gut vorbereitet auf diese neuen Märkte. Oberösterreich hat ein Technologiennetzwerk wie kein anderes Bundesland in dieser Republik. Oberösterreich hat ein Kompetenzzentren- und Clusternetzwerk wie kein anderes Bundesland in dieser Republik. Wir haben ein Fachhochschulwesen, das sich unheimlich dynamisch entwickelt und hervorragende Perspektiven hat. Durch die Nähe zur Wirtschaft wird es möglich sein, gerade den Ausbildungsgrad der Facharbeiterschaft entsprechend professionell weiterzuentwickeln.

Und Oberösterreich, meine sehr geehrten Damen und Herren, und das möchte ich auch, Sie wissen, dass ich ein Verfechter der Sozialpartnerschaft bin, daher hier hervorheben, Oberösterreich hat auch eine Sozialpartnerschaft, die miteinander kann wie kein anderes Bundesland. Ich nehme nur ein Projekt heraus, es könnten hier viele erwähnt werden. Kollegin Lackner-Strauss hat ebenfalls einige erwähnt. Miteinander arbeiten und leben im Mühlviertel und in Südböhmen ist eines jener Projekte, die nicht alleine für sich der große Renner sind, sondern die ganz einfach zeigen, dass die Differenziertheit der Überlegungen ganz einfach unser Maßstab sein muss. Die Zeit ist vorbei um eine Überlegung anzustellen und jede Sorge zu lösen und die Differenziertheit in der Diskussion, die hier vom Rednerpult ausgegangen ist, beweist das letztendlich ganz genau. Und daher werden wir, meine Damen und Herren, mit der Unterstützung des hohen Hauses in allen Ressorts, natürlich auch in meinem Ressortbereichen, genau diese Differenziertheit weiter betreiben, genau zu schauen, welche sozialen Gruppen, welche regionalen Gruppen, welche Interessensgruppen deckt jemand ab und was sind dort an Sorgen und Ängsten da und wie können wir uns unsere Antworten entsprechend vorbereiten und diese Antworten auch in der Zukunft umsetzen.

Es wird notwendig sein, meine Damen und Herren, damit bin ich bei der Zukunft, wenn wir wollen, dass die Menschen südlich des Böhmerwaldes und nördlich des Böhmerwaldes zusammenfinden wollen, dann müssen sie Begegnungsmöglichkeiten haben. Ich bin durchaus inhaltlich bei der Kollegin Uli Schwarz mit den Überlegungen der Grenzübergänge. Ich bin aber grundsätzlich dafür, dass wir hier viel zu wenig haben. Wenn wir wollen, dass die Menschen des Bezirkes Rohrbach mit den Menschen in Oberplan kommunizieren können, dann müssen wir ihnen auch die Möglichkeit hier geben, sich face to face unterhalten zu können.

Ich weiß schon, wir haben dort den Nationalpark. Wir haben aber auch glaube ich, die berechtigten Überlegungen mit den Menschen vor Ort zu schauen, wie wir diese Grenzübergangsmöglichkeit schaffen können.

Ich bin sehr froh und damit bin ich bei der Infrastruktur, dass es uns gelungen ist die Summerauer Bahn als TEN-Strecke hineinzubringen. Sie wissen meine Damen und Herren, und Sie haben das sicher auch in der Medienberichterstattung mitverfolgt, dass wir grundsätzlich ursprünglich nicht dabei gewesen sind. Es war unter anderem auch unsere EU-Abgeordnete Berger, die sich hier eingebracht hat. Es war Anfang Februar beim Ausschuss der Regionen, der hier sich entsprechend mit Zahradnik abgestimmt hat und wir dort eine Abstimmung gewonnen haben, dass diese Strecke aufgenommen wurde vom ADR und damit weitergemeldet wurde und damit quasi die Behandlung im Europäischen Parlament freigegeben und unterstützt hat.

Sie sehen also und darum nehme ich dieses Thema, wenn wir in der Folge die Kooperation mit unseren Partnern rundherum intensivieren und pflegen, dann erreichen wir auch auf der EU-Ebene das Entsprechende. Und das wird in der nächsten Zeit auch notwendig sein. Ich denke nur an die Vorbereitung der Förderkulisse für die Zeit 2007 bis 2013. Hier muss es und unser Landeshauptmann hat es auf den Punkt gebracht, hier muss es für Oberösterreich ein Reglement geben, das auf der einen Seite die Entwicklung Oberösterreichs im Konzert der großen Regionen sichert und auf der zweiten Seite die Entwicklung des Mühlviertels, im Besonderen mit den Partnern in Niederbayern und Südböhmen entsprechend weiter zulässt.

Und wir werden versuchen und ich lade Sie jetzt schon dazu ein, hier wiederum differenzierte Antworten zu geben, dass diese Möglichkeit auch gewährleistet ist. Und daher abschließend war es gut und ist es gut, dass wir heute mit einer aktuellen Stunde unseren Freunden in Südböhmen signalisiert haben, dass wir trotz der Sorgen, die es bei uns gibt, trotz der Ängste dort und da, vor allem die Hoffnung gibt auf eine gemeinsames Europa und vor allem die Chance gibt, dass wir, meine Damen und Herren, zu einem erfolgreichen gemeinsamen Europa beitragen können.

Und wenn man dann in Baden-Württemberg liest, in einer Zeitung, die sich Auslandskurier nennt: Wäre Österreich ein Hotel, wären 25 Prozent Körperschaftssteuer der Zimmerpreis und das in bester Lage. Das liest man in Baden-Württemberg über unsere Region. Das macht uns natürlich stolz und zeigt einmal mehr auch, dass die Steuerreform nicht nur richtig war, sondern auch zum richtigen Zeitpunkt gekommen ist. Danke. (Beifall)

Zweite Präsidentin: Danke es liegt mir keine weitere Wortmeldung vor. Ich schließe somit diese aktuelle Stunde. Ich darf Sie darauf hinweisen, dass uns auch noch drei Initiativanträge vorliegen, die in einem inhaltlichen Zusammenhang stehen mit dieser aktuellen Stunde. Es sind dies die Beilagennummern 136/2004, 137/2004 und 138/2004. Bei der Beilage 136/2004 handelt es sich um den Initiativantrag betreffend ein Grenzlandförderungsprogramm für das Mühlviertel, bei der Beilage 137/2004 handelt es sich um den Initiativantrag betreffend die Einsetzung eines EU-Erweiterungsforums und die Beilage 138/2004 beinhaltet einen Initiativantrag betreffend Maßnahmen zur Erstellung eines Gesamtkonzepts für das Mühlviertel für die EU-Erweiterung.

Unsere Landtagsgeschäftsordnung sieht vor, dass über diese Themen unmittelbar nach der aktuellen Stunde Beschluss zu fassen ist. Und ich eröffne zunächst über den Antrag

136/2004, dass diesem die Dringlichkeit zuerkannt wird die Wechselrede. Herr Klubobmann Dr. Frais ist zu Wort gemeldet.

Abg. Dr. Frais: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich nehme die Beilage 136/2004 und hoffe und erwarte, dass meine Wortmeldung auch für 137/2004 und 138/2004 Gültigkeit hat. Ich habe mich deshalb heute gemeldet zu dieser Dringlichkeit nochmals, weil ich es als einen geradezu missglückten Start für die ÖVP und für die Grünen sehe, wenn wir uns bemühen, etwas Gemeinsames am Tag der Erweiterung in gewissen Absichten und in Prozessen anzugehen.

Ich bin deshalb überrascht, dass man nur dort mitgeht, wo es sehr allgemein gehaltene Erklärungen gibt, wo wir sagen, wir wollen auch das noch gemeinsam mittragen: Es steht bei dem Grenzlandförderungsprogramm nichts Konkretes drinnen, es steht im Wesentlichen bei dem Erweiterungsforum nichts Konkretes drinnen. Und wir tragen es dennoch mit, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Aber eines, für den Landesrat Sigl, doch sehr klar gesagt: Es gibt nichts Unprofessionelleres, lieber Viktor, als ein Projekt anzugehen, bei dem man nicht klare Zielsetzungen, klare Zielvorgaben und deren Überprüfung miteinbezieht. Und nichts anderes, meine sehr verehrten Damen und Herren, beinhaltet dieser Antrag, der von uns eingebracht worden ist als Beilage 138/2004. Wir wollen einen gemeinsamen Weg gehen. Einen Weg, der wirtschaftlich gesichert ist, aber ein soziales Europa sein soll und nicht ein Europa der Neoliberalen.

Wir wollen, dass wir diesen österreichischen Weg letztendlich auch gemeinsam vertreten. Aber eines ist für uns schon ein Bestandteil, dass wir nach jedem Jahr genau überprüfen, ob unsere Maßnahmen, ob unsere Rezepte auch die richtigen waren, ob sie auch in die richtige Richtung gegangen sind: Ob wir nicht zu einem Sozialabbau, sondern zumindest zu einer Sozialsicherung beigetragen haben. Dass wir nicht zu einer wirtschaftlichen Verschlechterung für Klein- und Gewerbebetriebe beigetragen haben, sondern dass wir zumindest eine klare Sicherung bis zum Ausbau der Bedingungen erreicht haben. Dass wir in der Landwirtschaft genauso keine Verschlechterung, sondern jedenfalls ein sinnvolles Miteinander mit unseren Nachbarn in Tschechien erreicht haben.

Es wäre ein Fehler, wenn sich heute jemand, meine sehr verehrten Damen und Herren, in diesen an sich von allen ernst zu nehmenden Fragen und auch mit ernst gemeinter Diskussion nicht dazu bekennt, dass er sich einer Überprüfung statt formaler Floskeln unterwirft. Wir sollten erklären: Wir haben klare Rezepte, klare Maßnahmen und wir werden uns das anschauen. Ich lade Sie deshalb noch einmal ein, gerade nach all dem was heute gesagt worden ist, einen gemeinsamen Weg Oberösterreichs mit unseren Nachbarn zu gehen und nicht damit zu starten, dass im Wesentlichen eine große Fraktion, die einen positiven Beitrag zu einem wirklich professionellen Vorgehen gesetzt hat, letztendlich niedergestimmt wird. Mit diesem Ersuchen lade ich Sie noch einmal dazu ein, auch dem dritten Dringlichkeitsantrag, der Beilage 138/2004, zuzustimmen. (Beifall)

Zweite Präsidentin: Danke. Nächste Rednerin zur Dringlichkeit ist Frau Kollegin Schwarz.

Abg. Schwarz: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Der Dringlichkeit der beiden Anträge ist nichts hinzuzufügen. Nach diesen Gesprächen, die wir gerade gehört haben, ist es gerade jetzt wichtig, die Weiterführung eines Grenzlandprogramms zu beschließen. Wir haben ja gehört und ich weiß es auch aus eigener

Erfahrung, es hat ja schon Bestrebungen und sehr gute Programme und Förderungen gegeben. Aber es ist jetzt dringlich, vor dem 1. Mai gemeinsame Überlegungen zu starten, unter den neuen Voraussetzungen, da die Leute, die Personen, die Menschen und auch die Experten auf beiden Seiten einzubinden.

Und ich möchte Experten einbinden, nicht nur für Wirtschaft und Arbeitsmarkt, sondern auch für Kultur, für Naturschutz und für soziale Fragen. Warum das Erweiterungsforum auch dringlich ist, liegt daher auf der Hand. Wenn wir die Befürchtungen der Bevölkerung ernst nehmen, dann müssen wir sie jetzt einbinden und aktiv mitbestimmen lassen, aktiv mitarbeiten lassen. Daher werden wir der Dringlichkeit der drei Anträge zustimmen. (Beifall)

Zweite Präsidentin: Danke. Ich sehe keine weitere Wortmeldung zur Dringlichkeit. Ich schließe somit die Wechselrede und lasse abstimmen und ich bitte jene Kolleginnen und Kollegen, die der Dringlichkeit der Beilage 136/2004 zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Alle Abgeordneten heben die Hand.) Ich stelle fest, dieser Antrag ist einstimmig angenommen.

Wir behandeln die Dringlichkeit der Beilage 137/2004 und ich eröffne darüber die Wechselrede. Es ist niemand zu Wort gemeldet, ich schließe diese Wechselrede und komme zur Abstimmung. Ich bitte jene Kolleginnen und Kollegen, die dem Antrag zustimmen, dass der Beilage 137/2004 die Dringlichkeit zuerkannt wird, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Alle Abgeordneten heben die Hand.) Ich stelle fest, dass dieser Antrag ebenfalls einstimmig angenommen wurde.

Ich eröffne über den Antrag, dass der Beilage 138/2004 die Dringlichkeit zuerkannt wird, die Wechselrede, zu der niemand zu Wort gemeldet ist und ich schließe sie wieder und bitte jene Kolleginnen und Kollegen, die dem Antrag zustimmen, dass der Beilage 138/2004 die Dringlichkeit zuerkannt wird, ein Zeichen mit der Hand zu geben (Alle Abgeordneten heben die Hand.) und stelle ebenfalls fest, dass dies einstimmig angenommen worden ist.

Auf Grund der soeben gefassten Geschäftsbeschlüsse kommen wir jetzt zur Behandlung dieser drei Anlagen. Auf Grund des inhaltlichen Zusammenhangs werden wir über die drei Beilagen eine gemeinsame Wechselrede durchführen. Ich bitte zunächst um die Berichterstattung über die Beilage 136/2004 Frau Kollegin Gabriele Lackner-Strauss. Gut, Kollege Schürrer, Beilage 136/2004.

Abg. **Schürrer:** Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Initiativantrag der unterzeichneten Abgeordneten betreffend ein Grenzlandförderungsprogramm für das Mühlviertel.

Der Oö. Landtag möge beschließen: Die Oö. Landesregierung wird ersucht, für Oberösterreich insbesondere die Region Mühlviertel ein nachhaltiges Grenzlandförderungsprogramm zu entwickeln, das die Zukunftschancen des Mühlviertels im gemeinsamen Europa weiter verbessert und die Menschen bei den durch die EU-Erweiterung bedingten Veränderungsprozessen bestmöglich unterstützt. Und ich bitte um Zustimmung.

Zweite Präsidentin: Danke. Und ich bitte ebenfalls Herrn Kollegen Schürrer um die Berichterstattung über die Beilage 137/2004.

Abg. **Schürer**: Initiativantrag der unterzeichneten Abgeordneten betreffend die Einsetzung eines EU-Erweiterungsforums.

Der Oö. Landtag möge beschließen: Die Landesregierung wird ersucht, im Sinne einer optimalen Information und Einbindung der Bevölkerung und zur Begleitung von Anliegen und Projekten ein EU-Erweiterungsforum als Impulsgeber und Koordinationsgremium zu installieren, dem neben Vertreterinnen und Vertretern der Landesregierung und den im Landtag vertretenen Parteien auch Expertinnen und Experten aus den Bereichen Wirtschaft, Arbeitsmarkt, Regionalentwicklung, Soziales, Wissenschaft, Kultur und Umwelt angehören sollen. Und ich bitte auch hier um Zustimmung.

Zweite Präsidentin: Danke sehr. Ich bitte Herrn Klubobmann Dr. Fraiss um die Berichterstattung zur Beilage 138/2004.

Abg. **Dr. Fraiss**: Initiativantrag der sozialdemokratischen Abgeordneten betreffend Maßnahmen zur Erstellung eines Gesamtkonzepts für das Mühlviertel für die EU-Erweiterung. (Liest auszugsweise Motivenbericht der Beilage 138/2004.)

Der Oö. Landtag möge beschließen: Die Oö. Landesregierung wird aufgefordert, im Hinblick auf eine erfolgreiche Bewältigung der bevorstehenden EU-Erweiterung 1. ein Gesamtkonzept zu erstellen, welches alle gesellschaftlichen, sozialen, beschäftigungspolitischen und wirtschaftlichen Bereiche erfasst, 2. für die Grenzregion Mühlviertel konkrete Zielsetzungen und Vorgaben festzulegen, wie Reduktion der Einkommensunterschiede, Erhöhung der Frauenerwerbsquote oder Senkung der Pendlerquoten, 3. einen jährlichen Fortschrittsbericht dem Oö. Landtag vorzulegen.

Zweite Präsidentin: Danke für die Berichterstattung und ich eröffne hiermit die gemeinsame Wechselrede über diese drei Beilagen. Frau Kollegin Schwarz ist zu Wort gemeldet.

Abg. **Schwarz**: Ja, beginnen möchte ich mit dem Antrag 136, Grenzlandförderungsprogramm. Ich glaube, es ist ganz wichtig, dass wir ein Grenzlandförderungsprogramm weiter vorantreiben, dass aber nicht auf Grund von Panik oder von Angst vor irgendwelchen Gefahren, die drohen, sondern wirklich die eventuellen Gefahren ins Auge fassen und hier ganz genau zu schauen, wie kann ich ein Grenzlandförderprogramm unter allen Aspekten, ein Förderprogramm auch unter kulturellen und ökologischen Aspekten, die mir leider Gottes bei dem Antrag 138 abgehen als Naturschutzlandesrat, wurde vergessen, dass auch die ökologischen und Naturschutzgegebenheiten hinein gehören in ein Grenzlandprogramm, dass das auch ein sehr wichtiger Teil ist.

Warum ein Grenzlandförderprogramm? Ich glaube, gerade jetzt brauchen wir eine weitere Begleitung der Mühlviertlerinnen und Mühlviertler wirklich im Einvernehmen, wie ich vorher schon angeführt habe, mit dem Naturschutz, mit der Nationalparkverwaltung und hier wichtige Impulse im Sozialen, im Kulturellen. Gerade von der Kultur lebt auch der Fremdenverkehr, der Tourismus, und aus wirtschaftlichen und ökologischen Gesichtspunkten eine Chance zu geben, also dieses Grenzlandförderprogramm ist uns ganz wichtig, mit Experten oder aus den Gesichtspunkten all dieser betroffenen Bereiche sich anzuschauen. Auch ein EU-Erweiterungsforum, was ja ganz wichtig ist. Das die Grenzlandgemeinden sowohl im Mühlviertel als auch in Südböhmen begleitet werden, gemeinsam hier Wege zu gehen, mitzudenken und die Fragen der Vergangenheit, der Gegenwart und der Zukunft gemeinsam zu lösen. Und dieses Erweiterungsforum, und wenn

Sie sich den Antrag genau durchlesen, ist ein wichtiger Aspekt, die Bevölkerung wird eingebunden, die Experten in allen Bereichen, auch die Experten und Expertinnen der NGOs, der Kultur- und Naturschutzbereiche neben Wirtschaft und Arbeitsmarkt. Und ich glaube, diese Symbiose ist ganz, ganz wichtig. Und dieses Erweiterungsforum muss in allen wichtigen Entscheidungen, die die EU-Erweiterung, die Oberösterreich und Südböhmen betreffen, angehört werden. Das ist ein ganz wichtiger Aspekt, sonst gibt es wieder eine Gruppe, die brav arbeitet und die Bevölkerung einbindet, aber die Erfahrungen, die Arbeiten, die die gemacht haben, müssen auch angehört werden und sollen so einen wichtigen Beitrag leisten.

Beim Antrag der SPÖ finde ich es sehr toll, dass genaue Ziele definiert worden sind. Wenn ich im Programm nachher, und ich bin auch früher in der Privatwirtschaft gewesen und auch als Projektbetreiberin immer aktiv und tätig, ein Programm, ein Projekt ohne Ziele zu definieren und ohne der dazugehörigen Methoden, wie komme ich dort hin, denke ich ist schier unmöglich. Wie soll ich ein Programm definieren, wenn ich keine Ziele festlege? Also es ist unbenommen im Antrag 136, der so offen gestaltet ist, hier genau Punkte, Ziele zu formulieren, die mir auch wichtig sind, diese Gefahren, die eventuell auf uns zukommen, dass weiter die Schere zwischen Frauen- und Männerlöhnen auseinandergeht. Ich glaube, diesen wichtigen Aspekt mitzubedenken und immer wieder zu evaluieren, und hier braucht es keine Förderberichte, jedes Programm, das gut gestaltet wird, hat automatisch eine Evaluierung dabei. Und ich glaube, das Land Oberösterreich hat schon lange keine Aktivitäten mehr gesetzt, wo nicht automatisch Evaluierung dabei ist, weil das ein wichtiges Instrument ist, auch um weiter zu entwickeln. Also ich denke, im Antrag 138 fehlen mir einfach wesentliche Bereiche, wie vorher schon erwähnt, Kultur und ökologische Aspekte und die genannten Ziele kann ich nur unterstreichen und unterstützen und die können auch wirklich in dem allgemeinen Grenzlandförderprogramm sehr intensiv eingefordert werden und dafür stehe ich auch gerne zur Verfügung. Danke. (Beifall)

Zweite Präsidentin: Danke. Nächste Rednerin ist Frau Mag. Jahn.

Abg. Mag. Jahn: Sehr geehrte Frau Kollegin! Was ich jetzt nicht verstehe ist, dass du sagst, bei dem Antrag zum Grenzlandförderungsprogramm, da wären die Bereiche, die du angesprochen hast, nämlich Soziales, Bildung, Kultur, Umwelt etc. drinnen und in unserem Antrag wären sie nicht drinnen. Also wenn du die Anträge genau liest, ist genau das Gegenteil der Fall. In unserem Antrag steht drinnen ein Gesamtkonzept, das alle gesellschaftlichen Bereiche umfasst. Ich weiß nicht, was gesellschaftliche Bereiche noch anderes sind als die, die du aufgezählt hast. Also es ist schon ein glattes Ausreden, was hier passiert. Und wenn es offensichtlich also von ÖVP und Grünen keine Zustimmung zu diesem Antrag gibt, dann frage ich mich, warum sich diese beiden Fraktionen davor fürchten, konkret überprüfbare Ziele zu setzen (Beifall. Zwischenruf Abg. Mag. Strugl: "Das ist Ihre freie Interpretation, sonst gar nichts!") und konkrete Fortschrittsberichte in jedem Jahr zu legen? So ist das in der EU üblich und in jedem Projekt, wie du geschildert hast. Jeder Privatbetrieb setzt sich konkrete, überprüfbare Ziele, das ist sozusagen Stand der Technik. Und dieser Antrag wird heute abgelehnt. Also ich frage mich, wovor ÖVP und Grüne sich fürchten.

Ich möchte es noch einmal kurz wiederholen. Ich möchte nicht, dass wir in die Unverbindlichkeit abtreten, und eine Menge von Projekten wird ja alles gemacht, na wenn es nicht überprüfbar ist, welche Wirkungen es hat, dann ist es nur die halbe Seite. Insofern möchte ich Sie noch einmal auffordern und ersuchen, diesem Antrag zuzustimmen, konkrete Ziele zu formulieren. Das heißt, Abbau der Pendlerquote, Halbierung des Abstandes der

Fraueneinkommen, Anhebung der Frauenerwerbsquoten auf durchschnittliches oberösterreichisches Niveau. (Beifall)

Zweite Präsidentin: Danke. Ich frage, gibt es eine weitere Wortmeldung dazu? Herr Dr. Frais.

Abg. Dr. Frais: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bedauere ihr Verhalten zutiefst, in einem so ernsten Zeitpunkt mit so vielen Problemen der Menschen, wo eine europäische Entwicklung sich zu entwickeln beginnt in eine Richtung, wo wir wissen, wie viele Probleme dahinterstehen, wo wir viele historische Barrieren erst überwinden müssen. Und dass man hier aus einem so biederem Geist heraus etwas mit einer so lapidaren Begründung, dass das, was demonstrativ aufgezählt ist und unter "alle gesellschaftlichen Bereiche" zusammengefasst ist, hier als Vorwand nimmt für die eigenen, ohnedies nichts ausdrückenden Anträge, und als Vorwand nimmt um zu sagen, da steht ein Wort nicht drinnen, drum sind wir dagegen.

Ist Ihnen eigentlich bewusst, welches Signal Sie heute setzen im Hinblick auf eine EU-Erweiterung? Wir, meine sehr verehrten Damen und Herren von ÖVP und Grünen, haben auch Probleme bei manchen Ihrer Anträge gehabt, aber wir stehen zu dieser EU-Erweiterung und wollen gemeinsam an einer guten Zukunft für ein soziales Europa, für diese Menschen in Europa mitwirken. Sie können sagen, überprüfen wollen wir es nicht, schöne Worte werden reichen. Aber ob es den Menschen reicht, wenn nie überprüft wird, ob für sie etwas im Positiven geschehen ist, das werden die Menschen bei der nächsten Wahl zu beantworten haben. Es tut mir sehr, sehr leid, dass dieser heutige erste April mit einer so einseitigen und so wenig an Gemeinsamkeit orientierten Disposition in die Schlussphase geht. Es hätte mich gefreut, wenn hier ein Schulterschluss in Oberösterreich für eine gemeinsame Politik Oberösterreichs für die Menschen in Richtung unserer Nachbarn in Tschechien gelungen wäre. Ich bedaure es, es ist ein Fehlstart, es ist ein Zeremoniell gewesen in Worten, aber was es nicht gewesen ist, ein nachbarschaftlicher Zugang in Taten. Danke. (Beifall)

Zweite Präsidentin: Herr Klubobmann Mag. Strugl bitte.

Abg. Mag. Strugl: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, lieber Herr Klubobmann Frais! Ich verstehe die Aufregung nicht ganz, muss ich ganz ehrlich sagen, die Frau Abgeordnete Schwarz hat dargelegt, warum ihrer Meinung nach inhaltlich hier keine Übereinstimmung besteht zwischen den Anträgen. Wir sehen das genauso. Ich glaube, dass das ganz normal ist in einer Demokratie, ich sehe darin überhaupt keinen Fehlstart Oberösterreichs oder Österreichs in die Europäische Union, ganz im Gegenteil, die Erweiterung wird ja nicht erst seit der heutigen Landtagssitzung vorbereitet und diskutiert, sondern schon seit längerer Zeit und daher kann ich nicht nachvollziehen, dass man nur, weil man nicht einverstanden ist mit einem Antrag der SPÖ jetzt auf einmal das ganze Projekt in Frage stellt, das erscheint mir doch dann etwas weit hergeholt.

Ich bitte auch zur Kenntnis zu nehmen, dass wir halt in dieser Frage, so wie Ihr Antrag formuliert ist, auch unterschiedliche Meinungen haben, das ist glaube ich nicht grundsätzlich etwas Schlechtes, sondern relativ normal in einer Demokratie. (Zwischenruf links: "Undemokratisch!") Warum ist das undemokratisch? Das muss mir bitte jemand erklären. (Zwischenruf Abg. Schenner: "Kompromiss heißt hundert Prozent unsere Forderungen, keinen Millimeter weg!") Nein, Abgeordneter Schenner, da wirst du wahrscheinlich die Vorgeschichte zu wenig kennen. Aber ich bitte, das auch so zur Kenntnis zu nehmen, hat

nichts mit der Sache zu tun, sondern unterschiedliche Standpunkte gibt es in einzelnen Fragen. Und wenn da reklamiert wird, dass Teile fehlen, dann ist das halt wie es ist und daher gibt es da auch kein gemeinsames Vorgehen. (Beifall)

Zweite Präsidentin: Es liegt mir keine weitere Wortmeldung vor. Ich schließe somit die Wechselrede und ich lasse abstimmen. Wir beginnen mit der Beilage 136/2004 und ich bitte jene Kolleginnen und Kollegen, die dieser Beilage zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Alle Abgeordneten heben die Hand.) Ich stelle fest, dieser Antrag ist einstimmig angenommen worden.

Ich lasse über die Beilage 137/2004 abstimmen und bitte jene Kolleginnen und Kollegen, die dem Antrag zur Beilage 137/2004 zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Alle Abgeordneten heben die Hand.) Ich stelle fest, dass dieser Antrag ebenfalls einstimmig angenommen wurde.

Ich lasse über die Beilage 138/2004 abstimmen und bitte jene Kolleginnen und Kollegen, die dem Antrag zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Die Abgeordneten der sozialdemokratischen Fraktion und die Abgeordneten der freiheitlichen Fraktion heben die Hand.) Ich stelle fest, dieser Antrag ist mit Stimmenmehrheit abgelehnt worden.

Wir kommen nun zu den Verhandlungsgegenständen und behandeln die Beilage 126/2004, es ist dies der Bericht des Sozialausschusses betreffend die Vereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern gemäß Art. 15a B-VG über gemeinsame Maßnahmen zur vorübergehenden Grundversorgung für hilfs- und schutzbedürftige Fremde (Asylwerber, Asylberechtigte, Vertriebene und andere aus rechtlichen oder faktischen Gründen nicht abschiebbare Menschen) in Österreich (Grundversorgungsvereinbarung - Art. 15a B-VG). Ich bitte Frau Kollegin Erste Präsidentin Orthner, darüber zu berichten.

Abg. Präsidentin **Orthner:** Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Bericht des Sozialausschusses betreffend die Vereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern gemäß Art. 15a B-VG über gemeinsame Maßnahmen zur vorübergehenden Grundversorgung für hilfs- und schutzbedürftige Fremde (Asylwerber, Asylberechtigte, Vertriebene und andere aus rechtlichen oder faktischen Gründen nicht abschiebbare Menschen) in Österreich (Grundversorgungsvereinbarung - Art. 15a B-VG). (Liest auszugsweise Motivenbericht der Beilage 126/2004.)

Der Sozialausschuss beantragt, der Oberösterreichische Landtag möge die Grundversorgungsvereinbarung gemäß Art. 56 Abs. 4 L-VG genehmigen.

Zweite Präsidentin: Danke. Ich eröffne darüber die Wechselrede und darf Frau Kollegin Orthner das Wort erteilen.

Abg. Präsidentin **Orthner:** Danke vielmals. Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Erstmals wird es also gemeinsame und bundeseinheitliche Standards für die Versorgung von hilfs- und schutzbedürftigen Fremden geben. Ich begrüße diese Vereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern, eine so genannte Artikel 15a-Vereinbarung. Ich begrüße sie auch aus dem Grund, weil sie die Sorge um diesen Menschen zu einem Anliegen macht, einem gemeinsamen Anliegen des Bundes und einem gemeinsamen Anliegen der Länder, weil darüber hinaus auch die Kostenaufteilung reell niedergeschrieben worden ist, 60 Prozent Bund, 40 Prozent die Länder, und weil eine vom Bund eingesetzte Koordinationsstelle die Zuteilung der Asylbewerberinnen und

Asylbewerber auf die Länder regelt. Weil es eine gemeinsame administrative Abwicklung gibt, weil die Transportsituation gesichert ist.

Was bedeutet diese Vereinbarung für Oberösterreich? Es bedeutet, dass ab dem 1. Mai des heurigen Jahres insgesamt für 1.800 Asylbewerberinnen und Asylbewerber Verantwortung in diesem Bereich übernommen wird. Und es heißt auch, dass wir zu den in etwa 1.400 in unserem Land lebenden Menschen weitere 400 Plätze zur Verfügung stellen müssen. Und da gibt es, und das hören wir auch aus den Medienbereichen und auch aus persönlichen Stellungnahmen durchaus natürlich auch bestimmte Probleme und Ängste der Menschen. Ängste der Menschen, die man auch nicht gering schätzen darf, wir haben das heute in der ganzen Debatte über die EU-Erweiterung gehört. Dass man die Menschen dort abholen muss, wo sie sind, und so quasi sie nicht von dem Stand aus, dem Informations- und Wissenstand, den wir vielleicht in der Politik als Vorsprung haben, ausgehen dürfen. Das Lager Thalheim in St. Georgen wird zu einem Durchgangslager umgewandelt, und das heißt auf der einen Seite, dass die dort untergebrachten Menschen in andere Lager kommen müssen und kommen sollen, und auf der anderen Seite sich natürlich für St. Georgen auch eine neue Situation ergibt. Der Herr Landeshauptmann Pühringer und der Herr Landesrat Ackerl haben ja am 17. März dieses Jahres mit Vertreterinnen und Vertretern aller Parteien sowie mit den Betreuungsorganisationen eine Besprechung über die jetzt etwas anders zu erfolgende Unterbringung von Asylbewerberinnen und Asylbewerbern in Oberösterreich abgehalten. Und haben in diesem Gespräch vereinbart, und einmal grundsätzlich festgestellt, und ich bekenne mich auch sehr ausdrücklich dazu, und möchte das auch deutlich sagen, dass es auch eine gemeinschaftliche humanitäre Verpflichtung gibt. Eine gemeinschaftliche humanitäre Verpflichtung des Landes, ausreichend Quartiere zur Verfügung zu stellen, und auch eine humanitäre Verpflichtung der Menschen selber. Positiv und mit dem nötigen Respekt auch vor der Situation dieser Menschen diese Probleme anzugehen. Wir haben in dieser Frage immer einen gemeinsamen Weg gehabt, ich hoffe doch sehr, dass er auch in Zukunft so weitergehen wird. Und der gemeinsame Beschluss im Ausschuss lässt ja auch tatsächlich diese Annahme als sehr konkret erscheinen, dass die Gemeinden, das Land und die Betreuungsorganisationen gemeinsam diese Verpflichtung auch übernehmen.

Es geht darum, die Suche nach freien Quartieren aufzunehmen, die auch sehr offen und mit der Bevölkerung anläuft. Und die auch sehr offen geführt werden soll. Und ich denke mir, dass es auch der richtige Weg ist, darauf zu schauen, dass man kleinere und mittlere Quartiere findet, dass man also nicht große Einheiten hat, wo es wieder oft Schwierigkeiten mit der Befindlichkeit der quasi einheimischen Bevölkerung gibt, und es auch ganz sicherlich leichter für die Asylwerberinnen und Asylwerber ist, sich zurecht zu finden in einem fremden Land, in einer höchstwahrscheinlich anderen Sprache, unter Umständen sogar in einem anderen Kulturkreis besser Fuß zu fassen, wenn die Einheiten überschaubar sind. Es gibt einige, glaube ich, sehr positive und konkrete Angebote oder zumindest auf alle Fälle sehr konkrete Hinweise darauf, dass es uns in Oberösterreich tatsächlich gelingt, dass Gemeinden und auch einzelne Organisationen, die Volkshilfe, SOS-Menschenrechte und eben einzelne Gemeinden uns Quartiere hier zur Verfügung stellen. Im Grundsatz soll sein, dass nicht mehr als zehn Prozent, maximal fünfzehn Prozent der Bevölkerung fremde Menschen sind. Wenn ich sie so bezeichnen darf, und ich glaube auch, dass das ein Vorteil ist auch für die, die gekommen sind. Weil sie es leichter haben werden, sich zu integrieren. Die Zuteilung auf die Quartiere erfolgt ja durch die Sozialabteilung des Landes, und ich bin sicher, dass, weil ja die Erfahrungen auch groß genug sind, man auch darauf schauen wird, dass kulturelle, religiöse Besonderheiten der Menschen auch berücksichtigt werden, und wir hier alles tun können, damit diese Situation von uns gut bewältigt werden kann. Und es ist ja

auch bei dieser Besprechung, die ich vorhin erwähnt habe, zugesagt worden, dass die Sozialabteilung ein Konzept insgesamt zur Erhöhung der Akzeptanz und auch zur Bewusstseinsstärkung der Menschen vorlegen wird, dass hier viele zusammenarbeiten müssen, von den Schulen angefangen, über Betreuungseinrichtungen, die Kirchen, die Parteien, das ist ganz klar. Aber ich glaube, es wird sehr, sehr viel darauf ankommen, wie wir selber auch dazu stehen, und wie sehr wir auch den Menschen helfen und sie unterstützen, diese Situation in ihren Gemeinden zu bewältigen. Ich glaube, das ist ein ganz wesentlicher Bestandteil, dass wir die Situationen gut bewältigen werden, und ich zweifle nicht daran, dass wir sie gut bewältigen werden. (Beifall)

Zweite Präsidentin: Danke. Nächster, Herr Klubobmann Steinkellner bitte.

Abg. Mag. Steinkellner: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Ja, ich danke allen Abgeordneten, die hier diesem Gesetz und diesem Vertrag die Zustimmung erteilen. Wäre natürlich schöner, wenn das lupenrein politisch in Oberösterreich getragen worden wäre, und nicht die Landesregierung genau das Gesetz mit einer Verfassungsbeschwerde zuerst bekämpft, ordentlich in der Öffentlichkeit zerzaust, und dann im Asylgipfel letztlich draufkommt, dass es eine wesentliche Verbesserung für alle Beteiligten ergibt. Dieses Gesetz bringt natürlich auch eine wesentliche Verbesserung für jene, die echte Flüchtlinge sind, bringt aber auch eine Verschärfung für alle jene, die vermeinen, dass wir hier rein Aufenthalt geben können, ohne dass es eine Rechtsgrundlage gibt. Im Jahr 2002 hat Österreich eine Zahl von 39.000 Asylanträgen zu verzeichnen gehabt. Da sind wir Weltrekordinhaber pro Kopf gerechnet, die USA hat es im gleichen Zeitraum auf 65.000 gebracht. Durch dieses Gesetz und durch die Vereinbarung wird klar geregelt, wie das Verfahren aussieht, welche Asylgründe wann ins Treffen geführt werden können, welche Drittstaatregelungen klar getroffen werden, sodass auch der Reisetourismus unserer Exekutive durch ganz Österreich mit Scheinflüchtlings, die von Osten zu Österreich kommen, abgestellt wird.

Ich freue mich, dass dieser Konsens gefunden wurde, und stehe auch zum Bekenntnis des Innenministers Strasser, wie die Frau Präsidentin Orthner gerade ausgeführt hat, dass in keiner Gemeinde mehr als zehn Prozent Asylwerber aufgenommen werden sollen, und ich stehe auch zu dem Bekenntnis, dass die Bürgermeister in die Entscheidung eingebunden bleiben. Denn eine Integration, die erst in der zweiten Phase dann stattfinden sollte, ist nur dann wirklich durchführbar, wenn die Bevölkerung sie auch mitträgt. Und wenn man glaubt, dass man über die Bürgermeister und über die Gemeinden drüber fahren kann, wird man keine Integration für die Menschen erreichen. Deshalb bleibe ich dabei, Strassers Vorschlag in der Vereinbarung mit dem Gemeindebund in Wien ist ein guter, ist ein korrekter, die Bürgermeister sollen mitentscheiden, sie sollen ja nicht aus der Verantwortung entbunden werden, denn sie haben auch die Verantwortung für ihre Gemeindebürgerinnen und -bürger. Deshalb miteinander, mit den Gemeinden, und ich hoffe, dass die Landesregierung auch im Hinblick auf die einstimmige Beschlussfassung des Landtags ihre Verfassungsbeschwerde gegen das Gesetz zurückzieht. (Beifall)

Zweite Präsidentin: Danke. Als nächstes zu Wort gemeldet ist Herr Landesrat Ackerl.

Landesrat **Ackerl:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren, Herr Kollege Steinkellner! Einer kann nicht alles wissen, das ist wirklich einzusehen. Ich weiß nicht zu welchem Gesetz Sie gerade gesprochen haben, da geht es ja um eine 15 a-Vereinbarung zur Unterbringung von Asylwerbern in den Bundesländern, da geht es nicht um das Asylgesetz, das Sie meinen, und das die Landesregierung bekämpft. Aber ich würde

so sagen, das macht überhaupt nichts, dass Sie das nicht wissen, denn Sie haben zum Beispiel sich auch nicht ausgerechnet, was der Herr Minister Strasser mit dem Gemeindebund und mit der Caritas ausgemacht hat, was das bedeutet, was zehn Prozent wirklich sind. Angesichts der Ausländerhetze, die Ihre Partei zwanzig Jahre hindurch in Österreich betrieben hat, hätte ja (Zwischenruf Abg. Mag. Steinkellner: „Das ist ja unbeschreiblich, also wenn so ein Thema so abgehandelt wird von Ihnen als Landesrat, soll sich Ihre Partei einmal wirklich überlegen, ob Sie noch am richtigen Platz sind, da brauche ich nichts mehr sagen!“) ja, wir haben ja noch keine Chianti-Koalition wir zwei, daher werden Sie auch zur Kenntnis nehmen müssen, dass wir die Dinge so anreden, wie Sie sind. Und zwanzig Jahre Ausländerhetze haben dazu beigetragen, dass in vielen Gemeinden, auch in Oberösterreich es äußerst schwierig ist, Asylwerber unterzubringen, geschweige denn, wenn sie die falsche Hautfarbe haben. Bekanntlich ist das ja mit ein zusätzliches Problem, wenn man den Leuten ansieht, von wo sie kommen. (Zwischenruf Abg. Präsidentin Orthner: „Auch das ist unfair!“, Zwischenruf Abg. Mag. Steinkellner: „Ein unfähiger Landesrat, der die Lunzerstraße nicht in den Griff bekommen hat, ja?“) Ich kann Ihnen nur sagen, ich kann Ihnen nur sagen, Herr Kollege, Sie brauchen nicht unnötigerweise nervös werden, Sie können nur die Probe aufs Exempel machen, (Zwischenruf Abg. Mag. Steinkellner: „Ihre eigene Unfähigkeit!“) zu mir kommen die Bürgermeister und die Gemeindevertreter, und nicht zu Ihnen, Ihre Bürgermeister oder Exbürgermeister sammeln Unterschriften gegen die Unterbringung von Asylwerbern, wie bekanntlich der Bürgermeister Fischer von St. Georgen, nun ja, in Ruhe, Bürgermeister von St. Georgen, der ja seinem ÖVP-Nachfolger massive Schwierigkeiten macht, und auf eine Art und Weise hetzt, die nicht verträglich ist. Was dort geschehen ist, ist ein Riesenproblem. Mich hat mein eigener Fraktionsvorsitzender angerufen und hat mich eben gefragt, wie sich die SPÖ dort verhalten soll, denn sie haben massive Probleme aufgrund der Grundstimmung, die entstanden ist. Und ich habe ihn ersucht, den Bürgermeister zu unterstützen, wie ich überhaupt der Auffassung bin, dass wir hinsichtlich der Flüchtlingsbeherbergung die positiven Kräfte in diesem Lande stärken sollten, und denen, die Angst haben, die nötige Begleitung geben.

Und warum ich das erwähnt habe, Herr Kollege, ist, weil es Chuzpe ist, sich heraus zu stellen und von zehn Prozent zu reden, dass die gut sind, weil, wissen Sie eh, wie viel zehn Prozent zum Beispiel in Freistadt sind? 770! Wie viel in St. Georgen im Attergau? 350! In Linz? 18.300! Also, wenn man schon von Zahlen redet, dann sollte man von dem reden, was hinter den Zahlen steht. Wir haben zum Beispiel festgehalten in einem Gespräch, wo ich mich mit dem Herrn Landeshauptmann unterhalten habe, wie wir weiter vorgehen werden, dass wir ungefähr von einer Gesamtausländerquote in einer Gemeinde von fünfzehn Prozent ausgehen. Ob wir, zumutbar oder nicht zumutbar, reden, wobei es im Wesentlichen ja darum geht, wie viel Kraft haben wir, Integrationsmaßnahmen zu betreiben. Es ist weder selbstverständlich aus einem fremden Land zu uns her zu kommen, um bei uns zu leben, es ist vielfach der Wunsch derer, die zu uns kommen, die, die über Schlepperorganisationen kommen landen aber eher zufällig bei uns, wie ich meine.

Und es ist aber auch nicht leicht für die ortsansässige Bevölkerung, bei einer größeren Anzahl von Bewohnern, die aus fremden Ländern und Kulturen zuziehen, so ohne weiteres Integrationsmaßnahmen ohne jede Hilfe zu setzen. Das sollte eigentlich akzeptiert werden. Warum ich in dieser Sache scharf bin, ist, weil ich den Boden, der aufbereitet wurde, als verantwortlicher Landespolitiker immer wieder bearbeiten muss. Und man möge mir nicht böse sein, es ist unendlich schwierig geworden, unendlich schwierig geworden, diese Beherbergungssituationen in einer positiven Form herbeizuführen. Was wir jetzt tun werden, ist, am Wochenende wird es beginnen, wir werden eine Interessentensuche durchführen, damit wir von jenen Quartieren Kenntnis erlangen, die quer durch Oberösterreich in

sämtlichen 445 Gemeinden zur Verfügung gestellt werden können, sodass eine zielgerichtete Auswahl hinsichtlich der Größe und auch der Zahl der Menschen, die wir dorthin geben können, möglich ist. Wir müssen ja auch für eine vernünftige Situation der Gestalt sorgen, dass man die Familien nicht zerreißen kann und darf, dass die Voraussetzungen für den Schulbesuch, für den Kindergartenbesuch gegeben sein müssen, und wenn es schon Integrationsmaßnahmen gibt, dass die mit genutzt werden können.

Auf eine Situation, Frau Präsidentin, möchte ich aufmerksam machen. Es ist zwar so, dass es eine ständige Gesprächssituation zwischen dem Landeshauptmann als Verhandler für das Land im Rahmen der 15 a-Vereinbarung und meiner Person gegeben hat, bzw. ein Berichtswesen der Sozialabteilung, aber wo man weder auf den steirischen Sozialreferenten, noch auf mich gehört hat, war hinsichtlich der Festlegung der Finanzierungsbeteiligung. Ich mache nur darauf aufmerksam, dass diese Maßnahmen, die da gesetzt werden, dem Land Oberösterreich 4 Millionen Euro mehr kosten werden. 4 Millionen Euro sind nicht wenig. Das ist mehr als wir natürlich bisher für die Beherbergung von 400 Flüchtlingen gezahlt haben, wir haben bis jetzt rund 3 Millionen Euro ausgegeben, und wenn in Zukunft für 2.000 Flüchtlinge im Verhältnis von 60 zu 40 geteilt wird, kostet das natürlich um das mehr. Das sage ich deswegen, weil die Sozialabteilung für einen Nachtragshaushalt jedenfalls diese Größenordnung zusätzlich beantragen muss, weil doch niemand glauben wird, dass wir das aus dem Normalbudget noch zusätzlich aufbringen können. Grundsätzlich begrüßen wir natürlich diese Maßnahme, die dadurch, dass sie gesetzlich angeordnet ist, in ihrer Stimmigkeit für uns günstig ist. Ich hoffe, dass der Bund endlich begreift, dass Asylverfahren mit der nötigen Grundlage und auch mit der nötigen Geschwindigkeit abzuwickeln sind, das heißt also, dass der Bund die ausreichende Personalbesetzung der Asylsenate gewährleistet, dass also die nötigen Voraussetzungen für die Asylämter geschaffen werden. Was wir zu tun haben, ist eine anständige, eine gute humanitäre Vorgangsweise herbei zu führen, das werden wir zusammen bringen. Ich bin überzeugt davon, wir haben weit schwierigere Lebenssituationen in unserem Land vor zehn Jahren hinsichtlich Bosnien und Kosovo sehr gut bewältigt, und ich bin überzeugt davon, wir werden auch diese Frage ohne größere Aufregung und Probleme lösen können. Ich bin froh, dass ab 1. Mai das Innenministerium nicht mehr zuständig ist, dass wir uns das also im Land selbst regeln können. Das wird ungeachtet von Anlaufschwierigkeiten, die es auch geben wird, dazu beitragen, dass, dadurch dass die Verantwortlichkeiten klar aufgestellt sind, dass wir eine andere Gesprächssituation mit den Gemeinden herbei führen werden. Wir legen nicht nur Wert auf Zustimmung, sondern wir legen Wert darauf, dass es eine ordentliche Begleitung gibt, werden wir also mit Sicherheit auch die Zahl derer, die noch unterzubringen sind in Oberösterreich schaffen. In diesem Sinne danke ich auch für die Zustimmung im Landtag. (Beifall)

Zweite Präsidentin: Danke. Nächster Redner ist Herr Kollege Hirz.

Abg. **Hirz:** (Die Erste Präsidentin übernimmt den Vorsitz.) Sehr geehrte Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Grundsätzlich stehen wir also dieser Vereinbarung zwischen Bund und Ländern, was die Grundversorgung hilfsbedürftiger Fremder betrifft, positiv gegenüber. Wir begrüßen diese Vereinbarung als eine Verbesserung für Asylwerberinnen und Asylwerber. Ich bin also persönlich der festen Überzeugung, dass also Menschen, die in Österreich um Asyl ansuchen, auch ein Recht auf ein faires Verfahren haben und auf eine menschenwürdige Behandlung. Da komme ich jetzt gleich zu dem, und schließe mich meinem Vorredner an. Ein faires Verfahren, die Aufenthaltsgründe, wie dieses Verfahren abläuft, welche Rechte die Asylwerber haben, das ist das, was im Asylgesetz im Endeffekt geregelt worden ist. Das ist was anderes wie das, was wir heute hier beschließen.

Das ist eine Vereinbarung zwischen Bund und Land, wie wir die Betreuung für jene gestalten, die also Asyl bekommen haben. Und als einer, der heute hier steht, wo die Bundespartei, also die Grünen im Parlament gegen diese Vereinbarung gestimmt haben, werden wir für diese Vereinbarung stimmen, und es gibt zwei wesentliche Gründe dafür.

Der erste wesentliche Grund ist der, dass es diese Vereinbarung gibt. Das ist schon einmal ein unheimlicher Vorteil, denn dadurch entsteht ein Rechtsanspruch auf eine Grundversorgung für hilfsbedürftige Fremde. Die hat es bis dato in der Form nicht gegeben. Und der zweite große Vorteil dieser Vereinbarung ist, dass alle schutzbedürftigen Fremden in diese Vereinbarung mitaufgenommen worden sind, sowohl die mit als auch die ohne Aufenthaltsgenehmigung, auch unbegleitete minderjährige Jugendliche sind darin enthalten.

Und ich denke, es kann auch die Zustimmung von unserer Seite geben, weil ja das Land Oberösterreich über die 15a-Vereinbarung hinaus Betreuungsqualität anbieten kann und wie ich hoffe auch anbieten wird. Es gibt eine Kostenteilung 60 Bund 40 Land. Ich denke, dass bei einer Kostenteilung das natürlich auch bedeutet, dass das Land Oberösterreich entsprechende Möglichkeiten hat, bei der Auswahl der Betreuungseinrichtungen mitzureden. Ich denke, dass wir uns unterhalten müssen über die Ausschreibungskriterien, dass wir die genau definieren müssen. Und die können für mich nicht nur lauten: a) Flüchtling ist satt, b) Unterkunft ist sauber und warm. Das heißt, ich gehe davon aus, dass wir Betreuungskonzepte erarbeiten müssen, die erstens einmal Rücksicht auf den kulturellen Hintergrund nehmen der Menschen, die also zu uns kommen, die also wirklich eine entsprechende professionelle soziale und auch psychologische Betreuung gewährleisten.

Ich mache mir ein bisschen Sorgen über den Betreuungsschlüssel, der 170 zu 1 lautet. Also das scheint mit eine Herausforderung zu sein oder sagen wir so, ein nicht wirklich guter Schlüssel. Ich denke, dass wir in dieses Betreuungskonzept auch die Bevölkerung miteinbauen sollten, dass es Konfliktmanagement vor Ort geben muss, weil ich davon ausgehe, dass also ein ganz wesentlicher Faktor ist die Information, die Informationspolitik, vor allen Dingen was die Gemeinden und Bevölkerung betrifft. Und ich bin also fest davon überzeugt, dass beide eingebunden gehören und dass man also sie nicht vor vollendete Tatsachen stellen darf.

Ich denke auch, dass hier also die Informationspolitik des Innenministeriums sicherlich zu verbessern ist. Ich gehe auch davon aus und ich halte es wirklich für wichtig, dass wir die Sorgen und Ängste der Bevölkerung ernst nehmen. Und ich behaupte jetzt einmal, dass wir nur durch Information und Kommunikation derartige populistische und angstmachende Unterschriftenlisten, wie sie derzeit in St. Georgen, sie haben das schon erwähnt Herr Landesrat, kursieren, um das Erstaufnahmezentrum in St. Georgen, dass man nur in dem Bereich im Endeffekt etwas entgegenhalten kann und ich denke auch entgegenhalten muss, weil da eben sehr viel nicht gewusst wird, zum Beispiel man nicht weiß, dass die Flüchtlinge nicht mehr werden. Ja, also das ist die eine mehr, die in St. Georgen immer wieder dazu kommt, dass also die derzeitige Zahl gleich bleibt, dass die Flüchtlinge kürzere Zeit in Thalheim sein werden, weil sie sozusagen eine Erstaufnahme haben. Es werden die Daten erhoben, es wird der medizinische Check vorgenommen und dass sie dann auf die Unterkünfte im Bundesgebiet verteilt werden. Ich denke, dass das Land Oberösterreich alles tun muss, damit es diesen Menschen gut geht und diese Menschen entsprechend behandelt werden und dass hier auch die Ängste der Bevölkerung durch geeignete Maßnahmen entkräftet werden. Ich gehe jetzt einmal davon aus, dass diese Vereinbarung eine gute Basis dafür ist, und das ist auch der Grund, warum wir dieser Vereinbarung zustimmen. (Beifall)

Erste Präsidentin: Danke. Herr Klubobmann Mag. Steinkellner bitte.

Abg. Mag. Steinkellner: Ja, mich wundert es nicht, dass der Landesrat Ackerl jetzt den Saal verlässt, wenn er schon sachlich inkompetent und sein Ressort nicht im Griff hat, sollte er wenigstens bei der Wahrheit bleiben. Im Asylgipfel hat es der Herr Landesrat Ackerl gefordert, von 10 Prozent Höchstgrenze diese Grenze auf 15 Prozent aufzustocken. Man kann das gerne im Protokoll nachlesen. Er sagte wortwörtlich, mir ist es wurscht, ob Bürgermeister dafür oder dagegen sind, wenn Möglichkeit gegeben ist, dann wird sie genutzt. So stellt sich der Soziallandesrat die Umsetzung und die Integration und die Bewältigung von Problemen vor.

Herr Landesrat, ich habe mir die Lunzerstraße angeschaut und ich habe mir auch die Probleme, die in der Bewältigung der Flüchtlingsunterbringung in der Vergangenheit bestehen, angeschaut. Da sind Sie gescheitert, kläglich gescheitert. Dass Sie die Namen der Bürgermeister von den Problemgemeinden nicht kennen, wundert mich aufgrund Ihrer oberflächlichen Betrachtung Ihres Ressorts gar nicht, weil einen Bürgermeister Fischer gibt es in St. Georgen nicht.

Ich sage Ihnen nur eines: Nehmen Sie sich ein gutes Beispiel in Kärnten und überlegen Sie sich recht gut, was Sie sagen, Sie sind offensichtlich geistig so weit hinten und sind so vergesslich, dass Sie gar nicht mehr weiter folgen können und Ihre Ressortbewältigung. (Unverständliche Zwischenrufe) Ich möchte einzeln auf die Zwischenrufe eingehen. Nur wenn man so vorgeht und mit so niedrigen Instinkten von der Regierung herunterpolemisiert in diesem Haus, ohne dass man überhaupt das Problem in Griff kriegt, weil Sie wären dafür verantwortlich, ordentliche Unterkünfte bereitzustellen. Sie haben das Defizit, dass drei- bis vierhundert Plätze fehlen. Sie haben es nicht zustandegebracht, also schimpfen Sie nicht auf die Abgeordneten und schimpfen Sie nicht auf die Bürger, die sich Sorgen machen. Sie sollten vielmehr klären, dass also maximal 200 untergebracht werden können und keine Zahl mehr, dass wir nicht Entwicklungen haben wie Traiskirchen. Schauen Sie, dass Sie Ihr Ressort in den Griff kriegen und bleiben Sie bei der Wahrheit, sonst müssen wir Ihnen das Protokoll aus dem Asylgipfel vorlesen, wie Sie über die Mitwirkung von Bürgermeistern tatsächlich denken und wie Sie über die Vereinbarung mit dem Gemeindebund, der 10 Prozent vereinbart hat und Sie wollten 15 Prozent, wie Sie dort tatsächlich argumentiert haben. (Beifall)

Erste Präsidentin: Ich erteile Herrn Landesrat Ackerl das Wort.

Landesrat **Ackerl:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, Herr Klubobmann! Die Abqualifizierungen, die Sie persönlich vornehmen, habe ich politisch vorgenommen. Das ist einmal ein wesentlicher Unterschied zwischen uns beiden. Ich habe mich darauf bezogen, dass die 20jährige Ausländerhetze, die Ihre Partei betrieben hat, auf fruchtbaren Boden gefallen ist. Da bin ich nicht stolz darauf. Und es geschieht weiter, in dem der Herr Altbürgermeister Fischer und den habe ich gemeint, ich habe gesagt Bürgermeister in Ruhe, nur manchmal ist es so, wenn man zuviel Blut im Kopf kriegt, gehen die Ohren zu, dann hört man nicht mehr das was gesagt wird, diese Unterschriftenliste maßgeblich angeführt hat.

Ich bin nicht zuständig in Oberösterreich gewesen, wir haben uns für die zuständig erklärt, die in die Sozialhilfe hineingefallen wären, aber nicht sind, weil sie nach dem Recht nicht existente Personen, Menschen bei uns sind, wir aber zur Kenntnis nehmen mussten, dass sie körperlich vorhanden sind. Davon haben wir 400 versorgt, unbegleitete Minderjährige und Erwachsene. Für den Rest ist das Bundesministerium für Inneres zuständig bis 30.4. dieses

Jahres. Nur in Wien und in Niederösterreich hat es eine Vereinbarung gegeben, dass das die Länder tun. Daher bin ich nicht für die Lunzerstraße verantwortlich, die es mit mir nicht so gegeben hätte. Und ich fühle mich auch nicht verantwortlich für die anderen Bereiche. In der Lunzerstraße gibt es eindeutig, wie auch für andere große Flüchtlingsquartiere, da haben wir eines in Timelkam, den Auftrag, die großen Belegungen zurückzugehen. Ich erachte maximal 60 Personen in einem Ort, in einer Gemeinde, diese Größenordnungen für günstig.

Sie haben ein Protokoll zitiert, das es nicht gibt. Da hat ein Mitarbeiter oder eine Mitarbeiterin von Ihnen mitgeschrieben. An diesem Tag ist auch mitgeteilt worden, dass die Caritas und das Innenministerium und der Gemeindebund vereinbart hätten, dass 10 Prozent der Flüchtlinge in einer Gemeinde sein könnten. Was diese 10 Prozent wirklich waren, war uns nicht bekannt. Ich bin von einem 15prozentigen Ausländeranteil ausgegangen und das habe ich gemeint, nicht 10 Prozent Ausländeranteil, sondern 15 Prozent Ausländeranteil. Das ist eine Größenordnung, die wir in großen Gemeinden in Oberösterreich zum Teil überschreiten und haben und die erachte ich auch für andere Gemeinden bei einer guten Betreuung für zumutbar.

Und natürlich, der Kollege Hirz hat vollkommen richtig etwas noch deutlicher ausgeführt als es auch ich gesagt habe, ohne die Fortführung der bisherigen und auch den Ausbau der bisherigen Integrationsbemühungen als Begleitung nach beiden Seiten, Zuwanderer, Flüchtlinge und Einheimische, wird es nicht gehen. Angst kann man nur dadurch besiegen, dass man in der Praxis diese Angst widerlegt. Das ist die bisherige Aufgabenerfüllung gewesen, wie wir sie gemacht haben und wenn halt dann wieder besseren Wissens mit der Kriminalitätsmaske, die für 95 Prozent der anwesenden oder noch mehr Menschen aus dem Ausland nicht stimmt und wahrscheinlich auch für 97 Prozent oder noch mehr der Einheimischen nicht stimmt, und wenn das Ganze mit Drogen in Verbindung gebracht wird, dann entstehen natürlich berechtigt Ängste.

Ich kann mich aber outen ohne Namen zu nennen. Im Innviertel gibt es den Fall eines Gasthauses oder Gasthausbesitzers, der in einem großen Raum des Kellers Haschisch gezüchtet hat und der 14jährige Sohn ist halt dort hineingegangen, obwohl er nicht hineingehen hätte dürfen, hat halt dann das Ganze in Cannabis umgewandelt und ist damit in den Schulen unterwegs gewesen, lauter Einheimische.

Aber die Erstangst richtet sich gegen die Drogenhändler, die aus den Osten zu uns kommen. Und was wir einfach besiegen müssen, sind die Urängste bei den Menschen und das geht nicht mit Gewalt, sondern geht nur mit Überzeugungsarbeit, mit Einsatz, mit dem Versuch die Dinge nüchtern zu sehen, man darf auch die Zuwanderung nicht verklärt sehen und nur glauben, dass nur alles gut ist, aber wenn man ganz normal wie bei uns auch, wie wir mit unseren Mitmenschen vielleicht kommunizieren, mit Zuwanderern umgeht, dann wird das alles für uns kein Problem sein. Und wir werden das schaffen. Aber ich ärgere mich bodenlos, ich ärgere mich bodenlos, wenn man auf einem Boden aufbauen muss, der deswegen schlecht zu bestellen ist, weil vieles von vorneherein sehr bewusst und aus politischen langfristig gut überlegten Gründen kaputt gemacht wurde.

Und jetzt sage ich Ihnen noch etwas, weil Sie Kärnten angeschnitten haben. Da geht es ja um die Frage: Wie finde ich mich in inhaltlicher praktischer Politik zusammen? Und wenn ein Land so herabgewirtschaftet wurde wie es Kärnten unter der Führung Ihres Parteivorsitzenden ist, dann gibt es auch ernsthafte Überlegungen (Zwischenruf Abg. Dr. Brunmair: "Jetzt sind wir schon beim Familieren!") wie kann man dem entgegensteuern und entgegenhalten, und die Sozialdemokratie in Kärnten auch mitbekommen haben, was es

bedeutet, fünf Jahre einer nichtkalkulierbaren, nicht gut überlegten, sehr hektischen Politik ausgeliefert zu sein.

Und wir haben ja unsere Freunde gefragt: Warum macht ihr das da, es ist ja für uns nicht einfach? Und sie haben gesagt, lieber drinnen und die Dinge beeinflussen können und versuchen zu können, dass die Dinge gut laufen als wie draußen und irgendwann einmal wird dem Bundesland Kärnten eine Sachwalterschaft bestellt. Das heißt, es gibt gute Gründe warum wir dabei sind. Nicht die unendliche Liebe zwischen zwei Spargelessern ist ausgebrochen, auch nicht der Chianti-Konsum nach Verhandlungen war entscheidend, sondern die sehr rationale Überlegung was können wir für unser Land an Ärgerem verhüten. Das möchte ich Ihnen ohne weitere Bosheit hintanzuschließen gesagt haben.

Vermeiden Sie in Zukunft die persönlichen Beleidigungen mir gegenüber. Ich will Sie nicht beleidigen und mir tut es manchmal leid, wenn ich auf Ihr Niveau hinuntersteige. Das hat aber mit meiner Herkunft zu tun. Ich bin halt wo aufgewachsen, wo man noch nach oben wachsen konnte, weil nach unten nicht viel Platz war. Das heißt, wenn man aus einem Glasscherbenviertel kommt, dann lernt man Deutsch von etwas anders her. Sie kommen aus einer besser gestellten Familie wie ich komme. Sie könnten sich anders verhalten. Das möchte ich Ihnen schon sagen und Sie müssten nicht diese dumpfen Töne da hereinbringen. Danke. (Beifall)

Erste Präsidentin: Eine tatsächliche Berichtigung von Herrn Klubobmann Mag. Steinkellner.

Abg. Mag. Steinkellner: Ich habe mehrere tatsächliche Berichtigungen. Ich kann nicht beurteilen, ob mein Vater besser gestellt war und meine Familie nach dem er nach einer Kriegsverletzung bei der Eisenbahn gearbeitet hat und ich als Eisenbahnersohn aufgewachsen bin. Ich weiß nicht, ob es ein Privileg war Eisenbahnersohn zu sein. (Zwischenruf Abg. Prinz: "Aber nicht schlecht!") Mein Vater hat sich dort emporgearbeitet und hat als Heizer angefangen. Keine Ahnung, ob es ein Privileg ist und ob ich deshalb laut Landesrat Ackerl zu einer privilegierten Schicht gehöre.

Zweitens: Kärnten herabgewirtschaftet hat der Kärntner SPÖ-Landeshauptmann. Es war nämlich Kärnten Schlusslicht in ganz Österreich. Und es ist in der Zwischenzeit ordentlich in den Positionen einzelner Wirtschaftsdateneinkommen genauso wie Arbeitslosenrate im Mittelfeld Österreich und das innerhalb von wenigen Jahren. Das sind Daten, die brauchen Sie nur abrufen. Das Nächste: Falsch ist, dass die Kriminalitätsraten und der Zuwachs durch (Unverständliche Zwischenrufe, Zwischenruf links: "1. April ist heute!") Ich kann ja jeweils die Zeugen und die Daten nennen. Ich weiß, dass manche es einfach nicht hören wollen, wenn ein eigenes Regierungsmitglied nur Stumpfsinn verzapft. Zur Kriminalitätsrate (Erste Präsidentin: "Herr Klubobmann bitte!") verweise ich auf den Sicherheitsgipfel in Anwesenheit des Bürgermeisters Dr. Dobusch und Landeshauptmann-Stellvertreter Erich Haider, wo die Sicherheitsexperten ganz klargelegt haben, dass wir eine zunehmende Kriminalitätsrate aufgrund des einsickernden Kriminalitätszuwachses aus dem Osten haben, insbesondere in der Drogenkriminalität. Zeuge dafür ist der Bürgermeister Dr. Dobusch und der Landeshauptmann-Stellvertreter Erich Haider.

Dann der Altbürgermeister heißt nicht Fischer, ich erinnere noch einmal, das habe ich schon gesagt, der heißt nämlich Pichler, aber das ist die Oberflächlichkeit wie der Herr Landesrat damit umgeht. Und ich sage ihm auch, wenn jemand meiner Partei Ausländerhetze vorwirft, dann lügt er und belügt diesen hohen Landtag. (Beifall)

Erste Präsidentin: Herr Abgeordneter Hüttmayr bitte.

Abg. **Hüttmayr:** Geschätzte Frau Präsidentin, geschätzte Damen und Herren! Ich möchte zwei Sätze zu St. Georgen sagen und zu dir Günther Steinkellner, weil es mir ein innerliches Bedürfnis ist. Ich will es nicht so hart sagen wie du es gesagt hast diese Worte, aber ich habe St. Georgen und erlebe St. Georgen wie manche meiner regionalen Abgeordneten-Kollegen seit mehreren Jahren und das von Zeit zu Zeit. Und ich maße mir an, doch die Situation vor Ort relativ gut zu kennen und auch die handelnden Personen relativ gut zu kennen. Dass das Problem mit der Zuwanderung, Flüchtlingsthematik etc. kein einfaches Thema ist, das wissen wir, aber wie wir damit umgehen, da sollten wir uns einig sein.

Ich habe erlebt in den letzten Wochen speziell, dass hier, und das sage ich jetzt ganz bewusst, Leute für die du politisch Verantwortung trägst in St. Georgen aktiv gewesen sind, die Leute zu Unterschriften animiert haben unter verschiedenen Tatsachen, und dort Faktum ist Unsicherheit noch verstärkt haben, geschürt haben, Ausländerhetze sage ich wirklich betrieben haben. Das ist letztklassig, das sollten wir nicht machen, wenn man 3.500 Leute zur Unterschrift animiert. Natürlich ist das eine gewisse Aktion und ein gewisser Aktionismus ist notwendig, aber ich sage, der ist eigentlich einer demokratischen Partei nicht würdig, nicht notwendig. Das wollte ich sagen und ich würde dich bitten, und sage jetzt noch einmal ganz bewusst, auf Leute, die deiner Partei angehören in St. Georgen Einfluss zu nehmen, um zur Sachlichkeit zurückzukehren. Man kann mit Halbwahrheiten vieles bewegen, vor allem man kann den Leuten noch mehr Angst machen als wie notwendig ist und es hilft uns in der Problemlösung überhaupt nichts. Ich danke. (Beifall)

Erste Präsidentin: Ich schließe die Wechselrede und lasse abstimmen und bitte jene Mitglieder des hohen Hauses, die dem Antrag zur Beilage 126/2004 zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Alle Abgeordneten heben die Hand.) Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Wir behandeln die Beilage 127/2004, das ist der Bericht des Sozialausschusses betreffend ein Konzept für die Verbesserung der finanziellen Situation für pflegebedürftige Personen und Heimträger. Ich bitte die Frau Abgeordnete Schreiberhuber zu berichten.

Abg. **Schreiberhuber:** Bericht des Sozialausschusses betreffend ein Konzept für die Verbesserung der finanziellen Situation für pflegebedürftige Personen und Heimträger. (Liest Motivenbericht der Beilage 127/2004.)

Der Sozialausschuss beantragt, der Oö. Landtag möge beschließen: Die Oö. Landesregierung wird aufgefordert, ein Konzept zu erstellen, das die finanzielle Situation für pflegebedürftige Personen und Heimträger in Oberösterreich verbessert.

Erste Präsidentin: Danke der Frau Berichterstatterin. Zum Zusatzantrag berichte ich jetzt, der liegt Ihnen auf. Er hat die Beilage 142/2004 und wird in die Wechselrede miteinbezogen. Ich eröffne die Wechselrede. Möchten Sie dazu sprechen? Bitte sehr, Frau Abgeordnete Schreiberhuber.

Abg. **Schreiberhuber:** Danke für die Worterteilung. Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Im Wesentlichen konnte sowohl im Unterausschuss, der zur Beratung mehrerer Initiativanträge zum Thema Altenfachbetreuung eingesetzt wurde, als auch im Sozialausschuss Konsens darüber gefunden werden, dass wohl im Sinne einer geordneten Gesamtentwicklung von der Landesregierung ein derartiges Konzept für unser

Bundesland entwickelt, erarbeitet wird. Dieser Konsens steht eben, wie bereits aus dem Bericht hervorgegangen ist, für die Thematik des Bundespflegegeldes, das eben zuletzt 1995 erhöht wurde und dass der Anspruch auf Pflegegeld nur bis zu höchstens achtzig Prozent auf den jeweiligen Kostenträger übergeht und dass das eben eine Ungleichbehandlung der stationären Einrichtungen gegenüber der häuslichen Pflege darstellt, wie im Bericht ausgeführt.

Dass allerdings die im ursprünglichen SPÖ-Initiativantrag, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, vorgesehene Festlegung, die Gewährung des im Paragraph 13 Bundespflegegeldgesetz normierten Taschengeldes, welches eben häufig zur Abdeckung von Medikamentenkosten herangezogen wird, selbstverständlich beizubehalten, von Schwarz-Grün mehrheitlich aus dem Bericht des Sozialausschusses herausreklamiert wurde, ist in mehrfacher Hinsicht bedenklich.

Zum einen muss nämlich davon ausgegangen werden, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, dass es sich bei diesem im Bundespflegegeldgesetz normierten Taschengeldanspruch um Eigentum der Bewohnerinnen und Bewohner von Alten- und Pflegeheimen handelt und daher auch im Landesbereich schon aufgrund der bundesverfassungsrechtlichen Vorgaben, der Judikatur des Verfassungsgerichtshofes dazu, sowie entsprechend dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit Eigentumseingriffe nur zulässig sind, soweit sie im überwiegenden öffentlichen Interesse erforderlich und gesetzlich vorgesehen sind. Zusätzlich ist, wie den entsprechenden Erläuterungen in der Landesverfassung zu entnehmen ist, dieser Aspekt als Teil der persönlichen Freiheit und Würde des Menschen im Sinne eines selbstgestalteten Lebens zu verstehen. Ein Begriff, der als Signal für das Ziel definiert wurde und formuliert wurde, so weit es im Einflussbereich des Landes Oberösterreich möglich ist, allen Menschen eine frei gestaltete Lebensführung zu ermöglichen.

Wenn nun diese frei gestaltete Lebensführung, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, durch Alter, Krankheit, durch eine sonstige Beeinträchtigung oder durch die Summe von Beeinträchtigungen nicht möglich ist, dann finde ich es im höchsten Maße bedenklich, wenn von Schwarz-Grün mit ihrer selbst beschafften Mehrheit in den Ausschüssen des Oberösterreichischen Landtags, demokratiepolitisch ebenfalls bedenkenswert, versucht wird, verfassungsmäßige Grundsätze sozusagen auf der verlängerten Werkbank der Bundesregierung auf Landesebene zu umgehen, zu negieren oder was sonst immer. Immerhin haben die Organe des Landes alles zu unterlassen, das geeignet ist, den Eindruck eines nicht gerechtfertigten oder unverhältnismäßigen Eingriffs in diese Möglichkeit zur positiven Selbstgestaltung des Lebens zu erwecken.

Dieses Eindrucks, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, kann ich mich zum anderen nicht erwehren, wenn ich weiß, dass mit Stand 1. 1. 2003 von 11.270 Bewohnerinnen und Bewohnern, also vor einem Jahr, 10.758 Bewohnerinnen und Bewohner in Alten- und Pflegeheimen mit Pflegegeldbezug der Stufen Eins bis Sieben ein monatliches Taschengeld von zehn Prozent der Pflegegeldstufe Drei, das sind 41,35 Euro erhalten haben pro Person und Monat. Diese 41,35 Euro, also ungefähr 570 Schilling pro Person und Monat, werden nun von Schwarz-Grün in Oberösterreich in Frage gestellt, sollte nicht doch noch ein eindeutiges Bekenntnis dazu erfolgen, dass die gemäß Paragraph 13 Bundespflegegeldgesetz normierte Taschengeldregelung selbstverständlich beibehalten werden soll.

Denn wie sonst wären die von Landesrat Dr. Stockinger in seiner Presseinformation zu den Gemeindenfinanzen vom 19. Jänner dieses Jahres getroffenen Überlegungen zu interpretieren, die unter anderem lauten, dass die Neuregelung bei der Verwendung des Pflegegeldes für die Betreuung von Pflegebedürftigen in die Reformüberlegungen zu den Alten- und Pflegeheimen miteinbezogen werden müsse. Denn wie sonst, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, wäre die Einladung des Herrn Landeshauptmannes und Finanzreferenten Dr. Pühringer an die SHV-Funktionäre und Gemeinden in seiner Presseausendung vom 22. März dieses Jahres zu verstehen, begründete Veränderungswünsche, was den Bau, die Ausstattung oder Betriebsvorschriften in Alten- und Pflegeheimen anlangt, bekannt zu geben, um im Bedarfsfall Veränderungen auch durchzuführen, denn wir hätten mit dem Geld des Steuerzahlers möglichst sinnvoll umzugehen.

Ein Konzept für die Verbesserung der finanziellen Situation für pflegebedürftige Personen und Heimträger, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, kann nicht von der Einschätzung jener ausgehen, die den Kosten- und Leistungsdruck haben, was zwangsläufig die Infragestellung von Standards zur Folge haben muss, sondern hängt ganz wesentlich mit den bundesgesetzlichen Regelungen bei der Gewährung von Pflegegeld zusammen.

In diesem ganzheitlichen Sinn, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, ist auch die Forderung des oberösterreichischen Gemeindebundes nach Erhöhung und hundertprozentiger Auszahlung des Bundespflegegeldes zu verstehen, denn es ist nicht vorstellbar, dass die Gemeinden als Heimträger daran interessiert sind, dass die Bewohnerinnen und Bewohner in den Alten- und Pflegeheimen weniger Geld bekommen und auch damit die kleinregionalen Wirtschaftskreisläufe weiterhin geschwächt werden.

Nachdem wir somit nicht nur mit dem Geld des Steuerzahlers sinnvoll umzugehen haben, sondern ihm das Geld, das ihm gesetzlich zusteht, auch nicht wegnehmen dürfen, Kolleginnen und Kollegen, und im Übrigen nicht nur bei den Heimträgern sondern auch bei den Heimbewohnerinnen und –bewohnern die Einnahmen stagnieren und die Ausgaben explodieren, ersuche ich das hohe Haus um Zustimmung zum vorliegenden Zusatzantrag. (Beifall)

Erste Präsidentin: Danke. Der nächste Redner ist der Herr Landesrat außer Dienst, Landtagsabgeordneter Dr. Walter Aichinger bitte. Die Macht der Gewohnheit.

Abg. Dr. Aichinger: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Die Berichterstatterin und Obfrau des Sozialausschusses, Frau Kollegin Schreiberhuber, hat von bedenklichen Vorgängen gesprochen und hat uns auch sehr eigenwillige Deutungen demokratischer Vorgänge geboten, indem sie von schwarz-grünen Eigentumsräubern gesprochen hat.

Bedenklich ist wirklich manches im Vorfeld dieser ganzen Diskussion gelaufen, die übrigens hier im Unterausschuss von einem breiten Konsens getragen war. Letztendlich unterschieden sich die Geister nur an einem Satz, in dem berühmten Taschengeld.

Es stimmt, dass Mitte Jänner eine allgemeine Diskussion über dieses Taschengeld begonnen hat, eingeleitet durch eine Pressekonferenz von Kollegen Stockinger. Es haben sich aber daraufhin dann aus den unterschiedlichen Parteien Leute zu Wort gemeldet, denen ich durchaus ein soziales Gewissen zubillige, zum Beispiel die bekannte Stadträtin von Linz, beziehungsweise Vizebürgermeisterin von Linz, Frau Dr. Holzhammer, die ja

bekanntermaßen durchaus ein soziales Gewissen hat. Und diese Frau Dr. Holzhammer meinte zum Beispiel in einer Aussendung vom 21. Jänner, Frau Dr. Holzhammer gehört ja bekanntlichermaßen zu den Sozialdemokraten, dass das Pflegegeld, wie der Name schon sagt, grundsätzlich zur Abgeltung des besonderen Pflegeaufwandes gedacht ist und es sei nicht notwendig, aus diesem Betrag Taschengeld zur Verfügung zu stellen, so die Linzer Sozialreferentin, weil ja, so führt sie weiter aus, zwanzig Prozent der Pension sowie der dreizehnte und vierzehnte Bezug weiterhin zur freien Verfügung steht.

Auch ein Bürgermeister, der zur Sozialdemokratie zu zählen ist, auch kein Unbekannter, auch ein sehr einflussreicher Bürgermeister im Bezirk Linz-Land, gleichzeitig auch Sprecher der Bürgermeisterkonferenz in diesem Bezirk, Dr. Sperl hat ein Schreiben gerichtet an die Klubobmänner, in dem Fall auch an Klubobmann Mag. Strugl, in dem er das Ergebnis eines einstimmigen Bürgermeisterbeschlusses mitteilte, eine Resolution mitteilte, wo sinngemäß drinnen steht: Die Bürgermeisterkonferenz unterstützt das Ansinnen im Bereich der Sozialhilfen, wobei man eine hundertprozentige Einbringung, anstatt bisher 80 Prozent des Grundpflegegeldes für Bewohner von Seniorenheimen vom Bund fordert. Da die Bewohner von Seniorenheimen aus ihrer Pension ausreichend Taschengeld erhalten, finden wir den Vorschlag, so schreibt er, das Taschengeld aus dem Pflegegeld für die Pflege rund um die Uhr der Betroffenen einzubehalten, für sinnvoll.

Für diesen Vorschlag orten die ÖVP- und SPÖ-Bürgermeisterinnen und Bürgermeister Verständnis in der Bevölkerung. Wenn ich mich recht erinnere, ist Kollegin Frau Peutlberger-Naderer eine der SPÖ-Bürgermeisterinnen aus diesem Bezirk. (Zwischenruf Abg. Mag. Strugl: „Das ist aber peinlich!“) Bekanntermaßen ja auch eine Sozialdemokratin. Und interessanterweise gibt es auch vom Kollegen Ackerl Aussendungen vom 27. Jänner, in dem er darauf hinweist, dass bereits zahlreiche Stellungnahmen der Sozialabteilung vom Bund die Ausbezahlung des gesamten Pflegegeldes fordern.

Soweit zu den bedenklichen Vorgängen im Vorfeld unserer Diskussion im Unterausschuss. Da wird es wohl auch so etwas, wie hat das heute geheißen, Herr Kollege Kapeller, wie hat das heute geheißen, ein Augenzwinkern oder ein Haltesignal eines großen Vorsitzenden gegeben haben, um hier einen durchaus vernünftigen Weg, wie manche SPÖ-Mitarbeiter und Mitglieder gemeint haben, durch dieses Haltesignal zu stoppen. So viel zu den bedenklichen Interpretationen. (Unverständlicher Zwischenruf. Beifall)

Erste Präsidentin: Frau Abgeordnete Wageneder bitte.

Abg. **Wageneder:** Ja, wir stimmen dem Konzept zur Sicherung der finanziellen Absicherung für pflegebedürftige Menschen im Großen und Ganzen zu, weil wir auch der Meinung sind, dass die Inflationsrate abgegolten werden soll, dass das Bundespflegegeld zu hundert Prozent ausbezahlt werden soll und nicht zu achtzig Prozent, weil es eine Ungleichbehandlung darstellt und außerdem natürlich auch die Ruhensbestimmungen während eines Krankenhausaufenthaltes nicht zum Tragen kommen sollen.

Aber zusätzlich wollen wir, dass im Sinne der finanziellen Autonomie für alte Menschen die gesamte Pension und das Pflegegeld in allen Fällen, auch bei jenen, wo die Sozialhilfe oder die SHVs Geld dazu geben, direkt an die BewohnerInnen oder an deren gesetzliche Vertreter oder Vertreterinnen ausbezahlt wird. Außerdem ist es uns auch wichtig, dass in Zukunft Heimverträge in allen Heimen auf privatrechtlicher Basis die Rechte und Pflichten der Bewohner und der Heimträger festlegen.

Auf den Zusatzantrag möchte ich auch noch kurz eingehen. In dieser Frage war im Unterausschuss kein Konsens und ich denke, es sollen zuerst einmal diese Positionen wirklich auf einen gemeinsamen Nenner gebracht werden. Uns ist wichtig, dass auch unseren alten und pflegebedürftigen Menschen ausreichend Geld zur Verfügung steht, damit sie Ausgaben, wie Medikamente, Kleidung, kleine Geschenke oder Zeitungen und andere persönliche Bedürfnisse abdecken können. (Beifall)

Erste Präsidentin: Danke. Ich schließe die Wechselrede und lasse abstimmen zunächst über den Hauptantrag, das ist die Beilage 127/2004 und dann über den Zusatzantrag mit der Beilagennummer 142/2004. Ich lasse über den Hauptantrag abstimmen. Wenn Sie ihm beitreten, dann bitte ich Sie, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Alle Abgeordneten heben die Hand.) Dieser Antrag ist einstimmig angenommen. Ich lasse abstimmen über den Zusatzantrag. Wenn Sie dem Zusatzantrag beipflichten, dann bitte ich Sie ebenfalls um ein Zeichen mit der Hand. (Die Abgeordneten der sozialdemokratischen Fraktion und die Abgeordneten der freiheitlichen Fraktion heben die Hand.) Das ist nicht die Mehrheit. Dazu stelle ich fest, dass der Hauptantrag angenommen worden ist und in der Fassung des Hauptantrages Gültigkeit erhält.

Wir behandeln die Beilage 128/2004. Das ist der Bericht des Ausschusses für Finanzen betreffend das Landesgesetz, mit dem das Oö. Landesbank-Einbringungsgesetz geändert wird (Oö. Landesbank-Einbringungsgesetz-Novelle 2004). Herrn Abgeordneten Mag. Gumpinger bitte ich über diesen Antrag zu berichten.

Abg. Mag. Gumpinger: Geschätzte Präsidentin, hohes Haus! Beilage 128/2004. Das ist der Bericht des Ausschusses für Finanzen betreffend das Landesgesetz, mit dem das Oö. Landesbank-Einbringungsgesetz geändert wird (Oö. Landesbank-Einbringungsgesetz-Novelle 2004).

Der Ausschuss für Finanzen beantragt, der Oberösterreichische Landtag möge das Landesgesetz, mit dem das Oö. Landesbank-Einbringungsgesetz geändert wird (Oö. Landesbank-Einbringungsgesetz–Novelle 2004), beschließen.

Erste Präsidentin: Danke. Ich eröffne darüber die Wechselrede. Bitte, Herr Klubobmann Mag. Steinkellner.

Abg. Mag. Steinkellner: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Wir stimmen dem Antrag zu. Ich möchte nur anregen, dass die Landesregierung ein neues Gutachten in Auftrag gibt, um festzustellen, ob die Haftungszahlung, die seitens der Hypo-Bank für die Haftung des Landes Oberösterreichs geleistet wird, noch marktkonform ist.

Die ehemalige Feststellung über die Haftungshöhe, über das Haftungsentgelt, das die Hypo-Bank für das Land zu zahlen hat, ist unter anderen Rahmenbedingungen, nämlich noch nicht in der Euro-Zone erstellt worden. Es haben sich die Marktbedingungen bei Banken in der Zwischenzeit erheblich verändert, sodass es überprüfungswert wäre, ob das Land nicht einen höheren Haftungsbeitrag, ein höheres Haftungsentgelt durch die Hypo-Bank bekommen könnte.

Ich würde die beiden anwesenden Regierungsmitglieder, Anschöber und Kepplinger ersuchen, diesen Vorschlag in der Landesregierung zur Sprache zu bringen. Danke. (Zwischenruf Landesrat Anschöber: „Sehr gern!“ Beifall)

Erste Präsidentin: Danke. Gibt es eine weitere Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Dann schließe ich die Wechselrede und lasse abstimmen und bitte Sie, wenn Sie dem Antrag zur Beilage 128/2004 zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Alle Abgeordneten heben die Hand.) Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Wir behandeln die Beilage 129/2004. Das ist der Bericht des Ausschusses für volkswirtschaftliche Angelegenheiten betreffend das Landesgesetz, mit dem das Oö. Natur- und Landschaftsschutzgesetz 2001, das Oö. Jagdgesetz und das Oö. Fischereigesetz geändert werden. Bitte Herrn Klubobmann Dr. Fraiss darüber zu berichten.

Abg. Dr. Fraiss: Bericht des Ausschusses für volkswirtschaftliche Angelegenheiten betreffend das Landesgesetz, mit dem das Oö. Natur- und Landschaftsschutzgesetz 2001, das Oö. Jagdgesetz und das Oö. Fischereigesetz geändert werden. (Liest auszugsweise Motivenbericht der Beilage 129/2004).

Der Ausschuss für volkswirtschaftliche Angelegenheiten beantragt, der Oberösterreichische Landtag möge das Landesgesetz, mit dem das Oö. Natur- und Landschaftsschutzgesetz 2001, das Oö. Jagdgesetz und das Oö. Fischereigesetz geändert werden, beschließen.

Erste Präsidentin: Danke Herr Klubobmann. Ich eröffne darüber die Wechselrede und erteile dem Herrn Abgeordneten Brandmayr das Wort.

Abg. Brandmayr: Sehr geehrte Frau Präsidentin, geschätzte Damen und Herren! Der Herr Klubobmann hat in seinem Bericht bereits erwähnt, dass die EU eine Rüge erteilt hat, und zwar das Oö. Natur- und Landschaftsschutzgesetz soll geändert werden. Im Ausschuss wurde darüber beraten, und heute hoffe ich, dass diese Änderung unbürokratisch und wenn es geht einstimmig über die Bühne geht. Ich freue mich auch, dass in diesem Zusammenhang auch das Oberösterreichische Jagd- und Fischereigesetz geändert wird. Heute wurde schon sehr viel über den 1. April gesprochen und manche meinten, am ersten April gibt es auch einen Aprilscherz! Es ist kein Aprilscherz, dass das Jagdjahr am 1. April beginnt. Und es ist weiters kein Aprilscherz, dass bisher im Jagdgesetz vorgesehen war, dass das Fallwild dem Abschussplan angerechnet werden muss. Das Fallwild ist jenes Schalenwild, das auf der Straße durch einen Verkehrsunfall zugrunde geht, das bei der Landwirtschaft mit diesen heutigen modernen Maschinen zugrunde geht und das auch durchaus durch Krankheit oder auf eine andere Art und Weise draußen im Revier verendet. Dieses Schalenwild musste bisher auf dem Abschussplan angerechnet werden. Wir im Bezirk Vöcklabruck und Bezirk Gmunden und Kirchdorf haben bereits einige Jahre einen Pilotversuch gemacht und dieses Schalenwild nicht mehr angerechnet. Aufgrund der Abschussplanverordnung ist ja der Abschuss vom Schalenwild so festzulegen, wie er draußen in der Natur bei den Waldbegehungen sich ergibt, aufgrund des Waldzustandes. Daher ist es sinnlos, Fallwild – wie ich es vorher erklärt habe – am Abschussplan anzurechnen.

Mit der heutigen Jagdgesetznovelle soll das der Vergangenheit angehören. Und ich freue mich und ersuche den Landtag dieser Änderung zuzustimmen. (Beifall)

Erste Präsidentin: Danke. Es gibt keine weitere Wortmeldung dazu. Ich schließe die Wechselrede und lasse abstimmen. Ich bitte Sie, wenn Sie dem Antrag zur Beilage 129/2004 zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben (Alle Abgeordneten heben die Hand.) Antrag ist einstimmig angenommen worden.

Wir kommen nun zur Beilage 132/2004. Das ist der Bericht des Kontrollausschusses betreffend den Bericht des Landesrechnungshofs betreffend die Sonderprüfung „Öffentlichkeitsarbeit der Oö. Landesregierung und deren Mitglieder seit 1999“. Aufgrund des sachlichen Zusammenhangs werden wir die Beilage 132/2004 und die Beilage 141/2004 in einer gemeinsamen Wechselrede behandeln. Bei 141/2004 handelt es sich um den Initiativantrag betreffend des Beschluss zur Erstellung eines Leitbildes und eines Redaktionsstatuts für die „Amtliche Linzer Zeitung“ und die Landesillustrierte „Unser Oberösterreich“. Herrn Abgeordneten Dr. Aichinger bitte ich über die Beilage 132/2004 zu berichten.

Abg. Dr. Aichinger: Bericht des Kontrollausschusses betreffend den Bericht des Landesrechnungshofs betreffend Sonderprüfung „Öffentlichkeitsarbeit der Oö. Landesregierung und deren Mitglieder seit 1999“. (Liest auszugsweise Motivenbericht der Beilage 132/2004).

Der Kontrollausschuss beantragt, der Oberösterreichische Landtag möge beschließen: Der Bericht des Landesrechnungshofs betreffend die Sonderprüfung der Öffentlichkeitsarbeit der Oö. Landesregierung und deren Mitglieder seit 1999 wird zur Kenntnis genommen.

Dem Landesrechnungshof wird für seine Mühewaltung gedankt.

Die Oö. Landesregierung wird aufgefordert, bis zur Folgeprüfung die Umsetzung der Kritikpunkte zu veranlassen.

Erste Präsidentin: Danke. Herrn Abgeordneten Kapeller bitte ich die Beilage 141/2004 zu berichten.

Abg. Kapeller: Bericht des Initiativantrags der unterzeichneten Abgeordneten betreffend den Beschluss zur Erstellung eines Leitbildes und eines Redaktionsstatuts für die „Amtliche Linzer Zeitung“ und die Landesillustrierte „Unser Oberösterreich“.

Der Oö. Landtag möge beschließen: Der Oö. Landtag fordert die Oö. Landesregierung auf, für die „Amtliche Linzer Zeitung“ und die Landesillustrierte „Unser Oberösterreich“ im Einvernehmen mit allen Landtagsfraktionen ein Leitbild und ein Redaktionsstatut zu erstellen.

Begründung: Der Landesrechnungshof hat in seiner Sonderprüfung der Öffentlichkeitsarbeit der Oö. Landesregierung und deren Mitglieder angeregt, dass der redaktionelle Teil der „Amtlichen Linzer Zeitung“ entfallen und der amtliche Teil in elektronischer Form als Newsletter zur Verfügung gestellt werden sollte.

Bis zur Verwirklichung dieser Anregung soll es künftig Festlegungen hinsichtlich der Inhalte und Schwerpunkte in der „Amtlichen Linzer Zeitung“ und in der Landesillustrierten „Unser Oberösterreich“ geben. Dies kann in Form von allgemeinen Richtlinien erfolgen, die ein Leitbild sowie ein Redaktionsstatut beinhalten und unter Zustimmung aller im Oö. Landtag vertretenen Fraktionen erstellt wird.

Erste Präsidentin: Danke. Zur Beilage 141/2004 ist ein Abänderungsantrag eingelangt. Er hat die Beilagennummer 143/2004. Und Sie haben ihn auf Ihren Plätzen. Wir ziehen diesen Abänderungsantrag in die Wechselrede mit ein, die ich hiermit eröffne. Wem darf ich das Wort erteilen? Niemandem. (Zwischenruf Abg. Mag. Steinkellner: „Doch!“) Bitte, Herr Klubobmann.

Abg. Mag. Steinkellner: Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Keine Wortmeldung zur Öffentlichkeitsarbeit wäre kein Dienst an der Tätigkeit des Rechnungshofs.

Es ist schon ein spannender Bericht, wenn man ihn anschaut. Die Ausgaben für Öffentlichkeitsarbeit zwischen 1999 und 2002 haben sich mehr als verdoppelt. Wenn man heute gegenüberstellt, dass etwa die Information und die Zuversicht der Oberösterreicherinnen und Oberösterreicher betreffend der EU-Erweiterung sich reduziert hat und gleichzeitig die Mittel des Landes für Öffentlichkeitsarbeit so gesteigert wurden, dann frage ich mich, wurden sie alleine zur Partezwecken eingesetzt? Es gab keinen finanziellen Überblick über die Gesamtausgaben für Öffentlichkeitsarbeit. Es gab keine Planung und Steuerung im Landesvoranschlag, wurde nicht zentral budgetiert. Ausgaben wurden über den gesamten Landeshaushalt verteilt. Die Ausgaben wurden meist vermengt mit etwa Entgelte für sonstige Leistungen. Häufige zusätzliche Budgetmittel wurden durch einen finanziellen Ausgleich bereitgestellt. Diese hohe Ausgabensteigerung von 141 Prozent von 1999 bis 2002 mit sparsamem und wirtschaftlichem Mitteleinsatz in Einklang zu bringen, war nicht möglich. Es gab keine verbindliche Rahmen für Gesamtausgaben, diese sollen erst durch den Landtag festgelegt werden. Es gab keine oder eine mangelnde Koordination und die Öffentlichkeitsarbeit der Regierungsmitglieder diente mehr der parteipolitischen Werbung als regierungspolitischen Zielen.

Das ist der Bericht über die Öffentlichkeitsarbeit. In der Zwischenzeit wurde ein neues Öffentlichkeitsarbeitspapier dem Kontrollausschuss vorgelegt. Es wird in einem Jahr ja einen Follow-up-Bericht über die Prüfung und über die Entwicklung der Öffentlichkeitsarbeit geben. Es gibt die einzelnen Positionen, die die alte Koalition ganz klar widerspiegeln, wie dort Öffentlichkeitsarbeit betrieben wurde. Es ist ein Musterbeispiel, wie man mit Steuergeldern nicht umgehen sollte. (Beifall)

Erste Präsidentin: Danke. Herr Abgeordneter Hirz, bitte.

Abg. Hirz: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Auf Antrag der Grünen bekam der Landesrechnungshof den Auftrag zur Prüfung der Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung. Wir fühlen uns im Ergebnis in unserer Kritik bestätigt, und wir halten also die vorgeschlagenen Maßnahmen des Landesrechnungshofes für notwendig zur Umsetzung.

Öffentlichkeitsarbeit der Landesverwaltung und der entsprechenden Referenten kann natürlich klarerweise nicht nur daraus bestehen, dass man die Gesetze verlautbart. Ich gehe davon aus, dass die Bürgerinnen und Bürger das Recht haben zu erfahren, welche Arbeit die Landesregierung leistet. Natürlich kann es aber nicht angehen, dass also die Ausgaben – und das sind ja schließlich Steuergelder – ein nicht mehr vertretbares Ausmaß annehmen. Und es war selbst für den Landesrechnungshof – wie in dem Bericht zu lesen ist – schwer nachvollziehbar, aus welchen Budgetansätzen welche Teile der Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierungsmitglieder finanziert wurden. Deshalb hat also der Landesrechnungshof die Empfehlung ausgesprochen, die Ausgaben für die Öffentlichkeitsarbeit zu reglementieren und transparent zu gestalten.

Und nur damit man weiß von welchen Zahlen wir reden: Die Ausgaben der Öffentlichkeitsarbeit – und mein Vorredner hat es schon erwähnt – sind also zwischen 1999 und 2002 von 7,45 Millionen Euro auf 15,5 Millionen Euro gestiegen. Das heißt, sie haben sich also mehr als verdoppelt. Ich denke, dass es also wichtig ist, dass man einen verbindlichen Budgetrahmen definiert und dass man auch eine zentrale Budgetierung vornimmt. Die Landesregierung hat mit 22. März genau diese Empfehlung bereits beschlossen und hat insgesamt eine Budgetbegrenzung von 7,2 Millionen Euro vorgenommen. Ich denke, das ist ein Erfolg für diese neue Regierung.

Es wurden auch weitere Kritikpunkte des Landesrechnungshofs diskutiert. Ich möchte sie kurz anführen: Erstens einmal eine mangelnde Koordinierung und Abstimmung der einzelnen Kampagnen. Es waren die Ziele zu wenig konkret formuliert. Die Wirkung war nicht feststellbar. Kurzum – es wurde nicht evaluiert. Es wurde ohne Vergaberichtlinien vergeben, also Direktvergaben vorgenommen. Und es war von der parteipolitischen Werbung nicht wirklich klar zu trennen. Daraus hat sich die Empfehlung des Landesrechnungshofes ergeben, die Bewirtschaftung der Öffentlichkeitsarbeit ausschließlich der Presseabteilung als Fachabteilung zu überlassen und zu übertragen. Das wurde auch in dieser Sitzung am 22.3.2004 in der Landesregierung beschlossen. Ich sehe darin erstens einmal den Vorteil, dass also die Abwicklung und Koordinierung der Aktivitäten in einer Abteilung sicherlich Synergieeffekte erzeugt. Ich gehe auch davon aus, dass durch das Einhalten der vergaberechtlichen Bestimmungen das Land Oberösterreich als Großkunde wesentlich bessere Konditionen bekommen wird. Es geht auch darum, eine möglichst einheitliche Außenwirkung zu erzielen. Und es geht auch darum, Ziele zu definieren und sie auch entsprechend zu evaluieren.

Wir können uns den Empfehlungen des Landesrechnungshofes nur anschließen. Freuen uns, dass also die Landesregierung so schnell diesen Empfehlungen nachgekommen ist. Zu dem Antrag „Einführung eines Leitbildes und Redaktionsstatut“ habe ich schon bei der Dringlichkeit die Argumente, die für diesen Antrag sprechen, dargelegt. Es wird, nachdem es eine alte grüne Forderung ist, eine Zustimmung von unserer Seite geben. Wenn es ein bisschen anders vorgetragen worden wäre vom Kollegen Kapeller, hätte ich es wirklich als Unterstützung aufgefasst. Was den Zusatzantrag betrifft, scheint mir die Argumentation logisch und auch der wird unsere Zustimmung erhalten. Danke. (Beifall)

Erste Präsidentin: Danke. Ich schließe die Wechselrede. (Zwischenruf Abg. Mag. Strugl: „Bitte, Frau Präsidentin!“) Ich werde bei der nächsten Obmännerkonferenz mit allen ein ernstes Wort sprechen. (Unverständliche Zwischenrufe) Bitte, Herr Klubobmann Mag. Strugl.

Abg. Mag. Strugl: Frau Präsidentin, bitte um Vergebung, dass ich erst so spät aufgezeigt habe, aber Sie haben sich gerade umgedreht, wie ich aufgezeigt habe, und drum ist es nicht möglich gewesen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zum Bericht des Landesrechnungshofs bezüglich der Öffentlichkeitsarbeit des Landes möchte auch ich mich grundsätzlich dem anschließen, was hier vom Abgeordneten Hirz ausgeführt wurde. Die Empfehlungen, die hier der Rechnungshof gegeben hat, die halten wir für sinnvoll. Zum einen für eine bessere Koordination zu sorgen, zum anderen aber auch wirklich die Gesamtausgaben zurückzuführen auf ein Maß, das auch letztlich dem Gesamthaushalt und den Erfordernissen des Gesamthaushaltes Rechnung trägt. Es ist, das wurde auch schon gesagt, ein einstimmiger Beschluss der Landesregierung dazu erfolgt. Nachdem der Herr Landeshauptmann als zuständiger Referent hier einen Vorschlag vorgelegt hat.

Allein wenn man auf das Jahr 2003 schaut, und das weiß ich schon, dass das natürlich ein besonders aufregendes politisches Jahr gewesen ist, aber es trifft auch für das Jahr 2002 zu, dann sind hier die Ausgaben tatsächlich exorbitant gestiegen. Nur nebenbei gesagt, an der Spitze der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Haider bei den Ausgaben in einer Höhe ungefähr dreimal so viel wie der Herr Landeshauptmann selber, wenn man das den Ressorts zumisst. Da glaube ich, ist es jetzt ein guter Weg, den man eingeschlagen hat mit der

entsprechenden Begrenzung, die im wesentlichen auch alle Mitglieder der Landesregierung gleich behandelt.

Zu dem Initiativantrag wurde bezüglich Redaktionsstatut – wurde in der Dringlichkeitsdebatte ja schon einiges gesagt – ich möchte noch zum Abänderungsantrag, der von uns eingebracht wurde, nur ergänzen, dass wir der Meinung sind, dass der Begriff Redaktionsstatut vermutlich nicht das ist, was die einbringende SPÖ-Fraktion gemeint haben dürfte. Denn, ein Redaktionsstatut ist ein Terminus technicus aus dem Journalisten-Kollektivvertrag. Und besagt im wesentlichen, dass dadurch die Stellung der Redakteure im Verhältnis zum Herausgeber geregelt ist. Ich nehme nicht an, dass die SPÖ-Fraktion gemeint hätte, es sollte die dienstrechtliche Stellung der Mitarbeiter des Landespressedienstes hier verändert werden. Daher haben wir uns erlaubt, einen Abänderungsantrag einzubringen, der diesen Irrtum berichtigt, und ich bitte um die Zustimmung. (Beifall)

Erste Präsidentin: Herr Abgeordneter Kapeller, bitte.

Abg. **Kapeller:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Herr Klubobmann hat schon recht, wenn er in seiner Begründung auf den Abänderungsantrag auf den Begriff Redaktionsstatut und redaktionelle Richtlinien eingeht. Und ich sage dazu ja und das habe ich ja bei der Diskussion um die Dringlichkeit begründet.

Wir wollten es dem grünen Rudi und seinen Freunden leichter machen da mitzustimmen, weil wir haben uns die Wortmeldung des Klubobmannes im Ausschuss genauestens angeschaut, da hat er festgestellt, dass es ein Reduktionsstatut mit einem Leitbild geben soll, daher haben wir das natürlich so übernommen, weil sonst hätte er sagen können, was schon einmal passiert ist, wir hätten ein Wort verändert. Dadurch haben wir es so gemacht und natürlich erweitert, aber wir sind natürlich mit diesem Abänderungsantrag einverstanden. (Beifall)

Erste Präsidentin: Danke. Es gibt jetzt tatsächlich keine Wortmeldung mehr, ich schließe die Wechselrede und lasse abstimmen. Wir stimmen zunächst über die Beilage 132/2004 ab, wenn Sie diesem Antrag Ihre Zustimmung geben, bitte ich Sie, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Alle Abgeordneten heben die Hand.) Das ist die einstimmige Annahme. Ich lasse abstimmen über die Beilage 141/2004, das ist der Abänderungsantrag. Wenn Sie diesem Abänderungsantrag Ihre Zustimmung geben, bitte ich Sie ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Unverständliche Zwischenrufe) Der Abänderungsantrag zur Beilage 141/2004, er hat die Beilagen-Nr. 143/2004, danke vielmals, Sie sind sehr aufmerksam. Wenn Sie dem beitreten, bitte ich Sie um ein Zeichen mit der Hand. (Alle Abgeordneten heben die Hand.) Auch das ist einstimmig. Damit ist auch die Beilage 141/2004 in der Fassung des soeben angenommenen Abänderungsantrages beschlossen.

Wir kommen zur Beilage 133/2004. Das ist der Bericht des Kontrollausschusses betreffend den Wahrnehmungsbericht des Rechnungshofs betreffend Teilgebiete der Gebarung des Landes Oberösterreich sowie Steyr-Stadtentwicklung und die Stadtplanung. Ich bitte den Herrn Abgeordneten Frauscher zu berichten.

Abg. **Frauscher:** Bericht des Kontrollausschusses betreffend den Wahrnehmungsbericht des Rechnungshofs betreffend Teilgebiete der Gebarung des Landes Oberösterreich sowie Steyr-Stadtentwicklung und Stadtplanung. (Liest auszugsweise Motivenbericht der Beilage 133/2004.)

Der Kontrollausschuss beantragt, der Oberösterreichische Landtag möge beschließen: Der Wahrnehmungsbericht des Rechnungshofs betreffend Teilgebiete der Gebarung des Landes Oberösterreich sowie Steyr-Stadtentwicklung und Stadtplanung wird zur Kenntnis genommen. Dem Rechnungshof wird für seine Mühe gedankt.

Erste Präsidentin: Danke vielmals. Ich eröffne die Wechselrede, bitte Herr Abgeordneter Frauscher.

Abg. Frauscher: Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wie ich bei der Berichterstattung bereits erwähnt habe, befasst sich dieser Wahrnehmungsbericht mit verschiedenen Teilen der Gebarung des Landes Oberösterreich, erlauben Sie mir, dass ich auf einige dieser Punkte eingehe. Forschung und Entwicklung sind Schwerpunkte und wichtige Zukunftsthemen unseres Landes, unserer Landespolitik, daraus resultierend natürlich auch die Forschungsförderung. Die Strukturen und die Organisation der Forschungsförderung des Landes waren deshalb auch Teil der Prüfung dieses Wahrnehmungsberichtes. Das Land Oberösterreich hat ein klares Bekenntnis für die Forschungsförderung abgegeben und verfolgt auch eine strategisch ausgerichtete Standort- und Technologiepolitik im Rahmen des Programms Oberösterreich 2000+. Diese Tatsache wird vom Rechnungshof auch sehr positiv hervorgestrichen, bezüglich Abstimmung mit dem Bund ist zu sagen, dass es durchaus sehr enge gemeinsam mit dem Bund finanzierte und evaluierte Vorhaben gegeben hat und gibt. Dass noch weiterer Bedarf an Forschungsmitteln und Forschung über Oberösterreich 2000+ hinaus besteht ist zweifellos richtig, obwohl auch hier große Schritte gesetzt wurden und zum Beispiel die Zahl der anwendungsorientierten Forscher in den letzten vier Jahren auf 300 versechsfacht wurde. Zu den Zielsetzungen ist zu sagen, dass in Oberösterreich 2000+ 36 konkrete Maßnahmen festgelegt und auch zum größten Teil umgesetzt wurden. Für Oberösterreich 2010 wurde neben der Zielfestsetzung auch eine Quantifizierung der Ziele festgelegt, die Abteilung Gewerbe baut eine Datenbank zum Controlling der Ziele auf. Die Auslagerung operativer Aufgaben hat sich bereits mit der Gründung der TMG bestens bewährt, wobei die Kernkompetenz beim Land hinsichtlich der Entscheidung über Projekte und deren Finanzierung bleibt.

Für den Bereich Clusterförderungen und des Selbstfinanzierungsgrades der Cluster bestehen genaue Richtlinien, die Erhöhung des Selbstfinanzierungsgrades der Cluster ist auch periodisch vorgegeben. Schwerpunkt der Förderungen durch die Technologiemilliarde waren Kompetenzzentrum und Upper Austrian Research GmbH mit 32 Prozent, Clusterinitiativen mit 24 Prozent und Technologiezentren mit 22 Prozent. Der Auftrag zur Evaluierung der TMG und von Oberösterreich 2000+ wurde Ende 2003 vergeben, und die Ergebnisse werden in Kürze vorliegen. Schwerpunkte der zukünftigen Forschungsförderungen werden in den Bereichen Informations- und Kommunikationstechnologien, Umwelt und Energie, Life Sciences, Nano- und Mikrotechnologie, Verkehr und Mobilität sowie Holz- und Werkstofftechnologien liegen. Um die Voraussetzungen für eine stärkere Beteiligung an den EU-Programmen zu schaffen, wird das Land Oberösterreich das Technologienetzwerk weiter ausbauen und wird CATT und die Förderlobbyagentur von Land und Wirtschaftskammer verstärkt einsetzen.

Gemäß dem Regierungsübereinkommen werden die wirtschafts- und technologiebezogenen Forschungsausgaben des Landes verdoppelt, damit leistet das Land seinen Beitrag, das Ziel 2009, die F- und E-Quote auf drei Prozent anzuheben, zu erreichen. Auch wir als Wirtschaft sind hier durchaus gefordert unseren Beitrag zu leisten, wobei uns die Steuerreform hierfür eine optimale Basis bietet. Wie wohl also in diesem Land immer weiter Handlungsbedarf in

diesem Bereich bestehen wird, darf doch festgehalten werden, dass das Land Oberösterreich im Bereich Forschungsförderung auf einem sehr guten Weg ist. Im Rahmen der Überprüfung der Austria Ferngas AG erfolgte auch die Überprüfung der Oberösterreichischen Ferngas AG, die durchaus erfreulich abgelaufen ist.

Die Kernaussagen dieser Überprüfung möchte ich Ihnen in einigen Sätzen darstellen: Neben einigen vorgeschlagenen Verbesserungen wie eine Verstärkung kundenspezifischer Dienstleistungen, verstärkter Öffentlichkeitsarbeit und dem Aufbau eines Risikomanagements, wird dem Unternehmen ein hervorragendes Zeugnis ausgestellt. So wurde die Umstrukturierung im Hinblick auf die Liberalisierung rechtzeitig eingeleitet, positiv ist die gemeinsame Nutzung von Speicherkapazitäten, Maßnahmen für die Notversorgung und die Entsorgungssicherheit. Sehr hohe Flexibilität erreichte das Unternehmen durch Ausgliederungen, es gibt eine sehr gute Preistransparenz, und die unternehmerischen Kennzahlen sind in Ordnung, wobei als besonders positives Beispiel das sehr gute Verhältnis von Personalkosten zum Umsatz hervorgehoben wird. In Summe gesehen ist es also ein sehr erfreulicher Prüfbericht.

Ebenfalls Gegenstand der Prüfung war die LAWOG, neben durchaus positiven Aussagen sieht der Rechnungshof doch einige Punkte, wo Verbesserungen möglich wären. Ausgehend von dem Umstand, dass das Neubauvolumen in den letzten Jahren stark gesunken ist, wäre es notwendig auch den Personalstand dementsprechend anzupassen. Verbesserungen sind auch in einer europaweiten Ausschreibung der Hypothekendarlehen zu erzielen, um damit für die zukünftigen Wohnungsnutzer eine günstige Finanzierung sicherzustellen, bezüglich Einhaltung des Vergaberechtes müssen ebenfalls Schritte gesetzt werden. Für diese Punkte gibt es jedoch von Seiten der LAWOG bereits die Zusage im Sinne des Rechnungshofes tätig zu werden, so dass auch hier mit einer zufriedenstellenden Lösung gerechnet werden kann. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit. (Beifall)

Erste Präsidentin: Danke. Wer wünscht noch das Wort? Ich schließe die Wechselrede und lasse abstimmen über den Antrag zur Beilage 133/2004. Wenn Sie ihm beitreten, bitte ich Sie, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Alle Abgeordneten heben die Hand.) Dieser Antrag ist einstimmig angenommen worden.

Wir behandeln die Beilage 135/2004. Das ist der Bericht des Ausschusses für Umweltangelegenheiten betreffend einer Resolution für die generelle Einführung eines Diesel-Partikelfilters, verschärfte EU-Grenzwerte für Dieselfahrzeuge und die Einführung steuerlicher Anreizsysteme für einen verstärkten Einbau von Diesel-Partikelfiltern. Ich bitte die Frau Abgeordnete Schwarz zu berichten.

Abg. **Schwarz:** Bericht des Ausschusses für Umweltangelegenheiten betreffend Resolution für die generelle Einführung eines Diesel-Partikelfilters, verschärfte EU-Grenzwerte für Dieselfahrzeuge und die Einführung steuerlicher Anreizsysteme für einen verstärkten Einbau von Diesel-Partikelfiltern. (Liest auszugsweise Motivenbericht der Beilage 135/2004.)

Der Ausschuss für Umweltangelegenheiten beantragt, der Oberösterreichische Landtag möge beschließen: Der vorliegende Ausschussbericht wird in die Tagesordnung der Sitzung des Landtags am 1. April 2004 aufgenommen. Die Oö. Landesregierung wird aufgefordert, bei der Bundesregierung dafür einzutreten, im Sinne einer wirkungsvollen Strategie gegen laufende Grenzwertüberschreitungen bei den Feinstäuben die generelle Einführung eines Diesel-Partikelfilters zu realisieren, auf EU-Ebene für strengere Emissionswerte bei Diesel

einzutreten und steuerliche Anreizsysteme für den verstärkten Einsatz von Diesel-Partikelfiltern vorzusehen.

Erste Präsidentin: Danke. Wer wünscht das Wort? Bitte, Herr Abgeordneter Makor-Winkelbauer.

Abg. Makor-Winkelbauer: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Bei dem Anliegen der Reduktion der Feinstäube insgesamt und bei diesem Antrag im Speziellen, der Feinstäube aus dem Verkehr, aus den Dieselmotoren handelt es sich nicht nur um ein großes umweltpolitisches Anliegen, sondern in Wirklichkeit um ein großes gesundheitspolitisches Anliegen. Die WHO hat das letztthin schon einmal betont, bezeichnet in einer Studie die dramatische Entwicklung der Feinstaubbelastung in unseren Zentren als die umweltpolitische und gesundheitspolitische Herausforderung der nächsten Jahre. Ich darf der Vollständigkeit halber die Zahlen noch einmal wiederholen, um was es da geht, um zu erkennen, um welch ernstes Thema es sich hierbei handelt. Der VCÖ hat in Rückrechnung der Zahlen, die die WHO bekannt gegeben hat, errechnet und jetzt brauchen wir das nicht auf den Punkt und Komma genau beurteilen, aber von rund 2.400 Todesfällen und 55.000 Asthmaerkrankungen gesprochen, die aufgrund der Feinstaubbelastung bei uns verursacht werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es liegt der Ball und das ist schon korrekt, in erster Linie und hauptsächlich bei der EU, die strengeren Abgasnormen einzuführen. Dabei geht es in Wirklichkeit um die Euro-5-Norm, die noch völlig ungewiss ist, wann sie Gültigkeit haben sollte, ich erkenne, nachdem es ein einstimmiger Beschluss im zuständigen Umweltausschuss war, dass wir alle zusammen der Meinung sind, dass das möglichst bald der Fall sein sollte, auch deswegen, weil es technisch eigentlich sofort verwirklichtbar wäre.

Es hat am 9. März eine Umweltausschusssitzung im Parlament gegeben, wo genau ein diesbezüglicher Antrag der Sozialdemokraten behandelt worden ist, er ist leider vertagt worden. Vertagt worden mit Mehrzeit von ÖVP und FPÖ, weil da beginnt wieder die Kompetenz-Hin- und Herschieberei, sich der Umweltminister zwar in den Reden dazu bekennt, dass man da recht schnell aktiv werden sollte. Aber, ich zitiere: Pröll warnt allerdings vor überhasteten und unnötigen nationalen Alleingängen zur Einführung von Partikelfiltern. Es ist mit Sicherheit ein großes Problem, meine sehr geehrten Damen und Herren, weil die große Gefahr besteht, wenn es in der EU zu keiner schnellen Einigung kommt, wir von einem Zeithorizont von fünf, von sieben und von mehr Jahren sprechen, bis es endgültig vorgeschrieben wird.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, der nunmehr einstimmig vom Umweltausschuss vorgelegte Bericht und Antrag hat eine Vorgeschichte. Sie kennen die Vorgeschichte, es hat einen Dringlichkeitsantrag der Sozialdemokraten bei der letzten Landtagssitzung gegeben, im Rahmen der Landtagssitzung wurde der Antrag von der ÖVP und den Grünen gemeinsam eingebracht, wenn ich das jetzt richtig in Erinnerung habe. Nach längeren Diskussionen im Umweltausschuss, wo wir besonders darauf Wert gelegt haben, dass es nicht nur und ausschließlich fokussiert auf eine Vergünstigung bei der Nova hinauslaufen darf, sondern dass es auch darum gehen muss, dass, wenn man weiß, dass die durchschnittliche Nutzungsdauer von Fahrzeugen fast bei zehn Jahren liegt, dass es auch um einen nachträglichen Einbau von Partikelfiltern gehen muss. So hat man sich letztendlich auf eine Formulierung geeinigt, die wir gemeinsam mittragen können. Trotzdem, meine sehr geehrten Damen und Herren, will ich die Bundesregierung, den Umweltminister genauso wenig aus seiner Verantwortung lassen, weil ich noch immer der Meinung bin, dass man

analog auch zu den Katalysatoreinführungen, wo es einen nationalen Alleingang gegeben hat, wo es vorher auch geheißen hat, das können wir nicht und das sollen wir nicht, dass es letztendlich ein international beachteter Alleingang war, durchaus ernsthaft einen österreichischen Alleingang machen sollten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, auch das Land Oberösterreich könnte trotzdem mit gutem Beispiel vorangehen, in unserem Antrag haben wir etwa gefordert, im ursprünglichen Antrag, dass es auch durchaus ein Fördermodell des Landes geben könnte, oder wenn man sich nicht gleich in diesen großen Bahnen bewegen will, wäre es durchaus eine Überlegung, die landeseigenen Kraftfahrzeuge etwa mit Diesel-Partikelfilter auszustatten. Oder sich auch um die Dieselaggregate zu kümmern, die bei Betrieben stehen, die ein Vielfaches, da geht es in die Potenzen, an Ausstößen von Feinstäuben haben, was Dieselfahrzeuge aus dem Verkehr haben, dasselbe gilt in Wirklichkeit für die selbstfahrenden Arbeitsmaschinen, auch da hätten wir durchaus Handlungsbedarf. Oder etwa bei der Fernpendlerbeihilfe, die das Land Oberösterreich bietet, hier wäre es durchaus eine Überlegung Wert, dass man jenen, das sind gezwungenermaßen Vielfahrer, die Fernpendler, und da fährt keiner aus Jux und Tollerei diese weiten Strecken, sondern weil eben der Arbeitsplatz so weit weg ist, dass man da durchaus ein Belohnungssystem letztendlich dafür aufbauen könnte. Es hätte auch wirtschaftlich Sinn einen auch oberösterreichischen Alleingang zu machen, es hätte deswegen Sinn, weil wir damit in Oberösterreich eine Nachfrage schaffen, die für die Wirtschaft letztendlich auch interessant sein kann. Wenn wir diese Nachfrage einfach um zwei, drei Jahre früher schaffen, als das vielleicht österreichweit und europaweit ist, dann haben halt unsere Unternehmer und Unternehmerinnen oder wären dann um diese Nasenlänge voraus, um dann, wenn es Stand der Technik für alle Fahrzeuge ist, auch vielleicht national und international in dieses Geschäft einzusteigen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es gibt in Wirklichkeit ein breites Bündnis für die rasche Einführung und generelle Einführung der Diesel-Partikelfilter, dieses Bündnis reicht in Wirklichkeit schon von den Autofahrerclubs, also der ÖAMTC hat sich mittlerweile ebenfalls dazu bekannt, bis zur Ärztekammer, die auf die Problemlage, auf die gesundheitspolitische Problemlage hingewiesen hat. Ich glaube, wir sollten gemeinsam erstens den Druck auf Wien und Brüssel wirklich erhöhen und zweitens vielleicht im kleinen Rahmen, wenn schon der große letztes Mal von Ihnen nicht mitgetragen wurde, auch in Oberösterreich Vorbildwirkung haben. Danke. (Beifall)

Erste Präsidentin: Danke. Bitte, Herr Landesrat Anschöber.

Landesrat **Anschöber:** (Zwischenruf Abg. Mag. Steinkellner: "Er hat nicht aufgezeigt!" Erste Präsidentin: Wenn ich gerade hinschaue, dann geht es auch so!) Herr Kollege Steinkellner so ist es, du kannst ja schon üben, wie das ist. Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich bin grundsätzlich sehr froh, dass die Resolution auch im Einvernehmen heute ausdiskutiert wurde in der morgendlichen Umweltausschusssitzung, in der intensiven Tagung dieser Umweltausschusssitzung.

Vielleicht ganz kurz, ich weiß, die Zeit ist schon sehr fortgeschritten, aber trotzdem ein paar Stichwörter und ein paar Kurzinformationen: Wir hatten am Dienstag dieser Woche, glaube ich, die letzte Sitzung der Arbeitsgruppe Maßnahmenpaket Feinstäube, da ist vertreten die Stadt Linz, die Fachabteilungen von Landes- und Stadtseite und das Umweltressort von Landesseite. Das schaut ganz gut aus, wir haben im Wesentlichen ein paar Punkte fixiert, die es als nächstes anzugreifen gilt, denn die Feinstaubproblematik ist beileibe, aber das

hast du eh nicht formuliert, beileibe nicht reduzierbar auf den Diesel, aber der Diesel ist ein wesentlicher Punkt dabei, überhaupt keine Frage.

Wir werden als nächstes in Angriff nehmen einen Bereich, den ich für sehr wichtig erachte, weil dann auch das Herumverteilen der heißen Kartoffel, wer ist eigentlich wirklich Schuld, und wer trägt die Hauptverantwortung in welchem Zusammenhang und in welchen Größenordnungen beendet werden kann. Oberösterreich wird sich bei einem großen Untersuchungsprojekt der Technischen Universität Wien beteiligen, was den Verursachernachweis betrifft, wer hat tatsächlich im Großraum Linz welche Anteile an der Feinstaubsituation. Das ist wichtig, auch was einen fairen Umgang mit der Industrie in Linz betrifft, damit es hier zu einer gerechten Zuteilung der Verantwortung und damit auch der Maßnahmen kommt. Das wird ein mehrjähriges Projekt werden, weil es sehr aufwendig ist, sehr umfassend, trotzdem, glaube ich, ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung, das ist das Produkt Aquila, das Projekt Aquila.

Zweitens: Im industriellen Bereich, nach den bisherigen Rohschätzungen, hat bei der Feinstaubimmission in Linz die voest einen Anteil von knapp 60 Prozent, das heißt Hauptverursacher. Bei der voest haben wir, und das kann man nicht oft genug unterstreichen, im Bereich der Umweltverträglichkeitsprüfung hier eine Emissionsverringerung beim Staub um zwei Drittel erreicht. Zwei Drittel weniger Staubimmission in Linz aus der voest bis 2010, das ist ein riesiger Fortschritt von der Gesamtmenge. Das heißt, die Industrie leistet hier ihren Beitrag und wird weitere Beiträge leisten, weil wir mit der Stadt Linz im Einvernehmen sind, dass wir auch was Altanlagen betrifft noch einmal nachschauen werden und nachschauen müssen, was hier auch noch mittelfristig an Einsparungsoptionen und -notwendigkeiten gegeben ist. Aber das werden sicher nicht die Tranchen wie aus der voest sein. Da wird es auf jeden Fall eine offensive Gesprächsebene geben.

Der dritte Bereich ist natürlich der Verkehrsbereich als Verursacher. Der Verkehrsbereich, wo ich mir denke, es ist schon wichtig, Technologien zu nützen, Filter einzusetzen und so weiter und so fort. Und wir haben bereits an Pröll und an die gesamte Bundesregierung appelliert, die Resolution ist gut, dass sie jetzt nachsticht. Und ich werde das auch selbst tun, das Gespräch und die Verhandlung zu führen in die Richtung. Allerdings muss man irgendwann einmal ganz offen und ehrlich sagen: Liebe Leute, wenn wir es in der Verkehrspolitik ernst meinen, dann wird es nicht bequem gehen, und dann wird es nicht nur mit Reparaturmaßnahmen im Symptombereich gehen, sondern dann wird es auch an das Eingemachte gehen müssen. Und dann wird es halt nicht populär sein, weil da wird es um Gesamtverkehrskonzepte gehen müssen, um Verlagerungen, besseres Angebot des öffentlichen Verkehrs und dann werden auch in diesem Haus nicht immer alle jedes Straßenbauprojekt gleichzeitig einfordern können. Ich halte das wirklich für notwendig, dass wir uns dazu irgendwann einmal durchringen müssen, dass wir sagen, wenn wir eine andere Verkehrspolitik haben wollen und weniger Feinstaubkonzentrationen haben wollen, dann muss sich das auch bei den Investitionen niederschlagen. Und dann brauchen wir eine Investitionsverschiebung in Richtung öffentlichen Verkehr. Und da erwarte ich mir dann auch von eurer Fraktion eine konsequente politische Haltung, die ich etwa bei der Ausschusssitzung damals ein bisserl vermisst habe. Weil man kann nicht einerseits die Feinstaubproblematik andiskutieren, gut und richtig, dreimal unterstrichen, und im selben Atemzug, zehn Minuten später, die nächsten Umfahrungsprojekte einfordern, dass der Landeshauptmann-Stellvertreter Hiesl schneller bauen soll. Das ist nicht stimmig. (Zwischenruf Abg. Schreiberhuber: „Das haben wir eh nicht gesagt!“ Unverständliche Zwischenrufe.) Bitte sehr? (Zwischenruf Abg. Dr. Frais: „Das steht ja in eurem

Regierungsprogramm drinnen!“) Die Umfahrung Lambach-Süd ist in unserem Regierungsübereinkommen? (Zwischenruf Abg. Dr. Frais: „Die Maßnahmen!“) Ja, die Maßnahmen, aber das heißt auch Verkehrsverlagerung, das heißt auch Investitionen verschieben. (Zwischenruf Abg. Präsidentin Weichsler: „Ist eh kein Geld mehr da!“) Karl Frais, das ist halt dann nicht angenehm vor Ort auch sagen zu müssen, da wird es ein paar Investitionen im Straßenbau nicht geben können, sondern da werden wir die Schiene und die öffentliche Verkehrsinfrastruktur ausbauen müssen. Da erwarte ich mir auch von einem Verkehrslandesrat zum Beispiel mehr Initiative. Und da erwarte ich mir eine glaubwürdige Politik in Richtung Verkehrsverlagerung von der Straße in Richtung Schiene. Das wäre konsequent, und das ist mein Anspruch an eine Politik, die im Bereich Feinstaubreduktion etwas erreichen will. Das geht nicht nur mit Symptomkuren, sondern da müssen wir alle miteinander an die Wurzel gehen, auch wenn es unpopulär wird. Das ist mir schon klar. Aber eine engagierte Umweltpolitik, die macht es notwendig, dass man gesamthaft denkt und gesamthaft umorientiert und umlenkt. Das ist das Wesentliche.

Ein nächster Punkt zur Information: Wir haben eine sehr umfassende gemeinsame Arbeitsebene jetzt zwischen den Großstädten, den Landeshauptstädten im Wesentlichen und den Bundesländern, was die Feinstaubkonzentrationen betrifft. Es ist ja Graz relativ weit vorne, muss man auch sagen, was die Maßnahmen im Verkehrsbereich betrifft. Unser Ersuchen an Graz ist auch, dass es eine sehr kurzfristige Evaluierung dessen gibt, was die dortigen einschneidenden Maßnahmen im Individualverkehrsbereich tatsächlich bringen, ob die Feinstaubreduktionen dadurch oder die Feinstaubreduktionen dadurch runter gehen, ja oder nein. Das gehört kurzfristig evaluiert, damit wir uns überlegen können, ob hier eine sinnhafte Maßnahme getätigt wurde. Und wir haben mit der Stadt Linz fixiert, und dazu werden selbstverständlich Bauressort und Verkehrsressort auch eingeladen, dass wir bis Sommer dann ein Gesamtpaket, was können wir auf Landesebene tatsächlich realisieren in Oberösterreich, auf den Tisch legen, und ich hoffe dann auch konsequent beschließen. Da wird ein wesentlicher Punkt auch das Landesverkehrskonzept sein, von dem ich mir erwarte, dass es ganz klar auf den öffentlichen Verkehr setzt. (Beifall)

Erste Präsidentin: Danke. Die Liste ist geschlossen. Ich lasse abstimmen. Ich bitte Sie, wenn Sie dem Antrag zur Beilage 135/2004 zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Alle Abgeordneten heben die Hand.) Der Antrag ist einstimmig angenommen worden.

Ich bitte jetzt den Herrn Landesrat Dr. Kepplinger um eine mündliche Beantwortung einer schriftlichen Anfrage der Frau Abg. Eisenrauch und des Herrn Abg. Hingsamer.

Landesrat **Dr. Kepplinger:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, werte Kolleginnen, werte Kollegen, im Speziellen sehr geehrte Frau Abg. Eisenrauch und sehr geehrter Herr Abg. Hingsamer! Sie haben die Frage gestellt, die sich auf das betreubare Wohnen bezieht. Ich möchte zunächst festhalten, dass ich es für erfreulich halte, dass diese Sonderform des Wohnens allgemein, glaube ich, unbestrittene Akzeptanz genießt, dass sie als wesentliche Unterstützung für ein selbst bestimmtes Leben von betagten und gebrechlichen Menschen angesehen wird. Sie haben in Ihrer Anfrage ausgeführt, dass es das Ziel des Sozialressorts ist, bis 2010 in etwa gut 2.500 Einheiten von betreubaren Wohnungen errichtet zu haben. Das ist ungefähr ein Wachstum von 1.000. Wir haben derzeit etwa 1.500 Einheiten in Oberösterreich errichtet. Weil die Zahl der betagten Menschen stark ansteigen wird, ist der Ausbau dieser Wohnform, glaube ich, dringend geboten, und es ist auch eine positive Resonanz, das wissen wir aus einer Evaluierung der Bewohnerinnen und der Bewohner dieser Wohnungen, eigentlich in sehr, sehr hohem Maße gegeben. Insgesamt muss man den Ausbau der betreubaren Wohnungen auch als ein Angebot sehen, ein zusätzliches

quantitatives Angebot an Wohnungen, denn es ist ja klarer Weise so, dass die Menschen, die dann in betreubare Wohnungen umziehen, quasi eine Wohnung frei machen, die dann wiederum den Nachfragern zur Verfügung steht.

Zur konkreten Frage, was das Bauprogramm 2004 betrifft: Wir haben im Programm 380 Wohnungen. Ich gehe auch davon aus, dass im Wesentlichen alle diese geplanten Wohnungen im laufenden Jahr begonnen werden, das heißt, dass die Errichtung in Angriff genommen wird. Das ist an sich mehr als wir uns vorgenommen haben. Wir sind immer davon ausgegangen, dass wir rund 300 Einheiten errichten. Allerdings muss man sagen, dass im Jahr 2003 die Zahl etwas unter 300 war, sodass im Schnitt eigentlich diese Anzahl gegeben ist. Zur zweiten und dritten Frage, die sich auf die Nennung konkreter Planzahlen für 2005 und 2006 bezieht, kann ich derzeit noch keine konkreten Aussagen machen, weil Sie ja wissen, dass auf Grund der bevorstehenden FAG-Verhandlungen nicht abgeschätzt werden kann, mit wie vielen Mittel das Wohnbauressort in den nächsten Jahren ausgestattet werden kann. Es ist derzeit auch noch nicht geklärt, ob es in den kommenden Jahren eine Sonderdotation für das betreubare Wohnen, das waren bisher 17,5 Millionen Euro pro Jahr, auch weiterhin geben wird.

Ich kann aber sagen, dass im Sozialressort momentan 580 Einheiten an betreubaren Wohnungen in den verschiedensten Gemeinden in unserem Bundesland angemeldet sind und eine Bedarfsprüfung derzeit stattfindet. Weitere 300 Wohnungen sind schon angemeldet, sodass man sagen kann, wir haben in etwa momentan 900 Projekte in den oberösterreichischen Gemeinden angemeldet. Knapp 600 schon in einer eher konkreteren Prüfungsphase und 300 quasi eher unverbindliche Anmeldungen. Das Wohnungsressort wird Projekte für betreubares Wohnen auch weiterhin priorisieren. Falls allerdings budgetäre Mittel entzogen werden, ist diese Aussage zwar nach wie vor grundsätzlich richtig und gültig, sie muss aber dann nach Maßgabe der zur Verfügung stehenden Mittel entsprechend relativiert werden. Ich lade Sie alle ein, dafür auch einzutreten, dass der Bund die Wohnbauförderung im Zuge des Finanzausgleiches nicht kürzt. Und ich lade Sie auch ein, und das haben Sie ja als Abgeordnete dieses hohen Hauses in der Hand, dass die jetzt vom Land Oberösterreich aus dem eigenen Budget für das Wohnbauressort bereit gestellten Mittel nicht gekürzt werden. Danke schön. (Beifall)

Erste Präsidentin: Danke für die Beantwortung, Herr Landesrat. Eine Reihe von Anträgen ist während der Sitzung eingegangen. Ich muss Sie Ihnen gemäß unserer Geschäftsordnung zur Kenntnis bringen. Es sind lauter Initiativanträge, dadurch erspare ich mir bei allen zumindest ein Wort. Die Beilage 151/2004, Initiativantrag der unterzeichneten freiheitlichen Abgeordneten betreffend eine Überprüfung der Gebarung der Sozialhilfeverbände, die Beilage 149/2004, Initiativantrag der unterzeichneten Abgeordneten betreffend Wiedereinführung der einkommensunabhängigen Gebührenbefreiung für Menschen mit Hörbeeinträchtigungen, die Beilage 160/2004, Initiativantrag der unterzeichneten freiheitlichen Abgeordneten betreffend den Beschluss einer Resolution für die Ausweitung der Wohnbauförderung auf Nahversorgungsprojekte, die Beilage 161/2004, Initiativantrag der unterzeichneten freiheitlichen Abgeordneten betreffend die Wohnbeihilfe für Besitzer nicht geförderter Eigenheime, die Beilage 162/2004, Initiativantrag der unterzeichneten freiheitlichen Abgeordneten betreffend den Austausch von Bleirohren und die Beilage 164/2004, Initiativantrag der unterzeichneten freiheitlichen Abgeordneten betreffend die Gewährung von Wohnbauförderungsmitteln. Diese Beilagen erhält der Sozialausschuss.

Die Beilage 156/2004, Initiativantrag der unterzeichneten freiheitlichen Abgeordneten betreffend ein Expertengutachten für die Erstellung einer Kosten-Nutzen-Analyse hinsichtlich

der Stromerzeugung durch Windkraft und anderen erneuerbaren Energieträgern, die Beilage 157/2004, Initiativantrag der unterzeichneten freiheitlichen Abgeordneten betreffend eine Änderung des Oö. Natur- und Landschaftsschutzgesetzes 2001 (Oö. NSchG 2001), die Beilage 158/2004, Initiativantrag der unterzeichneten freiheitlichen Abgeordneten betreffend die Sicherung der bäuerlichen Betriebe sowie die Beilage 159/2004, Initiativantrag der unterzeichneten freiheitlichen Abgeordneten betreffend ein OÖ. Energiepflanzenprogramm. Diese Beilagen erhält der Ausschuss für volkswirtschaftliche Angelegenheiten.

Beilage 148/2004, Initiativantrag der unterzeichneten Abgeordneten der Grünen im Oö. Landtag betreffend Erarbeitung von Richtlinien für das Aufstellen von Werbeflächen für Wahlen sowie BürgerInnenrechte auf Grundflächen im Zuständigkeitsbereich des Landes, die Beilage 152/2004, Initiativantrag der unterzeichneten freiheitlichen Abgeordneten betreffend den oberösterreichischen Kinderbetreuungsbonus, Beilage 153/2004, Initiativantrag der unterzeichneten freiheitlichen Abgeordneten betreffend die Offenlegung der Regierungssitzungsunterlagen, die Beilage 154/2004, Initiativantrag der unterzeichneten freiheitlichen Abgeordneten betreffend die Behandlung einer Bürgerinnen- und Bürgerinitiative durch die Oö. Landesregierung. Diese Beilagen erhält der Ausschuss für Verfassung und Verwaltung.

Die Beilage 144/2004, Initiativantrag der sozialdemokratischen Abgeordneten betreffend einen Bericht über Maßnahmen zur Erreichung des Kyoto-Zieles. Diese Beilage wird dem Ausschuss für Umweltangelegenheiten zur Vorberatung zugewiesen.

Die Beilage 145/2004, Initiativantrag der sozialdemokratischen Abgeordneten betreffend Maßnahmen zur Verbesserung der Situation von Frauen in Oberösterreich, die Beilage 146/2004, Initiativantrag der sozialdemokratischen Abgeordneten betreffend Frauenanteil in Führungsebenen, Aufsichtsräten und Beiräten, Beilage 147/2004, Initiativantrag der sozialdemokratischen Abgeordneten betreffend Gender Budgeting, Beilage 165/2004, Initiativantrag der unterzeichneten Abgeordneten betreffend die Fortführung der Arbeitsgruppe Gender Mainstreaming, die Beilage 150/2004, Initiativantrag der unterzeichneten freiheitlichen Abgeordneten betreffend die rechtlichen Möglichkeiten zur Herabsetzung des Mitgliedsbeitrages der Republik Österreich zur Europäischen Union sowie die Beilage 155/2004, Initiativantrag der unterzeichneten freiheitlichen Abgeordneten betreffend die Erstellung eines Expertengutachtens hinsichtlich der rechtlichen Möglichkeiten für eine Entschädigung an die sudetendeutschen Vertriebenen durch die Republik Tschechien. Diese Beilagen werden dem Ausschuss für EU-Angelegenheiten zur Vorberatung zugewiesen.

Beilage 163/2004, Initiativantrag der sozialdemokratischen Abgeordneten betreffend Oö. Kinderbetreuungsgesetz. Diese Beilage erhält der Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport.

Damit ist die Tagesordnung abgearbeitet. Ich wünsche Ihnen eine schöne Woche, frohe Ostern. Die Sitzung ist geschlossen.

(Ende der Sitzung: 15.55 Uhr)